

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Forschungsbericht

1/2011

Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Aktualisierung von Regionalindikatoren für die deutschen Arbeitsmarktregionen

Gutachten für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen
Wirtschaftsstruktur“ im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

Barbara Schwengler
Veronika Hecht
Günter Haag
Ekaterini Sdogou
Philipp Liedl

Aktualisierung von Regionalindikatoren für die deutschen Arbeitsmarktregionen

Gutachten für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

Barbara Schwengler (IAB)

Veronika Hecht (IAB)

Prof. Dr. Günter Haag (Steinbeis-Transferzentrum Angewandte System-
analyse - STASA)

Ekaterini Sdogou (STASA)

Dr. Philipp Liedl (STASA)

Mit der Publikation von Forschungsberichten will das IAB der Fachöffentlichkeit Einblick in seine laufenden Arbeiten geben. Die Berichte sollen aber auch den Forscherinnen und Forschern einen unkomplizierten und raschen Zugang zum Markt verschaffen. Vor allem längere Zwischen- aber auch Endberichte aus der empirischen Projektarbeit bilden die Basis der Reihe.

By publishing the Forschungsberichte (Research Reports) IAB intends to give professional circles insights into its current work. At the same time the reports are aimed at providing researchers with quick and uncomplicated access to the market.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	5
Tabellenverzeichnis.....	6
Zusammenfassung.....	7
Abstract.....	7
1 Einleitung.....	8
2 Arbeitslosigkeit.....	10
2.1 Arbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008.....	10
2.1.1 Berechnung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt.....	11
2.1.2 Arbeitslosigkeit im Jahr 2005.....	12
2.1.3 Arbeitslosigkeit im Jahr 2006.....	13
2.1.4 Arbeitslosigkeit im Jahr 2007.....	14
2.1.5 Arbeitslosigkeit im Jahr 2008.....	15
2.1.6 Entwicklung der Arbeitslosigkeit von 2005 bis 2008.....	16
2.1.7 Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt von 2005 bis 2008.....	18
2.2 Frauenarbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008.....	18
2.2.1 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2005.....	18
2.2.2 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2006.....	20
2.2.3 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2007.....	20
2.2.4 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2008.....	21
2.2.5 Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit von 2005 bis 2008.....	21
2.2.6 Frauenarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt von 2005 bis 2008.....	22
2.3 Jugendarbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008.....	23
2.3.1 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2005.....	23
2.3.2 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2006.....	24
2.3.3 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2007.....	24
2.3.4 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2008.....	25
2.3.5 Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit von 2005 bis 2008.....	26
2.4 Langzeitarbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008.....	27
3 Einkommen.....	30
3.1 Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem.....	31
3.1.1 Datengrundlage.....	31
3.1.2 Verfahren zur Korrektur der Löhne.....	32
3.1.3 Regionale Besonderheiten bei der Lohnkorrektur.....	36
3.1.4 Regionale Auswirkungen der Lohnkorrektur.....	37
3.1.5 Unterschiede zwischen dem gemessenen und korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem.....	38
3.1.6 Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem.....	39
3.2 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme.....	40
3.2.1 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2004 bis 2005.....	41
3.2.2 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2005 bis 2006.....	42

3.2.3 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2006 bis 2007.....	42
3.2.4 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2004 bis 2007.....	43
4 Beschäftigung.....	44
4.1 Methodische Erläuterungen zur Berechnung des Beschäftigungsgrads.....	45
4.2 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort.....	47
4.2.1 Entwicklung der Beschäftigung.....	48
4.2.2 Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung.....	50
4.2.3 Entwicklung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ am Wohnort.....	52
4.2.4 Regionale Unterschiede.....	53
4.3 Grenzpendler und Fernpendler.....	55
4.4 Berücksichtigung von Grenzpendlern.....	56
4.5 Herausrechnung von Fernpendlern.....	58
4.5.1 Fernpendleranteile in den Arbeitsmarktregionen.....	60
4.5.2 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ ohne Fernpendler.....	62
4.5.3 Empfehlung für die Berechnung des Beschäftigungsgrads.....	64
4.6 Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort.....	66
4.6.1 Beschäftigungsvolumen.....	66
4.6.2 Entwicklung des Beschäftigungsgrads „Volumen“ am Wohnort.....	67
5 Exkurs: Kurzarbeit.....	69
5.1 Definition von Kurzarbeit und rechtliche Grundlagen.....	69
5.2 Entwicklung und Charakteristika der konjunkturellen Kurzarbeit.....	71
5.3 Regionale Betroffenheit von konjunktureller Kurzarbeit.....	73
5.4 Anzeigen von konjunktureller Kurzarbeit.....	77
6 Methodischer Anhang.....	78
6.1 Kreisgebietsreformen in Sachsen-Anhalt und Sachsen.....	78
6.2 Methodische Erläuterungen zur Erfassung der Arbeitslosigkeit.....	81
6.2.1 Änderung der Arbeitslosenstatistik ab dem Jahr 2005.....	81
6.2.2 Arbeitslosigkeit nach dem SGB III und SGB II.....	85
6.2.3 Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote.....	86
6.3 Schätzverfahren zur Berechnung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in den Arbeitsmarktregionen Sachsen-Anhalts und Sachsens.....	89
6.4 Datenquellen für Grenzpendler.....	90
6.4.1 Datenquelle: Statistisches Bundesamt.....	90
6.4.2 Datenquelle: Statistische Ämter der Nachbarstaaten Deutschlands.....	91
6.4.3 Datenquelle: EURES-Regionen.....	91
6.5 Methodisches Vorgehen zur Berechnung des Fernpendleranteils in den Arbeitsmarktregionen.....	94
6.5.1 Berechnung der mittleren Reisezeit zwischen den Kreisen.....	95
6.5.2 Ermittlung des Fernpendleranteils für die Arbeitsmarktregionen.....	96
Literatur.....	97

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einkommensverteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland im Jahr 2007	33
Abbildung 2: Gemessene und korrigierte Einkommensverteilung aller Beschäftigten in West- und Ostdeutschland	35
Abbildung 3: Anpassung der Einkommensverteilung für Berlin Ost und Berlin West.....	36
Abbildung 4: Entwicklung des Fernpendleranteils an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2005 bis 2008	61
Abbildung 5: Entwicklung der Zahl der Betriebe mit konjunktureller Kurzarbeit von August 2008 bis März 2010.....	71
Abbildung 6: Entwicklung der Zahl der von konjunktureller Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten von August 2008 bis März 2010.....	72
Abbildung 7: Regionale Verteilung der von Kurzarbeit betroffenen Betriebe im Juni 2009.....	74
Abbildung 8: Regionale Verteilung der von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten im Juni 2009.....	75
Abbildung 9: Betroffenheit der Stadt- und Landkreise von Kurzarbeit Juni 2009... ..	76
Abbildung 10: Anzeigen von konjunktureller Kurzarbeit (Beschäftigte) von August 2008 bis Oktober 2010.....	78
Abbildung 11: Kreisgrenzen und Arbeitsmarktregionen in Sachsen-Anhalt vor (links) und nach (rechts) der Kreisgebietsreform am 1. Juli 2007	80
Abbildung 12: Kreisgrenzen und Arbeitsmarktregionen in Sachsen vor (links) und nach (rechts) der Kreisgebietsreform am 1. August 2008.....	81
Abbildung 13: Zuständigkeiten von Trägern und Rechtskreisen.....	82
Abbildung 14: Regionale Verteilung der zugelassenen kommunalen Träger	83
Abbildung 15: Arbeitslose nach Rechtskreisen.....	86
Abbildung 16: Grenzüberschreitende EURES-Regionen Deutschlands.....	93
Abbildung 17: Kartenausschnitt zur Berechnung der Reisezeiten für die Abgrenzung von Fernpendlern.....	95

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2005 bis 2008 absolut	17
Tabelle 2: Durchschnittliche Arbeitslosenquoten* in den Jahren 2005 bis 2008 und Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt in Prozent	17
Tabelle 3: Frauenarbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2005 bis 2008 absolut.....	22
Tabelle 4: Durchschnittliche Frauenarbeitslosenquoten* in den Jahren 2005 bis 2008 und Frauenarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt in Prozent.....	22
Tabelle 5: Jugendarbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008 absolut	26
Tabelle 6: Durchschnittliche Jugendarbeitslosenquoten* in den Jahren 2005 bis 2008 und Jugendarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt in Prozent.....	26
Tabelle 7: Langzeitarbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2007 und 2008 absolut	29
Tabelle 8: Jährliche Beitragsbemessungsgrenzen für West- und Ostdeutschland für die Jahre 2004 bis 2008 in Euro	35
Tabelle 9: Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem am Arbeitsort von 2004 bis 2007 in Euro	39
Tabelle 10: Bruttolohn- und Gehaltssumme am Arbeitsort in den Jahren 2004 bis 2007 in Mio. Euro	41
Tabelle 11: Zuwächse und Verluste bei der Bruttolohn- und Gehaltssumme am Arbeitsort in den Jahren 2006 bis 2007	43
Tabelle 12: Zuwächse und Verluste bei der Bruttolohn- und Gehaltssumme am Arbeitsort in den Jahren 2004 bis 2007	44
Tabelle 13: Beschäftigtenzahl am Wohnort in den Jahren 2005 bis 2008	49
Tabelle 14: Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in den Jahren 2004 bis 2008	50
Tabelle 15: Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort in West- und Ostdeutschland in den Jahren 2005 bis 2008	52
Tabelle 16: Fernpendler mit einer einfachen Pendelzeit von mehr als 45 Minuten in den Jahren 2005 bis 2008	60
Tabelle 17: Fernpendler mit einer einfachen Pendelzeit von mehr als 60 Minuten in den Jahren 2005 bis 2008	61
Tabelle 18: Beschäftigungsvolumen am Wohnort in den Jahren 2005 bis 2007.....	67
Tabelle 19: Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort im Zeitraum von 2005 bis 2007	67
Tabelle 20: Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an Betrieben und Beschäftigten in Kurzarbeit (Juni 2009).....	73
Tabelle 21: Auslandspendler im Mikrozensus 2004	90
Tabelle 22: Grenzpendler auf Basis der EURES-Regionen	92
Tabelle 23: Pendlermatrix	94
Tabelle 24: Ausschnitt der Verteilungsmatrix für die Kreise in Sachsen-Anhalt.....	97

Zusammenfassung

Dieser Forschungsbericht umfasst die Ergebnisse des Gutachtens „Aktualisierung von Regionalindikatoren für die deutschen Arbeitsmarktregionen“. Das Gutachten wurde nach Beschluss des Unterausschusses der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ am 14.10.2008 im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein vom IAB in Kooperation mit dem Steinbeis-Transferzentrum Angewandte Systemanalyse (STASA), Stuttgart, im Jahr 2009 erstellt. Es beinhaltet verschiedene Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren, die für den Zeitraum seit der letzten Neuabgrenzung der Fördergebiete bis zum aktuellen Rand für alle 270 deutschen Arbeitsmarktregionen berechnet wurden. Es handelt sich hierbei um die Arbeitslosenquote im Jahres- sowie im Vierjahresdurchschnitt, die Frauen-, Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, den Beschäftigungsgrad am Wohnort, den Bruttojahreslohn je sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem sowie die Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme. Diese Indikatoren wurden zudem in die Regionaldatenbank „RegioDat“ des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) eingespeist und setzen so Bund und Länder in die Lage, die wirtschaftliche Lage in den Regionen einschätzen und beurteilen zu können. So dienen sie auch zur Vorbereitung der nächsten Neuabgrenzung der deutschen Fördergebiete und bilden somit die Grundlage für die Förderung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen mit besonderen Arbeitsmarktproblemen.

Abstract

In 2008, the joint task force 'Improvement of Regional Economic Structure' commissioned the Institute for Employment Research in cooperation with the Steinbeis Transfer Centre Applied System Analysis (STASA), Stuttgart, to produce an expert report. This paper presents the results of this report which was financed by the Ministry of Science, Economic Affairs and Transport of the State of Schleswig-Holstein and was compiled in 2009. Since the last demarcation of structurally weak regions eligible for regional aid, several indicators pertaining to the labour market and income situation in German labour market regions needed to be updated. The indicators calculated are the annual average unemployment rate for all unemployed, for female unemployed persons and for young unemployed persons under 25 years; the number of long-term unemployed; the employment level; the mean wages per employee; and gross wages for all 270 German labour market regions. These indicators were also entered into the regional database 'RegioDat' of the German Federal Ministry of Finance to help the federal government and the German states to evaluate the economic situation of the German labour market regions before the next demarcation of structurally weak regions that are eligible for regional aid in the year 2013.

1 Einleitung

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde in Kooperation mit dem Steinbeis-Transferzentrum Angewandte Systemanalyse (STASA) vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) mit der Erstellung eines Gutachtens zur „Aktualisierung von Regionalindikatoren für die deutschen Arbeitsmarktregionen“ beauftragt, das im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ entstand. Die Finanzierung des Gutachtes übernahm das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.

Bei den zu berechnenden Regionalindikatoren handelt es sich um die Arbeitslosenquote im Jahres- sowie im Vierjahresdurchschnitt, die Frauen-, Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, den Beschäftigungsgrad am Wohnort, den Bruttojahreslohn je sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem sowie die Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme. Diese Indikatoren gehörten zu einem ganzen Bündel an Indikatoren, die auch für die letzte Neuabgrenzung der Fördergebiete im Jahr 2007 berechnet, geprüft und eingehend untersucht wurden (vgl. Schwengler et al. 2006). Die politischen Entscheidungsträger im Unterausschuss der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ entschieden sich damals für einen Gesamtindikator, der aus dem Vierjahresdurchschnitt der Arbeitslosenquote von 2002 bis 2005, dem Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem 2003, dem Infrastrukturindikator 2005 und der Erwerbstätigenprognose von 2004 bis 2011 durch multiplikative Verknüpfung gebildet wurde. Die einzelnen Indikatoren gingen mit einem Gewicht von 50 %, 40 %, 5 % und 5 % in den Gesamtindikator ein.

Mit dem Gutachten, das diesem Forschungsbericht zu Grunde liegt, sollten ausgewählte Indikatoren aus der damaligen Abgrenzung aktualisiert werden, um Bund und Länder auch während des Zeitraums von der letzten Neuabgrenzung im Jahr 2007 bis zur nächsten im Jahr 2013 über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Regionen zu informieren. Der Forschungsbericht enthält alle Ergebnisse des Gutachten-Endberichtes. Alle genannten Indikatoren wurden für den Zeitraum seit der letzten Neuabgrenzung der Fördergebiete bis zum aktuellen Rand für alle 270 deutschen Arbeitsmarktregionen berechnet. Zudem wurden alle Indikatoren in die Regionaldatenbank „RegioDat“ des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) eingespeist, um so zu einem ständigen System der Raumanalyse beizutragen, das bei Bedarf entsprechend aktualisiert werden kann.

Den **ersten Block** dieses Berichts bildet die **Arbeitslosigkeit**. Sie wird zum einen insgesamt sowie für die Personengruppen der Frauen und der Jugendlichen auf regionaler Ebene für alle 270 Arbeitsmarktregionen dargestellt. Für die Jahre 2005 bis 2008 wurden die Arbeitslosenquoten jeweils im Jahresdurchschnitt berechnet. Da die Langzeitarbeitslosigkeit seit der Einführung des SGB II nicht mehr für alle Regionen Deutschlands vollständig abgebildet werden kann, ist eine flächendeckende Darstellung der Langzeitarbeitslosigkeit nicht mehr möglich. Ab dem Jahr 2007 allerdings kann die Langzeitarbeitslosigkeit - wenn auch mit Einschränkungen - dar-

gestellt werden. Ab dem Jahr 2007 wird die Langzeitarbeitslosigkeit in diesem Bericht somit regional abgebildet, jedoch werden die Regionen, in denen die Langzeitarbeitslosigkeit nur unvollständig erfassbar ist, farblich gekennzeichnet. Nähere Erläuterungen zu den Ursachen finden sich wie auch die Dokumentation der grundlegenden Änderungen der Arbeitslosenstatistik im Jahr 2005 im methodischen Anhang.

Den **zweiten Block** dieses Berichts bildet der **Einkommensindikator**. In einem **ersten Abschnitt** wird der regionale Durchschnittslohn pro Beschäftigtem für alle 270 Arbeitsmarktregionen präsentiert. Da dieser Indikator im letzten Gutachten zur Neuabgrenzung der Fördergebiete für das Jahr 2003 vorlag, schließt sich in diesem Bericht die Zeitreihe mit den Folgejahren 2004 bis 2007 an. Ebenfalls enthält der erste Abschnitt noch eine kurze Erläuterung der Datengrundlage und des Korrekturverfahrens und nimmt Bezug auf die regionalen Besonderheiten. Im **zweiten Abschnitt** wird dann die Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme ab dem Jahr 2004 bis zum aktuell verfügbaren Jahr 2007 beschrieben. Da die Entwicklung vom Jahr 2004 bis 2005 anders verlief als im Zeitbereich des Aufschwungs von 2005 bis 2007, werden die Jahresentwicklungen zusätzlich zur Gesamtentwicklung von 2004 bis 2007 untersucht.

Der **dritte Block** widmet sich dem **Beschäftigungsgrad am Wohnort**. Dieser wurde in zwei Varianten berechnet. Zum einen wurde die Zahl der **Beschäftigten am Stichtag** und zum anderen wurde das **Beschäftigungsvolumen** in Relation zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gesetzt. Darüber hinaus wurden auch die beiden Komponenten, d. h. der Zähler und Nenner, aus denen dieser Indikator gebildet wird, separat untersucht: Die Entwicklung der Beschäftigung und die Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung liefern dabei zusätzliche Hinweise für die regionalen Unterschiede.

Da der Beschäftigungsgrad in einigen Regionen verzerrt sein kann, wird der Beschäftigungsgrad noch zusätzlich um Grenzpendler beziehungsweise um Fernpendler korrigiert und dies ausführlich erläutert. Bei Nichtberücksichtigung von **Grenzpendlern**, d. h. von Personen, die in Deutschland wohnen und im Ausland arbeiten, wird die Arbeitsmarktlage von grenznahen Arbeitsmarktregionen schlechter dargestellt als sie tatsächlich ist. Durch die Verwendung von derzeit aktuell verfügbaren Daten zu Grenzpendlern bei der Berechnung des Beschäftigungsgrads ist eine Korrektur der vermeintlich „schlechten“ Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung in Grenzregionen möglich. Auch **Fernpendler**, d. h. Personen, die eine lange Pendelzeit zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort zurücklegen, verzerren den Beschäftigungsgrad und werden daher in einer weiteren Variante aus dem Beschäftigungsgrad herausgerechnet. Hierbei wurden als einfache Pendelzeit zum einen 45 und zum anderen 60 Minuten zugrunde gelegt. Abschließend wird eine Empfehlung gegeben, welche Pendelzeit zu bevorzugen ist.

Zusätzlich wurde auf Wunsch der Auftraggeber die Datenlage zur **Kurzarbeit** beschrieben und die regionale Verteilung von kurzarbeitenden Betrieben und Beschäftigten bis zum aktuellen Rand präsentiert und in einem Exkurs an den Bericht angefügt.

Die Kreisgebietsreformen in Sachsen-Anhalt und Sachsen in den Jahren 2007 bzw. 2008 brachten einige Schwierigkeiten bei der Berechnung der Indikatoren mit sich, auf die zum Teil bei der Berechnung der einzelnen Indikatoren eingegangen wird. Welche Arbeitsmarktregionen im Einzelnen von den Kreisgebietsreformen betroffen sind, wird ausführlich im Methodenanhang in Kapitel 6.1 beschrieben und anhand von Karten dargelegt.

Zudem finden sich im methodischen Anhang ausführliche methodische Erläuterungen zur Erfassung der Arbeitslosigkeit, zu den potenziellen Datenquellen für Grenzpendlerzahlen einschließlich ihrer jeweiligen Stärken und Schwächen und zur Berechnung des Fernpendleranteils in den Arbeitsmarktregionen.

2 Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit bildet das regionale Arbeitsplatzdefizit ab und wird daher sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene für die Abgrenzung von strukturschwachen und förderbedürftigen Regionen herangezogen. Die Arbeitslosenquote ist in diesem Zusammenhang ein geeigneter Indikator für regionale Vergleiche, da sie nicht nur die Zahl der registrierten Arbeitslosen abbildet, sondern diese in Bezug zu den Erwerbspersonen setzt, d. h. sie misst, wie viel Prozent der Erwerbspersonen von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Des Weiteren erhält man differenzierte Informationen über die regionale Arbeitsmarktlage, wenn man die Arbeitslosigkeit bestimmter Personengruppen separat betrachtet.

Nachfolgend wird die Arbeitslosigkeit sowie die Struktur der Arbeitslosigkeit, d. h. von Frauen, Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen, für den Zeitraum von 2005 bis 2008 untersucht. Das Jahr 2005 wurde als Startjahr gewählt, da sich mit der Einführung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches (nachfolgend kurz als SGB II bezeichnet) zum 01.01.2005 die Arbeitsmarktstatistik grundlegend geändert hat. Die Veränderungen der Arbeitslosenstatistik und die damit zusammenhängende Datenverfügbarkeit zur Arbeitslosigkeit werden ausführlich in Abschnitt 6.2 im Anhang beschrieben. Im Anhang wird ebenfalls die Berechnung der Arbeitslosenquoten erläutert, da es im Laufe des betrachteten Zeitraums auch einige Änderungen bei der Zusammensetzung der Erwerbspersonen, d. h. bei den einzelnen Nennerkomponenten, gegeben hat.

2.1 Arbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008

Im folgenden Abschnitt wird nach einer kurzen methodischen Erläuterung zur Berechnung der Arbeitslosenquote die Entwicklung der Arbeitslosigkeit für die Jahre 2005 bis 2008 beschrieben. Dabei wird die Arbeitslosigkeit für jedes einzelne Jahr zunächst für Deutschland insgesamt sowie für West- und Ostdeutschland analysiert,

bevor auf die regionalen Unterschiede eingegangen wird. Im Anschluss daran wird dargelegt, wie sich die Arbeitslosigkeit über den gesamten Zeitraum von 2005 bis 2008 entwickelt hat. Der Abschnitt schließt mit der Darstellung der Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt.

2.1.1 Berechnung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt

Die Arbeitslosenquote beschreibt das Verhältnis von Arbeitslosen (Zähler) zu Erwerbspersonen (Nenner) (siehe ausführlich hierzu Abschnitt 6.2.3 ab Seite 86). Zur Berechnung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt wird im Zähler das arithmetische Mittel der monatlichen Arbeitslosenzahlen verwendet und im Nenner das gewichtete arithmetische Mittel von zwei Bezugsgrößen herangezogen. Die Bezugsgröße wird für die Berechnung der Arbeitslosenquoten einmal jährlich - in der Regel im Mai - aktualisiert. D. h., die monatlichen Arbeitslosenquoten von **Januar bis April** des Jahres i berechnen sich auf Basis der Bezugsgröße des Vorjahres ($i-1$) und die monatlichen Arbeitslosenquoten von **Mai bis Dezember** des Jahres i auf Basis der Bezugsgröße des Jahres i . Die jahresdurchschnittliche Bezugsgröße des Jahres i berechnet sich demzufolge bei Aktualisierung der Bezugsgröße im Mai zu $4/12$ aus der Bezugsgröße des Jahres ($i-1$) und zu $8/12$ aus der Bezugsgröße des Jahres i :

$$Arbeitslosenquote_i(JD) = \frac{\frac{1}{12} \sum_{t=Januar}^{Dezember} Arbeitslose_{it}}{\frac{4}{12} \sum_{t=Januar}^{April} Erwerbspersonen_{t(i-1)} + \frac{8}{12} \sum_{t=Mai}^{Dezember} Erwerbspersonen_{it}} \cdot 100 \quad (1)$$

wobei i = Jahr und t = Monat.

Für die Berechnung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsmarktregionen für die Jahre 2005 und 2006 konnte auf die Kreisdaten für die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der Erwerbspersonen zurückgegriffen werden, da sich in diesen beiden Jahren alle Kreise kreisscharf zu Arbeitsmarktregionen aggregieren lassen. Da im Jahr 2007 die Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt stattgefunden hat und diese neu gebildeten Kreise die Grenzen der Arbeitsmarktregionen durchschneiden, musste bei der Berechnung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt ab dem Jahr 2007 in diesem Bundesland ein Schätzverfahren angewandt werden. Die Bundesagentur für Arbeit weist die Zahl der Arbeitslosen auf der Ebene der Gemeinden aus, so dass die Zahl der Arbeitslosen für den Zähler zur Berechnung der Arbeitslosenquote exakt für die Arbeitsmarktregionen berechnet werden kann. Die Zahl der Erwerbspersonen, d. h. der Nenner zur Berechnung der Arbeitslosenquote, liegt hingegen nur auf Kreisebene vor.

Für die Berechnung der Zahl der Erwerbspersonen für die Arbeitsmarktregionen Sachsen-Anhalts wurde folgendes Verfahren über die Gemeindeebene gewählt: Die im Nenner enthaltene Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen am Stichtag des 30.06. bildet die größte Gruppe innerhalb der Erwerbspersonen insgesamt. Diese Zahlen liegen für alle Gemeinden vor. In Sachsen-Anhalt wurde so für alle Gemein-

den in den sechs Kreisen, die nicht eindeutig einer Arbeitsmarktregion zugeordnet werden können, ein geschätzter Nenner berechnet. Dafür wurde für jede Gemeinde berechnet, wie groß der Anteil der Beschäftigten und Arbeitslosen, die in der Gemeinde wohnen, an der Gesamtzahl der Beschäftigten und Arbeitslosen ist, die in dem Kreis wohnen, dem die Gemeinde angehört. Dieser Quotient wurde für jede Gemeinde mit der Zahl der Erwerbspersonen des jeweiligen Kreises multipliziert und so die Zahl der Erwerbspersonen in dieser Gemeinde geschätzt. Exemplarisch für eine bestimmte Gemeinde j , die innerhalb des Kreises i liegt, wurde die Zahl der Erwerbspersonen nach der folgenden Formel geschätzt:

$$\text{Erwerbspersonen}_j = \frac{\text{Beschäftigte}_j + \text{Arbeitslose}_j}{\text{Beschäftigte}_i + \text{Arbeitslose}_i} \cdot \text{Erwerbspersonen}_i \quad (2)$$

wobei j = Gemeinde und i = Kreis.

Für die Berechnung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2008 für die Arbeitsmarktregionen Sachsens konnte die Zahl der Erwerbspersonen auf Kreisebene noch zum Zeitpunkt vor der Kreisgebietsreform in Sachsen, d. h. vor dem 1. August 2008, gewonnen und zu Arbeitsmarktregionen aggregiert werden. Die Zahl der Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt 2008 ließ sich aus den monatlichen Arbeitslosenquoten gewinnen und entsprechend Formel (1) berechnen.

2.1.2 Arbeitslosigkeit im Jahr 2005

Während die Arbeitslosigkeit in den Jahren 2002 und 2003 aufgrund des steigenden Arbeitsangebots und der sinkenden Arbeitskräftenachfrage noch deutlich angestiegen ist und im Jahr 2004 nahezu konstant blieb, war die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ab dem Jahr 2005 vom konjunkturellen Aufschwung gekennzeichnet.

Im **Jahresdurchschnitt 2005** gab es insgesamt **4.861.000 Arbeitslose** und die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 2005 insgesamt bei **11,7 Prozent**. In Ostdeutschland fiel sie mit 18,8 Prozent nahezu doppelt so hoch aus wie in Westdeutschland mit 9,9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr waren 480.000 Personen mehr arbeitslos gemeldet, wobei die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in West- und Ostdeutschland recht unterschiedlich verlief. Während in Westdeutschland die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 464.000 Arbeitslose (+17 Prozent) stieg, erhöhte sie sich in Ostdeutschland nur um 16.000 Arbeitslose (+1 Prozent).

Von den zusätzlichen 480.000 Arbeitslosen können 380.000 mit der Veränderung der Arbeitslosenstatistik im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, dem so genannten Hartz-IV-Effekt, erklärt werden. Der größte Teil des Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist somit auf die Verschiebung von der Stillen Reserve in die registrierte Arbeitslosigkeit zurückzuführen und nur ein geringer Teil auf ein zusätzliches Arbeitskräfteangebot. Der Hartz-IV-Effekt fiel in Ostdeutschland weit aus geringer aus als in Westdeutschland, weil es in Ostdeutschland relativ weniger Sozialhilfeempfänger gab, die vorher nicht arbeitslos gemeldet waren. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wäre demnach im Jahr 2005 ohne die Einführung des

SGB II sogar leicht gesunken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass trotz des stärkeren Rückgangs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Ostdeutschland dort gleichzeitig auch das Arbeitskräfteangebot infolge des Geburtenrückgangs nach der Wende rückläufig war (Fuchs/Söhnlein 2005). Des Weiteren sank das Arbeitskräfteangebot - wenn auch zu einem kleineren Teil - noch aufgrund von Wanderungen nach Westdeutschland (Granato/Niebuhr 2009).

Auch wenn der Hartz-IV-Effekt in Westdeutschland deutlich höher ausfiel als in Ostdeutschland und sich die Arbeitslosenquoten einander angenähert haben, ist Ostdeutschland nach wie vor stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und es besteht weiterhin ein enormes regionales Gefälle bei den Arbeitslosenquoten. In ostdeutschen Arbeitsmarktregionen bewegten sich die Arbeitslosenquoten im Jahr 2005 in einem Bereich von 13,1 bis 27,6 Prozent. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten in Westdeutschland lagen hingegen bei nur rund 5 Prozent. Neben dem West-Ost-Gefälle bestand weiterhin ein Nord-Süd-Gefälle bei der Arbeitslosigkeit. So trat der Hartz-IV-Effekt besonders ausgeprägt in den nördlichen Bundesländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie in Hessen und Berlin ein (Bundesagentur für Arbeit 2006b: 70), d. h. die Zahl der Arbeitslosen ist dort von 2004 auf 2005 besonders deutlich angestiegen.

Die höchsten westdeutschen Arbeitslosenquoten von über 15 Prozent wiesen im Jahr 2005 die Arbeitsmarktregionen Gelsenkirchen, Bremerhaven, Dortmund und Essen auf (s. [Karte 1 im separaten Kartenanhang](#)). Sie lagen damit deutlich über den niedrigsten Arbeitslosenquoten ostdeutscher Regionen, wie z. B. von Sonneberg (13,1 Prozent), Meiningen (13,7 Prozent) oder Eisenach (13,9 Prozent). Die höchsten Arbeitslosenquoten in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen lagen bei über 20 Prozent. Die höchste Arbeitslosenquote verzeichnete die Arbeitsmarktregion Pasewalk mit 27,6 Prozent, gefolgt von Sondershausen, Sangerhausen und Prenzlau mit 24,7, 24,6 und 24,4 Prozent.

2.1.3 Arbeitslosigkeit im Jahr 2006

Im Laufe des Jahres 2006 sank die Arbeitslosigkeit aufgrund der steigenden Arbeitskräftenachfrage und eines leicht sinkenden Arbeitskräfteangebots, so dass die Arbeitslosenzahl im **Jahresdurchschnitt 2006** insgesamt um 374.000 auf **4.487.000 Personen** sank. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf **10,8 Prozent**, lag in Ostdeutschland aber mit 17,3 Prozent noch deutlich über der Quote in Westdeutschland mit 9,1 Prozent. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit fiel in beiden Landesteilen prozentual nahezu gleich hoch aus: Die Arbeitslosigkeit sank in Westdeutschland um 7,4 Prozent (-240.000 Arbeitslose) und in Ostdeutschland um 8,5 Prozent (-134.000 Arbeitslose), wozu sowohl eine bessere Betreuung der Arbeitslosen als auch entlastende Wirkungen der Arbeitsmarktpolitik maßgeblich beitrugen.

Die Arbeitsmarktregion Pasewalk wies trotz eines Rückgangs der Arbeitslosenquote um 2,6 Prozentpunkte bei der Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2006 mit 25 Prozent die

höchste Arbeitslosenquote bundesweit auf. Weitere hohe Arbeitslosenquoten von über 22 Prozent führten die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Prenzlau, Sangerhausen, Sondershausen, Staßfurt, Neubrandenburg und Finsterwalde. Die höchsten Arbeitslosenquoten in Westdeutschland lagen wie bereits im Vorjahr in Gelsenkirchen, Mönchengladbach, Dortmund, Essen und Bremerhaven mit Werten zwischen 15,6 und 14,3 Prozent und damit noch deutlich über den niedrigsten Arbeitslosenquoten ostdeutscher Arbeitsmarktregionen. Diese fanden sich in Sonneberg, Jena, Meiningen, Eisenach sowie Luckenwalde und Eichsfeld und lagen zwischen 11,8 und 13,4 Prozent.

Die niedrigsten Arbeitslosenquoten von 4,2 bis unter 5 Prozent verzeichneten die süddeutschen Arbeitsmarktregionen Biberach, Lindau, Dingolfing und Ravensburg, Friedrichshafen, Ingolstadt und Donauwörth-Nördlingen. Den stärksten Rückgang der Arbeitslosenquote von 2005 bis 2006 mit knapp 3 Prozentpunkten wiesen die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Schönebeck und Halle, Bitterfeld, Löbau-Zittau sowie Greifswald und Erfurt auf. In Westdeutschland waren dies die Arbeitsmarktregionen Lübeck, Holzminden, Hannover, Bremerhaven und Heide mit Rückgängen von gut 2 Prozentpunkten. Demgegenüber stieg die Arbeitslosenquote in den Arbeitsmarktregionen Kleve und Remscheid, Mönchengladbach, Hagen, Frankfurt/Main, Wuppertal, Darmstadt und Parchim zwischen 0,3 und 0,1 Prozentpunkten leicht an.

2.1.4 Arbeitslosigkeit im Jahr 2007

Die anhaltend gute konjunkturelle Lage und das kontinuierliche Beschäftigungswachstum ließen die Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2007 abermals sinken. Der milde Winter und das im Jahr 2006 eingeführte Saisonkurzarbeitergeld trugen ebenfalls zu einer sinkenden Arbeitslosigkeit bei. Die Arbeitslosigkeit lag im **Jahresdurchschnitt 2007** bei **3.776.000 Personen** und somit um 711.000 Arbeitslose niedriger als im Jahr 2006, was gleichzeitig der stärkste absolute Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland war (Bundesagentur für Arbeit 2008b: 39). Im Jahr 2007 sank die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland mit 17,3 Prozent (-521.000 Arbeitslose) stärker als in Ostdeutschland mit 12,8 Prozent (-190.000 Arbeitslose). Der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit fand bei der Arbeitslosenversicherung im Rechtskreis des SGB III statt, da aufgrund der guten Konjunktur weniger Personen ihren Arbeitsplatz verloren und viele Personen wieder eine Beschäftigung gefunden haben. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2007 mit **9,0 Prozent** immerhin 1,8 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr und unter dem Tiefstand des letzten Konjunkturzyklus im Jahre 2001 mit 9,4 Prozent. In Ostdeutschland reduzierte sich die Arbeitslosenquote auf 15,1 Prozent und in Westdeutschland auf 7,5 Prozent.

Regionale Unterschiede wurden sowohl in Ostdeutschland, wo die Arbeitslosenquoten regional zwischen 9,2 und 22 Prozent schwankten, als auch in Westdeutschland mit einer Spannweite von 3,0 bis 13,5 Prozent sichtbar. Die gute konjunkturelle Lage führte dazu, dass im Jahr 2007 immerhin dreizehn westdeutsche Arbeitsmarkt-

regionen Arbeitslosenquoten von weniger als 4 Prozent aufwiesen und 43 noch unter 5 Prozent lagen. Die höchsten westdeutschen Arbeitslosenquoten von 12 Prozent und mehr verzeichneten wie bereits in den Vorjahren die Arbeitsmarktregionen Mönchengladbach, Dortmund und Essen sowie Bremerhaven. Die ostdeutsche Arbeitsmarktregion Sonneberg erreichte mit 9,2 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote Ostdeutschlands und lag damit wie Eisenach, Suhl, Eichsfeld, Pößneck und Jena noch unter einer Arbeitslosenquote von 11 Prozent. In Ostdeutschland gab es im Jahr 2007 nur noch vier Arbeitsmarktregionen mit einer Arbeitslosenquote von über 20 Prozent: Prenzlau war Spitzenreiter mit 22 Prozent, gefolgt von Pasewalk, Sangerhausen und Sondershausen.

Den stärksten absoluten Rückgang der Arbeitslosenquote von 2006 auf 2007 verzeichnete Pasewalk mit 3,4 Prozentpunkten von 25,0 Prozent im Jahr 2006 auf 21,6 Prozent im Jahr 2007, gefolgt von Saalfeld und Grimma sowie Staßfurt und Freiberg. Rückgänge von über 2,5 Prozentpunkten traten vorwiegend in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen auf, konnten aber auch in einigen westdeutschen Arbeitsmarktregionen beobachtet werden, nämlich in Salzgitter, Meschede und Osterode, Siegen und Kleve.

2.1.5 Arbeitslosigkeit im Jahr 2008

Auch wenn das Jahr 2008 mit einer weiter gesunkenen Arbeitslosigkeit als eines der besten Jahre für den Arbeitsmarkt zählte, wurden zum Ende des Jahres bereits erste Vorboten der Finanz- und Wirtschaftskrise sichtbar. So fielen die Rückgänge bei der Arbeitslosigkeit schon von September bis November 2008 deutlich geringer aus als im Durchschnitt der drei vorangegangenen Jahre. Im Dezember 2008 stieg die Arbeitslosigkeit dann - verglichen mit den Entwicklungen in den Vorjahren - deutlich stärker an. Dennoch lag die Arbeitslosigkeit im **Jahresdurchschnitt 2008** mit **3.268.000 Personen** und einer Arbeitslosenquote von **7,8 Prozent** noch unter dem Stand von 2007. Einen niedrigeren Stand bei der Zahl der Arbeitslosen hat es zuletzt im Jahr 1992 in Westdeutschland und 1991 in Ostdeutschland gegeben (Bundesagentur für Arbeit 2008c: 26). Trotz der Belastung des Arbeitsmarktes durch das Auslaufen der vorruhestandsähnlichen Regelungen¹ waren 2008 immerhin noch gut 508.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr gemeldet und die Arbeitslosenquote sank um 1,2 Prozentpunkte. Im Vergleich zum Vorjahr gab es die stärksten relativen Rückgänge bei der Zahl der Arbeitslosen in Bayern (-21 Prozent) und Baden-Württemberg (-16 Prozent) und die geringsten in Schleswig-Holstein und Hamburg, die aber immerhin noch bei 10 Prozent lagen (Bundesagentur für Arbeit 2008c: 26). Die Arbeitslosenquote lag in Ostdeutschland im Jahresdurchschnitt bei 13,1 Prozent und in Westdeutschland bei 6,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang von 1,1 Prozentpunkten in Westdeutschland und 2,0 Prozentpunkten in Ostdeutschland.

¹ Nach § 428 SGB III konnten bis Ende des Jahres 2007 Arbeitnehmer über 58 Jahren noch Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen beziehen.

Die Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2008 bewegten sich bei westdeutschen Arbeitsmarktregionen zwischen 2,3 Prozent (Biberach) und 12,1 Prozent (Gelsenkirchen) und bei ostdeutschen Arbeitsmarktregionen zwischen 7,9 Prozent (Sonneberg) und 19,5 Prozent (Sangerhausen). Die höchsten westdeutschen Arbeitslosenquoten wiesen wie bereits in den Vorjahren wieder die Arbeitsmarktregionen Gelsenkirchen, Dortmund, Mönchengladbach, Essen und Bremerhaven auf. Demgegenüber konnten elf ostdeutsche Arbeitsmarktregionen (im Gegensatz zu sechs Regionen im Vorjahr) Arbeitslosenquoten von unter 11 Prozent verzeichnen. Es handelte sich hierbei um Sonneberg mit einer Arbeitslosenquote von nur 7,9 Prozent, sowie den Arbeitsmarktregionen Eisenach, Suhl und Meiningen, Jena, Gotha, Eichsfeld und Pößneck, Luckenwalde, Potsdam-Brandenburg und Saalfeld. Die höchsten Arbeitslosenquoten in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen lagen 2008 unter 20 Prozent ([s. Karte 2](#)). Eine Arbeitslosenquote von über 17 Prozent wiesen nur acht ostdeutsche Arbeitsmarktregionen auf. In Mecklenburg-Vorpommern waren dies Pasewalk und Neubrandenburg, in Brandenburg Prenzlau und Finsterwalde und in Sachsen-Anhalt Stendal, Staßfurt, Sangerhausen und Naumburg.

Auch von 2007 auf 2008 ließen sich vor allem in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen die stärksten absoluten Rückgänge bei der Arbeitslosenquote feststellen. Sonneberg führt die Liste mit einem Rückgang um 3,5 Prozentpunkte an, gefolgt von Zwickau und Greifswald und Güstrow und Schönebeck. In westdeutschen Arbeitsmarktregionen gab es die höchsten Rückgänge zwischen -2,4 und -2,0 Prozentpunkten in Lichtenfels, Weiden, Kulmbach, Mönchengladbach, Wolfsburg und Kronach.

2.1.6 Entwicklung der Arbeitslosigkeit von 2005 bis 2008

Im Jahresdurchschnitt 2008 waren insgesamt 3.268.000 Personen arbeitslos gemeldet und damit 1.593.000 Personen weniger als noch im Jahr 2005. Dies entspricht einem Rückgang von 32,8 Prozent. In Westdeutschland ging die Arbeitslosigkeit um 1.102.000 Personen (-33,9 Prozent) zurück und in Ostdeutschland um 491.000 (-30,4 Prozent). Der starke Rückgang war dabei auf die konjunkturelle Belebung des Arbeitsmarktes, auf einen gleichzeitigen Rückgang des Arbeitskräfteangebots und auf die Arbeitsmarktreformen zurückzuführen.

Da die Betrachtung der absoluten Veränderung der Arbeitslosenquoten in Prozentpunkten ganz entscheidend vom unterschiedlichen Ausgangsniveau der Arbeitslosenquoten abhängt, wird die Entwicklung von 2005 bis 2008 nachfolgend anhand der prozentualen Werte beschrieben.

In [Karte 3](#) erkennt man sehr deutlich die überdurchschnittlich und prozentual höchsten Rückgänge bei der Arbeitslosenquote vorwiegend in Bayern und in großen Teilen Baden-Württembergs, aber auch in Nordrhein-Westfalen und im westlichen Niedersachsens. Halbiert werden konnte die regionale Arbeitslosenquote von 2005 bis 2008 nicht nur in den bayerischen und baden-württembergischen Regionen, sondern auch in Gütersloh, Nordhorn, Lingen und Itzehoe. Um 40 Prozent ging auch die Arbeitslosenquote in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Saalfeld, Eichs-

feld, Sonneberg, Gotha und Pößneck zurück. Unterdurchschnittliche Rückgänge verzeichnen hingegen sowohl westdeutsche als auch ostdeutsche Arbeitsmarktregionen. Im Westen gab es die niedrigsten prozentualen Rückgänge in den Arbeitsmarktregionen Bonn, Krefeld, Köln, Hagen, Mönchengladbach, Düsseldorf und Essen, aber auch in den Arbeitsmarktregionen Nordenham, Husum, Göttingen und Gießen, die zwischen 17,7 und 25 Prozent lagen. In Ostdeutschland waren die Regionen mit den niedrigsten prozentualen Rückgängen Salzwedel, Staßfurt, Dessau, Prenzlau, Neuruppin, Sangerhausen, Finsterwalde, Stendal und Naumburg mit Werten zwischen -18,3 und -22,6 Prozent.

Einen Überblick über die Zahl der Arbeitslosen und ihre Entwicklung in den Jahren 2005 bis 2008 liefert die nachfolgende Tabelle 1, wobei die Zahlen für West- und Ostdeutschland sowie für Deutschland insgesamt getrennt ausgewiesen werden. Entsprechend sind die Arbeitslosenquoten für die vier betrachteten Jahre in Tabelle 2 aufgeführt sowie die Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt von 2005 bis 2008.

Tabelle 1
Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2005 bis 2008 absolut

(Absolute Veränderung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008
Westdeutschland	3.247.000 (+464.000)*	3.007.000 (-240.000)	2.486.000 (-521.000)	2.145.000 (-341.000)
Ostdeutschland	1.614.000 (+18.000)*	1.480.000 (-134.000)	1.291.000 (-189.000)	1.123.000 (-168.000)
Deutschland	4.861.000 (+482.000)*	4.487.000 (-374.000)	3.776.000 (-711.000)	3.268.000 (-508.000)

*Vorjahresvergleiche wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Zahl der Arbeitslosen aus Meldungen aus dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit, Zulieferungen der zugelassenen kommunalen Träger und ergänzenden Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit, sofern keine plausiblen Daten der kommunalen Träger vorlagen. Zahlen gerundet

Tabelle 2
Durchschnittliche Arbeitslosenquoten* in den Jahren 2005 bis 2008 und Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt in Prozent

(Prozentuale Veränderung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	4-Jahresdurchschnitt 2005-2008
Westdeutschland	9,9	9,1 (-7,4)	7,5 (-17,3)	6,4 (-13,7)	8,2
Ostdeutschland	18,7	17,3 (-8,5)	15,1 (-12,8)	13,1 (-13,0)	16,1
Deutschland	11,7	10,8 (-7,7)	9,0 (-15,8)	7,8 (-13,5)	9,8

* Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Eigene Berechnung

2.1.7 Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt von 2005 bis 2008

Die regionalen **Arbeitslosenquoten im Vierjahresdurchschnitt von 2005 bis 2008** waren in Ostdeutschland und den strukturschwächsten westdeutschen Arbeitsmarktregionen am höchsten. Gut zu erkennen sind diese Regionen mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt als rot eingefärbte Flächen in [Karte 4](#). Des Weiteren befinden sich Arbeitsmarktregionen mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote auch im Ruhrgebiet, im östlichen Niedersachsen sowie an der Nordseeküste. Es wird auch deutlich, dass einige ostdeutsche Regionen, wie zum Beispiel Sonneberg, Jena, Eisenach, Meiningen, Suhl, Luckenwalde, Pößneck, Eichsfeld und Gotha mittlerweile mit 12,5 Prozent niedrigere Arbeitslosenquoten im Vierjahresdurchschnitt aufweisen als die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Gelsenkirchen, Dortmund, Mönchengladbach, Bremerhaven, Essen, Hagen, Duisburg und Bochum.

2.2 Frauenarbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008

Von den eben beschriebenen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt waren die einzelnen Personengruppen ganz unterschiedlich betroffen. Dieser Abschnitt widmet sich insbesondere der Arbeitslosigkeit von Frauen. Wie im vorangegangenen Abschnitt wird erst die Gesamtentwicklung auf Bundesebene bzw. für West- und Ostdeutschland beschrieben und anschließend die Struktur auf Ebene der Arbeitsmarktregionen untersucht.

2.2.1 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2005

Im Jahr 2005 waren die Frauen weitaus stärker von der Einführung des SGB II betroffen als die Männer, wobei ca. 70 Prozent des so genannten Hartz-IV-Effektes auf die Frauen entfielen. Das hing damit zusammen, dass relativ mehr erwerbsfähige ehemalige Sozialhilfeempfängerinnen und weibliche Familienangehörige von Arbeitslosenhilfebeziehern, die selbst nicht arbeitslos gemeldet waren, neu in der Arbeitslosenstatistik erfasst wurden. Die Arbeitslosigkeit von Frauen stieg damit stärker an als die der Männer. Im **Jahresdurchschnitt 2005** waren insgesamt **2,255 Millionen Frauen** arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 322.000 arbeitslose Frauen an, von denen 260.000 auf den statistischen Hartz-IV-Effekt zurückgeführt werden können. Ostdeutsche Frauen waren weiterhin stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen in Westdeutschland. Dennoch bewirkten das rückläufige Arbeitskräfteangebot in Ostdeutschland und der stärker belastende Hartz-IV-Effekt in Westdeutschland, dass der Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland deutlich geringer ausfiel als in Westdeutschland. Im Vergleich zum Jahr 2004 stieg die Frauenarbeitslosenquote in Westdeutschland um 2,3 Prozentpunkte an, in Ostdeutschland hingegen nur um 0,3 Prozentpunkte (Bundesagentur für Arbeit 2006b: 68 f.). Die Frauenarbeitslosenquote, die sich im Gegensatz zur Arbeitslosenquote insgesamt nur auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezieht, lag im Jahr 2005 insgesamt bei **12,7 Prozent**, wobei sie in Ostdeutschland mit 19,7 Prozent deutlich über der in Westdeutschland mit 10,7 Prozent lag.

Die Unterschiede in der Frauenarbeitslosigkeit zwischen West- und Ostdeutschland lassen sich zum großen Teil durch die höhere Erwerbsneigung und Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen erklären. Bogai und Hirschenauer (2005) zeigten, dass im Jahr 2003 nicht nur die Erwerbspersonenquote², sondern auch die Erwerbstätigenquote³ bei den ostdeutschen Frauen über fast alle Altersgruppen hinweg deutlich höher lag als bei den westdeutschen Frauen. Am stärksten war der Unterschied bei den 35- bis 54-jährigen Frauen. Hier lag die Erwerbstätigenquote in Ostdeutschland mit rund 60 Prozent um zehn Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. Nur bei den 15- bis 24-jährigen Frauen war die Erwerbstätigenquote bei den westdeutschen Frauen höher als bei den ostdeutschen. Obwohl in Ostdeutschland aber schon deutlich mehr Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig waren als in Westdeutschland, lag dort auch die Frauenarbeitslosigkeit deutlich höher. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass die Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen nach wie vor deutlich höher ist als die Erwerbsneigung westdeutscher Frauen. Ostdeutsche Frauen bleiben meist auch während der Kindererziehungsphase am Arbeitsmarkt präsent – sei es als Erwerbstätige oder Arbeitslose – während sich westdeutsche Frauen in dieser Phase eher vom Arbeitsmarkt zurückziehen (s. auch Fuchs/Weber 2004).

Betrachtet man die Frauenarbeitslosigkeit auf Ebene der Arbeitsmarktregionen, fallen deutliche regionale Unterschiede – auch innerhalb Ost- und Westdeutschlands – auf. Weit über dem ostdeutschen Durchschnitt und bei über 25 Prozent lag die Frauenarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2005 in den Arbeitsmarktregionen Sondershausen, Pasewalk, Sangerhausen, Prenzlau, Finsterwalde, Staßfurt, Stendal, Neubrandenburg und Naumburg. Frauenarbeitslosenquoten, die deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 19,7 Prozent lagen, wiesen demgegenüber die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Jena, Meiningen, Sonneberg, Schwerin, Suhl, Luckenwalde und Potsdam-Brandenburg sowie Dresden mit Werten zwischen 14,1 und 15,8 Prozent auf. In Westdeutschland gibt es einige Arbeitsmarktregionen, in denen die Frauenarbeitslosenquoten im Jahr 2005 höher ausfielen als in ostdeutschen Regionen. Die höchste Frauenarbeitslosenquote gab es in Osterode mit 18,2 Prozent, gefolgt von Gelsenkirchen, Bremerhaven und Holzminden, Salzgitter, Dortmund und Leer, wo die Quote bei 16,6 Prozent lag. Diese Arbeitsmarktregionen stechen in [Karte 5](#) in Westdeutschland deutlich als rote Flächen hervor. Die niedrigsten Frauenarbeitslosenquoten von lediglich 5,6 bis 6,4 Prozent verzeichneten die Arbeitsmarktregionen Dingolfing, Lindau und Ravensburg, Weilheim und Garmisch-Partenkirchen, Reutlingen/Tübingen sowie Traunstein, dargestellt in dunkelgrün.

² Die Erwerbspersonenquote berechnet sich als Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) an den Erwerbsfähigen (Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren). Sie dient als Maß für die Erwerbsbeteiligung.

³ Die Erwerbstätigenquote misst den Anteil von Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung.

2.2.2 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2006

Im **Jahresdurchschnitt 2006** waren **2,149 Millionen Frauen** arbeitslos gemeldet und somit knapp 106.000 weniger als im Vorjahr. Der Rückgang fiel bei den arbeitslosen Frauen schwächer aus als bei den arbeitslosen Männern, da die Männer deutlich stärker vom konjunkturellen Aufschwung profitieren konnten. Auch konnte wie bereits im Vorjahr wieder nur ein Drittel der vormals arbeitslosen Frauen eine Beschäftigung im ersten oder zweiten Arbeitsmarkt finden, wohingegen es bei den Männern immerhin jeder zweite Arbeitslose war (Bundesagentur für Arbeit 2007c: 74). Die Arbeitslosenquote der Frauen sank im Vergleich zum Vorjahr auf **12,0 Prozent**, lag aber in Ostdeutschland mit 18,8 Prozent weiterhin deutlich über der Frauenarbeitslosenquote in Westdeutschland mit 10,2 Prozent.

Den stärksten Rückgang bei der Frauenarbeitslosenquote von 2005 bis 2006 verzeichneten sowohl ost- als auch westdeutsche Regionen. Rückgänge von über 2 Prozentpunkten gab es in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Halle, Bitterfeld, Schönebeck und Erfurt, Saalfeld und Löbau-Zittau und in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Pirmasens, Lübeck, Hannover, Holzminden, Hameln und Bremerhaven. Auf der anderen Seite stieg die Frauenarbeitslosenquote in 44 Arbeitsmarktregionen an. Die höchsten Zuwächse von einem Prozentpunkt und mehr gab es in Parchim, Emden, Wismar sowie Finsterwalde, Nordenham und Remscheid.

2.2.3 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2007

Die Zahl der arbeitslosen Frauen lag im **Jahresdurchschnitt 2007** mit **1,873 Millionen** abermals unter dem Vorjahreswert. Auch 2007 fiel der Rückgang der Arbeitslosenzahl bei den Männern mit 18,7 Prozent stärker aus als bei den Frauen mit 12,8 Prozent, was sich mit einem seit Jahren steigenden Arbeitskräfteangebot der Frauen erklären lässt. Da jedoch die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften nicht in demselben Maße wächst, kann die Frauenarbeitslosigkeit auch bei guter konjunktureller Lage nicht in gleichem Maße zurückgehen wie die Männerarbeitslosigkeit. Auch wurden vorwiegend Arbeitskräfte in männerdominierten Industriezweigen, wie dem Verarbeitenden Gewerbe oder der Baubranche, benötigt (Bundesagentur für Arbeit 2008b: 88 f.). Die Arbeitslosenquote der Frauen sank dennoch von 2006 bis 2007 um 1,6 Prozentpunkte auf **10,4 Prozent**, wobei sie in Ostdeutschland mit 16,8 Prozent immer noch fast doppelt so hoch lag wie in Westdeutschland mit 8,7 Prozent.

Mit Ausnahme lediglich einer Arbeitsmarktregion, nämlich Löbau-Zittau (+0,4 Prozentpunkte), sank in allen Arbeitsmarktregionen die Frauenarbeitslosenquote von 2006 bis 2007. Den größten Rückgang verzeichnete die Arbeitsmarktregion Staßfurt mit 4,4 Prozentpunkten, die aber weiterhin mit einer Frauenarbeitslosenquote von 21,7 Prozent weit über dem ostdeutschen Durchschnittswert lag. Weitere hohe Rückgänge von über drei Prozentpunkten gab es in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Wittenberg und Bergen, Freiberg, Saalfeld, Arnstadt, Pößneck und Waren sowie in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Kleve, Osterode und Meschede.

2.2.4 Frauenarbeitslosigkeit im Jahr 2008

Trotz erster Vorboten der konjunkturellen Abschwungphase im Laufe des Jahres 2008 konnte der Arbeitsmarkt noch vom Aufschwung der vergangenen Jahre profitieren. Der starke Abbau der Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2008 wurde durch den Beschäftigungsaufbau bei gleichzeitig sinkendem Arbeitskräfteangebot begünstigt und schlug auf alle Personengruppen durch. So waren im **Jahresdurchschnitt 2008 1,600 Mio.** Frauen arbeitslos gemeldet, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 273.000 entspricht. Die Arbeitslosenquote der Frauen sank gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte auf **8,9 Prozent**. In Ostdeutschland war sie im Jahresdurchschnitt 2008 mit 14,5 Prozent weiterhin doppelt so hoch wie in Westdeutschland mit 7,4 Prozent. Da sich die Finanz- und Wirtschaftskrise vorwiegend auf die männerdominierten Branchen wie das Baugewerbe und das Verarbeitende Gewerbe auswirkte, fiel der prozentuale Rückgang der Arbeitslosigkeit von 2007 auf 2008 bei den Frauen mit 14,6 Prozent höher aus als bei den Männern mit 12,3 Prozent. Im **Krisenjahr 2009** konnte ein weiterer Rückgang bei der Frauenarbeitslosigkeit beobachtet werden, wohingegen sich die Arbeitslosigkeit bei den Männern erhöhte. Dies hängt vor allem auch damit zusammen, dass Frauen vorwiegend im relativ konjunkturabhängigen Dienstleistungsgewerbe tätig sind.

Die regionale Frauenarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2008, dargestellt in [Karte 6](#), variierte in Westdeutschland zwischen 3,1 Prozent und 13,7 Prozent und in Ostdeutschland zwischen 9,4 Prozent und 22,5 Prozent. Die höchsten Rückgänge mit über 4 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten die Arbeitsmarktregionen Sondershausen, Zwickau, Schönebeck und Stendal. In Westdeutschland ging die Frauenarbeitslosenquote am stärksten in Kronach, Lichtenfels und Soltau mit gut 3 Prozentpunkten zurück.

2.2.5 Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit von 2005 bis 2008

Die Frauenarbeitslosigkeit hat von 2005 bis 2008 um 655.000 Personen auf 1,600 Mio. abgenommen, was einem Rückgang von 29 Prozent entspricht. Aufgrund der starken Arbeitskräftenachfrage in männerdominierten Berufen während des konjunkturellen Aufschwungs und bedingt durch das steigende weibliche Arbeitskräfteangebot in diesen Jahren, fiel der Abbau der Arbeitslosigkeit bei den Frauen nicht so stark aus wie bei den Männern (-36 Prozent). Dennoch folgt auch der Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit regional im Großen und Ganzen dem Bild der Gesamtarbeitslosigkeit, wie der Vergleich von [Karte 3 mit Karte 7](#) veranschaulicht. Die Rückgänge der regionalen Arbeitslosenquoten der Frauen schwankten zwischen -56,2 Prozent in Lohr am Main und -0,6 Prozent in Bonn. In Ostdeutschland betrug der stärkste Rückgang -38,4 Prozent und der geringste Rückgang -14,3 Prozent. Die höchsten Rückgänge verzeichneten wie schon bei der Arbeitslosigkeit insgesamt vorwiegend Regionen in Bayern und Baden-Württemberg. Außerdem konnten Arbeitsmarktregionen wie Itzehoe, Nordhorn, Lingen, Bitburg, St. Wendel, Homburg/Saar, Olpe und Meschede einen beträchtlichen Rückgang von über 40 Prozent bei der Frauenarbeitslosigkeit aufweisen (s. [Karte 7](#)).

2.2.6 Frauenarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt von 2005 bis 2008

Die Frauenarbeitslosenquoten im Vierjahresdurchschnitt von 2005 bis 2008 in [Karte 8](#) zeigen das gleiche regionale Muster wie die Arbeitslosigkeit insgesamt. Die höchsten Frauenarbeitslosenquoten von über 23 Prozent liegen nach wie vor in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen wie Sondershausen mit 25,9 Prozent, gefolgt von Prenzlau, Sangerhausen und Pasewalk, Finsterwalde, Staßfurt und Görlitz. Die niedrigsten Frauenarbeitslosenquoten sind in süddeutschen Arbeitsmarktregionen zu finden. Frauenarbeitslosenquoten weit unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 17,5 Prozent weisen die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Jena, Sonneberg, Potsdam-Brandenburg, Luckenwalde, Suhl und Meiningen mit 12,0 bis 13,5 Prozent auf. Weitaus höher fallen da die höchsten Frauenarbeitslosenquoten in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Gelsenkirchen, Salzgitter, Osterode, Dortmund und Mönchengladbach mit über 15 Prozent aus.

Die Eckwerte der Frauenarbeitslosigkeit werden für die Jahre 2005 bis 2008 für West- und Ostdeutschland sowie für Deutschland insgesamt in der nachfolgenden Tabelle 3 aufgeführt. Die entsprechenden Arbeitslosenquoten der Frauen bezogen auf die weiblichen abhängigen zivilen Erwerbspersonen liefert Tabelle 4.

Tabelle 3
Frauenarbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2005 bis 2008 absolut
(Absolute Veränderung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008
Westdeutschland	1.497.000 (+322.009)*	1.440.000 (-57.000)	1.239.000 (-201.000)	1.055.000 (-183.000)
Ostdeutschland	758.000 (+199)*	709.000 (-48.000)	634.000 (-75.000)	545.000 (-90.000)
Deutschland	2.255.000 (+322.208)*	2.149.000 (-106.000)	1.873.000 (-276.000)	1.600.000 (-273.000)

*Vorjahresvergleiche wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Zahl der Arbeitslosen aus Meldungen aus dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit, Zulieferungen der zugelassenen kommunalen Träger und ergänzenden Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit, sofern keine plausiblen Daten der kommunalen Träger vorlagen. Zahlen gerundet

Tabelle 4
Durchschnittliche Frauenarbeitslosenquoten* in den Jahren 2005 bis 2008 und Frauenarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt in Prozent
(Prozentuale Veränderung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	4-Jahresdurchschnitt 2005-2008
Westdeutschland	10,7	10,2 (-3,8)	8,7 (-13,9)	7,4 (-14,8)	9,3
Ostdeutschland	19,7	18,8 (-6,4)	16,8 (-10,6)	14,5 (-14,2)	17,5
Deutschland	12,7	12,0 (-4,7)	10,4 (-12,8)	8,9 (-14,6)	11,0

* Frauenarbeitslosenquoten bezogen auf weibliche abhängig zivile Erwerbspersonen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2.3 Jugendarbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008

Jugendarbeitslosigkeit ist ein gesellschaftspolitisches Problem, das sich in den vergangenen Jahren in ganz Europa immer mehr verschärft hat. Wenngleich sich die Situation deutscher Jugendlicher noch positiv im europäischen Vergleich darstellt, so muss diesem Thema ebenso in Deutschland besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auch wenn wesentliche Faktoren bei der Jugendarbeitslosigkeit noch immer ein fehlender Schulabschluss und eine fehlende Berufsausbildung sind, so ist in den letzten Jahren auch ein nahtloser Übergang von der Schule über die Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit immer seltener geworden. Gebrochene Erwerbsbiographien mit kurzfristigen Arbeitsverhältnissen und Arbeitslosigkeit sowie anderen Überbrückungsmaßnahmen führen dazu, dass junge Menschen demotiviert werden und keine Perspektiven für ihre berufliche Zukunft sehen.

2.3.1 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2005

Dennoch kam der konjunkturelle Aufschwung ab dem Jahr 2005 auch bei den jugendlichen Arbeitslosen an, wobei die Einführung des SGB II auf diese Gruppe Arbeitsloser zunächst ganz anders wirkte als auf die Arbeitslosen insgesamt. So hatte der Hartz-IV-Effekt auf die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen, d. h. auf Personen unter 25 Jahren, einen weitaus stärkeren Einfluss als auf die Zahl der Arbeitslosen insgesamt. Dies führte im Jahr 2005 zunächst zu einem doppelt so hohen Anstieg bei der Zahl der jugendlichen Arbeitslosen im Vergleich zur Gesamtzahl der Arbeitslosen. So stieg im **Jahresdurchschnitt 2005** gegenüber dem Vorjahr die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 23 Prozent auf **619.000** an. Von den insgesamt 114.000 zusätzlich arbeitslos gemeldeten Jugendlichen lassen sich vermutlich 75.000 allein auf den Hartz-IV-Effekt zurückführen (Bundesagentur für Arbeit 2006b: 69). Auffällig war, dass insbesondere bei den 15- bis 20-Jährigen die Arbeitslosigkeit um 65 Prozent angestiegen ist. Auch dies hängt unmittelbar mit der Einführung des SGB II zusammen, wonach Familienangehörige von ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern ab diesem Zeitpunkt als Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft galten und somit, soweit ihnen eine Arbeit zumutbar war und sie nicht mehr zur Schule gingen und keine Ausbildung absolvierten, als Arbeitslose erfasst wurden. Bei den Jugendlichen war der Hartz-IV-Effekt in Westdeutschland mit einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit um 28 Prozent doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen wird auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe bezogen. Sie betrug im **Jahresdurchschnitt 2005 12,5 Prozent** und lag in Ostdeutschland mit 19,3 Prozent fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland mit 10,6 Prozent.

Somit lassen sich folglich auch die höchsten Arbeitslosenquoten Jugendlicher in ostdeutschen Regionen finden, wie [Karte 9](#) zeigt. Spitzenreiter ist hier die Arbeitsmarktreion Stendal mit einer Jugendarbeitslosenquote von 25,4 Prozent, gefolgt von Grimma und Greifswald und der westdeutschen Arbeitsmarktreion Osterode. Ebenso sind die Arbeitsmarktreionen Prenzlau, Naumburg, Schönebeck, Stralsund, Berlin und Sangerhausen von einer hohen Jugendarbeitslosenquote von über 22 Prozent betroffen. In Westdeutschland ist Jugendarbeitslosigkeit auch gerade in

den strukturschwachen Arbeitsmarktregionen Leer und Bremerhaven ein großes Problem, da auch dort nahezu jede fünfte abhängige Erwerbsperson unter 25 Jahren arbeitslos ist.

2.3.2 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2006

Dass die Arbeitslosigkeit Jugendlicher weitaus stärker auf konjunkturelle Schwankungen als die Arbeitslosigkeit insgesamt reagiert, zeigt sich insbesondere im darauf folgenden Jahr 2006. Nachdem die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen im Vorjahr noch doppelt so hoch angestiegen war, sank sie im **Jahresdurchschnitt 2006** doppelt so stark wie die Zahl der Arbeitslosen insgesamt, und zwar auf **523.000**. Der Rückgang betrug relativ 15,5 Prozent und absolut 96.000 arbeitslose Jugendliche. Insbesondere profitierten die jugendlichen Arbeitslosen zwischen 20 und 25 Jahren dabei von der anziehenden Konjunktur. Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen in dieser Altersgruppe ging mit 16 Prozent sehr stark zurück, da ihnen der Übergang an der zweiten Stelle, d. h. von der Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt, gelang. Bei den 15- bis 20-Jährigen war der Rückgang nicht ganz so stark ausgeprägt, lag aber mit 12 Prozent immer noch höher als bei der Arbeitslosigkeit insgesamt von 8 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2007c: 74). Die Arbeitslosigkeit sank dabei in West- und Ostdeutschland nahezu im gleichen Umfang. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen lag im Jahresdurchschnitt 2006 im Bund bei **10,8 Prozent**, wobei sie in Ostdeutschland mit 17,2 Prozent weiter deutlich über der in Westdeutschland mit 9,1 Prozent lag.

Im Jahr 2006 lag die Jugendarbeitslosenquote nur noch in sieben Arbeitsmarktregionen über 20 Prozent - gegenüber immerhin 25 Arbeitsmarktregionen im Jahr 2005. Die höchste Jugendarbeitslosenquote verzeichnete die Arbeitsmarktregion Prenzlau mit 25,2 Prozent, gefolgt von Stendal, Neuruppin, Staßfurt, Finsterwalde und Naumburg sowie Sangerhausen. Weit überdurchschnittlich hohe Jugendarbeitslosenquoten von 15,2 bis 16,7 Prozent finden sich zudem in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Helmstedt, Göttingen, Gelsenkirchen, Uelzen und Bremerhaven.

Dennoch ist in einigen Arbeitsmarktregionen die Jugendarbeitslosigkeit von 2005 bis 2006 sogar gestiegen. Am stärksten stieg die Jugendarbeitslosenquote in Löbau-Zittau mit +2,9 Prozentpunkten. Neben weiteren ostdeutschen Arbeitsmarktregionen wie Neuruppin, Prenzlau, Finsterwalde und Oranienburg verzeichneten auch die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Hagen, Soltau, Husum und Wuppertal sowie Remscheid Zuwächse von 1 bis über 2 Prozentpunkten. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen stieg noch in weiteren 13 Arbeitsmarktregionen, jedoch unter einem Prozent.

2.3.3 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2007

Die Jugendarbeitslosigkeit sank auch im Jahr 2007 weiter, und zwar um 22,6 Prozentpunkte auf **405.000 Personen** im **Jahresdurchschnitt 2007**. Auch in diesem Jahr konnten die Jugendlichen gegenüber den Arbeitslosen insgesamt überproportional von der günstigen Arbeitsmarktlage profitieren. Auch wenn sich der Übergang

an der zweiten Schwelle für die Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr weiter verbessert hat, hatte insbesondere die Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen Probleme beim nahtlosen Übergang aus der Ausbildung in eine Beschäftigung. Während der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit im Vorjahr in West- und Ostdeutschland noch nahezu im gleichen Umfang stattfand, ging von 2006 auf 2007 die Zahl der unter 25-Jährigen Arbeitslosen in Westdeutschland mit 24,5 Prozent stärker zurück als in Ostdeutschland mit 18,7 Prozent. Die Jugendarbeitslosenquote lag somit im Jahr 2007 in Ostdeutschland mit 14,4 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die Quote in Westdeutschland mit 6,9 Prozent. In Deutschland betrug die Arbeitslosenquote der Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2007 insgesamt **8,5 Prozent**.

Lediglich zwei ostdeutsche Arbeitsmarktregionen wiesen im Jahr 2007 noch Jugendarbeitslosenquoten von über 20 Prozent auf: Neuruppin mit 21,0 Prozent und Prenzlau mit 20,8 Prozent. In Westdeutschland verzeichneten die Arbeitsmarktregionen Flensburg und Bremerhaven die höchsten Jugendarbeitslosenquoten mit 13,2 bzw. 13,1 Prozent. Dennoch sank in allen Arbeitsmarktregionen die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen um mehr als 0,4 Prozentpunkte. Den stärksten Rückgang der Jugendarbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr um 6,6 Prozentpunkte gab es in der westdeutschen Arbeitsmarktregion Kleve und in der ostdeutschen Arbeitsmarktregion Perleberg. Weiterhin wiesen auch Burg, Grimma, Minden, Schönebeck, Magdeburg und Bautzen hohe Rückgänge von über 5 Prozentpunkten auf. Lediglich in Halle und Bitterfeld stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 1,2 bzw. 0,5 Prozentpunkte an.

2.3.4 Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2008

Die Jugendarbeitslosigkeit lag im **Jahresdurchschnitt 2008** bei rund **340.000 Personen**, was einem Rückgang von 16,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Wie bereits von 2006 bis 2007 fiel auch von 2007 bis 2008 der prozentuale Rückgang in Westdeutschland (mit 17,0 Prozent) stärker aus als in Ostdeutschland (mit 14,4 Prozent). Die Jugendarbeitslosenquote lag im Jahr 2008 bundesweit bei **7,1 Prozent**, in Ostdeutschland bei 12,7 Prozent und in Westdeutschland bei 5,7 Prozent.

Auch wenn es im Jahresdurchschnitt 2008 keine Jugendarbeitslosenquote über 20 Prozent mehr gab, so waren dennoch weiterhin die Jugendlichen in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen stärker betroffen, wie ein Blick auf [Karte 10](#) verdeutlicht. [Diese Karte](#) enthält die gleiche Klasseneinteilung wie die [vorangegangene Karte 9](#) für das Jahr 2005. Man erkennt, dass auch im Jahr 2008 die höchsten Jugendarbeitslosenquoten in Prenzlau mit 18,8 Prozent, gefolgt von Stendal, Naumburg und Sangerhausen, Neuruppin, Görlitz, Berlin und Eberswalde lagen, dargestellt in dunklen Rottönen. Im Vergleich zu der regionalen Verteilung der Jugendarbeitslosenquoten in den Vorjahren ist die deutliche Verbesserung der Arbeitsmarktsituation für Jugendliche in den alten Bundesländern in [Karte 10](#) zu erkennen, die fast alle nun in Grüntönen dargestellt sind.

2.3.5 Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit von 2005 bis 2008

Im Vergleich mit dem Ausgangsjahr 2005 sank die Jugendarbeitslosenquote bis 2008 in allen Arbeitsmarktregionen, wie [Karte 11](#) zeigt. In 109 Arbeitsmarktregionen ging die Jugendarbeitslosenquote um über 50 Prozent zurück, in 46 Arbeitsmarktregionen lag der Rückgang sogar zwischen 60 und 70 Prozent. Hierzu zählen in erster Linie Arbeitsmarktregionen in Bayern und Baden-Württemberg, aber auch die Arbeitsmarktregionen Nordhorn, Minden, Meschede, St. Wendel und Lingen. Die geringste Veränderung bei der Jugendarbeitslosigkeit wiesen sowohl ost- als auch westdeutsche Arbeitsmarktregionen auf, wie die hellgrünen Flächen in [Karte 11](#) veranschaulichen. Hierbei handelt es sich um die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Löbau-Zittau, Görlitz, Neuruppin, Prenzlau, Frankfurt/Oder und Eberswalde sowie die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Wuppertal, Bonn, Hagen und Krefeld.

In der nachfolgenden Tabelle 5 wird die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in den Jahren 2005 bis 2008 getrennt für West- und Ostdeutschland sowie für Deutschland insgesamt ausgewiesen. Die Arbeitslosenquoten für diese Personengruppe enthält Tabelle 6, ebenfalls für den Zeitraum von 2005 bis 2008 und aufgegliedert nach West- und Ostdeutschland sowie Deutschland insgesamt. Zudem ist in Tabelle 6 sowie in [Karte 12](#) die Jugendarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt enthalten.

Tabelle 5
Jugendarbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008 absolut

(Absolute Veränderung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008
Westdeutschland	412.000 (+89.000)*	346.000 (-66.000)	261.000 (-85.000)	217.000 (-44.000)
Ostdeutschland	207.000 (+25.000)*	177.000 (-30.000)	144.000 (-33.000)	123.000 (-21.000)
Deutschland	619.000 (+114.000)*	523.000 (-96.000)	405.000 (-118.000)	340.000 (-65.000)

*Vorjahresvergleiche wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Zahl der Arbeitslosen aus Meldungen aus dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit, Zulieferungen der zugelassenen kommunalen Träger und ergänzenden Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit, sofern keine plausiblen Daten der kommunalen Träger vorlagen. Zahlen gerundet.

Tabelle 6
Durchschnittliche Jugendarbeitslosenquoten* in den Jahren 2005 bis 2008 und Jugendarbeitslosenquote im Vierjahresdurchschnitt in Prozent

(Prozentuale Veränderung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008	4-Jahresdurchschnitt 2005-2008
Westdeutschland	10,6	9,1 (-16,0)	6,9 (-24,5)	5,7 (-17,0)	8,1
Ostdeutschland	19,4	17,2 (-14,6)	14,4 (-18,7)	12,7 (-14,4)	15,9
Deutschland	12,5	10,8 (-15,5)	8,5 (-22,6)	7,1 (-16,1)	9,7

* Jugendarbeitslosenquoten bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen unter 25 Jahren

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2.4 Langzeitarbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008

Als Langzeitarbeitslose gelten im Rahmen der Arbeitsmarktstatistik alle Personen, die am jeweiligen Stichtag ein Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet sind.

Aufgrund der Problematik der Arbeitslosenstatistik im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Jahr 2005 (ausführlich beschrieben im Abschnitt 6.2) und der geänderten Zuständigkeiten für die Arbeitslosen lagen in den Jahren 2005 und 2006 für 69 Kreise mit zugelassenen kommunalen Trägern keine auswertbaren Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit vor. Die Arbeitslosigkeit insgesamt konnte in diesen Jahren zwar nahezu vollständig abgebildet werden, da die Bundesagentur für Arbeit ergänzende Schätzungen für die betroffenen Regionen vorgenommen hat, wenn keine plausiblen Datenlieferungen von zugelassenen kommunalen Trägern vorlagen. Belastbare Schätzungen sind jedoch nur für einen eingeschränkten Merkmalskatalog möglich, zu dem Alter, Geschlecht und Nationalität zählen. Weitere Differenzierungen, wie z. B. für Langzeitarbeitslose, sind jedoch nicht möglich, da hierfür zu wenig verwertbare Meldungen von zugelassenen kommunalen Trägern vorliegen.

Auch auf Bundesebene lassen sich aufgrund unvollständiger regionaler Daten nur vage Aussagen zur Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in den Jahren 2005 und 2006 machen. Es ist jedoch festzustellen, dass sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen im **Jahresdurchschnitt 2005** gegenüber dem Vorjahr erhöht hat. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen ist aber zurückgegangen, was auf statistische Gründe im Zusammenhang mit der Einführung des SGB II zurückzuführen ist. Zu Beginn des Jahres 2005 wurden erstmals im Rechtskreis des SGB II registrierte Arbeitslose mit einer Dauer von null Monaten erfasst, auch wenn sie vorher schon arbeitslos gewesen waren, so dass folglich die Zahl der Langzeitarbeitslosen untererfasst wurde. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Ostdeutschland gesunken und in Westdeutschland gestiegen, gleichwohl waren ostdeutsche Arbeitslose weiter stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als westdeutsche Arbeitslose (Bundesagentur für Arbeit 2006b: 72 ff.).

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im **Jahr 2006** im Gegensatz zur Gesamtzahl der Arbeitslosen sogar gestiegen. Dieser Anstieg ist vor allem mit dem Hartz-IV-Effekt zu erklären, der insbesondere in Westdeutschland die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2005 hat ansteigen lassen. Von diesen Arbeitslosen wurden im Jahr 2006 viele langzeitarbeitslos, so dass es in Westdeutschland einen Zuwachs gab, während in Ostdeutschland die Zahl der Langzeitarbeitslosen im selben Zeitraum sank.

Im darauf folgenden **Jahr 2007** hat die Langzeitarbeitslosigkeit dann gegenüber dem Vorjahr etwas stärker abgenommen als die Arbeitslosigkeit insgesamt und lag im **Jahresdurchschnitt 2007** bei **1,371 Millionen Personen**. **Diese Zahl wird allein aus dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit gewonnen und enthält somit nicht die Arbeitslosen der zugelassenen kommunalen Träger im Rechtskreis des SGB II, so dass die Langzeitarbeitslosigkeit nicht mehr voll-**

ständig abgebildet wird. Dies bedeutet, dass auf regionaler Ebene nur Zahlen zur Langzeitarbeitslosigkeit für 429 Kreise im Jahr 2007 vorliegen. Für den in Abbildung 13 (im methodischen Anhang) rot schraffierten Bereich liegen somit keine Daten vor, so dass in diesen Regionen die Langzeitarbeitslosigkeit nur zu ca. 20 Prozent abgebildet wird. (S. hierzu auch die ausführliche Erläuterung in Abschnitt 6.2.1). Betroffen von dem eingeschränkten Datenmaterial sind im Jahr 2007 insgesamt 71 Kreise mit ca. 2000 Gemeinden.

Auch im Jahr 2008 hat die Langzeitarbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr weiter abgenommen, und zwar um 290.000 Personen auf **1,080 Mio. Langzeitarbeitslose im Jahresdurchschnitt 2008**. Dies entspricht einem prozentualen Rückgang von 21,2 Prozent. In Westdeutschland ging die Langzeitarbeitslosigkeit mit 22,2 Prozent etwas stärker zurück als in Ostdeutschland mit 19,2 Prozent. Im Jahr 2008 lagen auf regionaler Ebene nur Zahlen zur Langzeitarbeitslosigkeit für 413 Kreise⁴ von den Arbeitsagenturen im SGB III vor und für 358 Kreise⁵ im SGB II, für die Arbeitsagenturen und Kommunen, zusammengeschlossen als Arbeitsgemeinschaften (ARGE), gemeinsam zuständig sind. Im Jahr 2008 sind nach der Zusammenlegung zweier Kreise⁶ im Rahmen der Kreisgebietsreform in Sachsen noch 70 Kreise von dem eingeschränkten Datenmaterial betroffen. Bezogen auf die 270 Arbeitsmarktregionen bedeutet dies, dass die Langzeitarbeitslosigkeit in insgesamt **64 Arbeitsmarktregionen nicht vollständig abgebildet** werden kann. **Bei der Interpretation der Zahlen zur Langzeitarbeitslosigkeit ist daher zu beachten, dass die dargestellten Strukturen regional verzerrt sind.** Trotz der regional nicht vollständigen Darstellbarkeit der Langzeitarbeitslosigkeit wird diese auf Wunsch des Auftraggebers nachfolgend - jedoch mit den genannten Einschränkungen - abgebildet. Dabei sind diese **64 Arbeitsmarktregionen**, in denen Optionskommunen liegen und für die somit nur unvollständige Daten vorliegen, **blau schraffiert** ([in den Karten 13 bis 15](#)) hervorgehoben.

Die nachfolgende Tabelle 7 gibt die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Westdeutschland, Ostdeutschland sowie in Deutschland insgesamt für die Jahre 2007 und 2008 wieder⁷.

⁴ Die Zahl der Kreise hat sich mit der Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt zum 1. Juli 2007 von bundesweit 439 auf 429 Kreise reduziert und mit der Kreisgebietsreform in Sachsen zum 1. August 2008 auf 413 Kreise.

⁵ Im Zuge der Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt zum 1. Juli 2007 wurden die Kreise in diesem Bundesland neu zugeschnitten, so dass sich die Zahl der von zugelassenen kommunalen Trägern berührten Kreise ab diesem Zeitpunkt von insgesamt 69 auf 71 Kreise erhöht hat.

⁶ Hierbei handelt es sich um die Zusammenlegung der Kreise Bautzen und Kamenz zum Kreis Bautzen.

⁷ Die in der Tabelle aufgeführten Zahlen zur Langzeitarbeitslosigkeit unterscheiden sich von den Zahlen im ersten Zwischenbericht. Dies hängt damit zusammen, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen Mitte 2009 von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit revidiert wurde. Die hier abgebildete Tabelle enthält somit die aktuellen Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit in den Jahren 2007 und 2008.

Tabelle 7**Langzeitarbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2007 und 2008 absolut**

(Absolute Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem Vorjahr in Klammern)

	2007	2008
Westdeutschland	891.000 (-187.000)	693.000 (-198.000)
Ostdeutschland	480.000 (-47.000)	387.000 (-92.000)
Deutschland	1.371.000 (-234.000)	1.080.000 (-290.000)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, (Eigene Auswertung aus Datawarehouse November 2009), Zahl der Langzeitarbeitslosen ausschließlich aus Meldungen aus dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit, ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

Die regionalen Veränderungsraten schwanken von einem eher geringfügigen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit in Halle um 3,3 Prozent bis zu 57,2 Prozent in Freyung. Höhere Rückgänge um bis zu 90 Prozent gab es in Arbeitsmarktregionen, in denen aufgrund der Datenlage die Langzeitarbeitslosigkeit nur unvollständig dargestellt werden kann. In [Karte 13](#) sind die unterdurchschnittlichen Rückgänge als rote Flächen hervorgehoben. Hierbei handelt es sich sowohl um westdeutsche Arbeitsmarktregionen wie Ratzeburg, Krefeld, Lübeck, Nordenham, Köln, Bremerhaven, Gießen, Saarbrücken, Bonn, Duisburg, Celle, Heide und Gelsenkirchen als auch um ostdeutsche Arbeitsmarktregionen wie Halle, Erfurt, Finsterwalde, Görlitz, Eberswalde, Salzwedel, Bitterfeld, Altenburg und Leipzig. Bei dieser Betrachtung blieben die Arbeitsmarktregionen mit Optionskommunen unberücksichtigt.

In [Karte 14](#) ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen im Jahr 2007 an allen Arbeitslosen in Prozent für alle Arbeitsmarktregionen dargestellt und in [Karte 15](#) der entsprechende Anteil für das Jahr 2008.

Die niedrigsten Anteile finden sich vorwiegend in den Arbeitsmarktregionen mit unvollständigem Datenmaterial, d. h. in den blau schraffierten Arbeitsmarktregionen. Überdurchschnittlich stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind im Jahr 2007 vor allem Arbeitsmarktregionen in der Mitte Deutschlands, und zwar sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ([s. Karte 14](#)). Dieses Band erstreckt sich von Sachsen über Kassel bis hin zum Ruhrgebiet. Jeder zweite Arbeitslose in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Mönchengladbach, Aachen, Gelsenkirchen, Soest, Gießen, Köln, Kassel, und Leverkusen ist bereits seit über einem Jahr arbeitslos gemeldet. In Ostdeutschland trifft dies für die Arbeitsmarktregionen Altenburg, Zwickau, Finsterwalde, Sondershausen und Sangerhausen zu, wie die dunkelrot eingefärbten Flächen in [Karte 14](#) zeigen.

Im Vergleich hierzu ist ein deutlicher Rückgang bei den Anteilen der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahr 2008 zu verzeichnen, [wie Karte 15](#) verdeutlicht. Da die Langzeitarbeitslosigkeit im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr stärker gesunken ist als die Arbeitslosigkeit insgesamt, ist auch der Anteil von 39,9 Prozent auf 36,3 Prozent zurückgegangen. Gab es im Jahr 2007 noch 28 Arbeitsmarktregionen, in denen der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen über 45

Prozent lag, so traf dies im Jahr 2008 nur noch für 11 Regionen zu. In der [Karte 15](#) deutlich zu erkennen sind dies die Arbeitsmarktregionen Finsterwalde, Altenburg, Aachen, Gießen, Köln, Gelsenkirchen, Sangerhausen, Duisburg, Bitterfeld, Eberswalde und Bremerhaven, die in dunkleren Rottönen eingefärbt sind.

Während in den meisten Arbeitsmarktregionen der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen von 2007 bis 2008 sank, gab es dennoch einige Regionen mit einem leichten Zuwachs. Am stärksten fiel der Anstieg in den Arbeitsmarktregionen Halle, Salzwedel, Finsterwalde, Görlitz und Bitterfeld aus. Weitere geringe Zuwachsraten von unter einem Prozentpunkt gab es außerdem in den in helleren Rottönen hervorgehobenen Arbeitsmarktregionen Erfurt, Altenburg, Bremerhaven, Krefeld, Gießen, Nordenham, Ratzeburg und Celle.

Auch im **Krisenjahr 2009** ist sowohl die Zahl der Langzeitarbeitslosen als auch der Anteil an allen Arbeitslosen weiter gesunken. Dies ist vor allem auf die verzögerte Reaktion der Langzeitarbeitslosigkeit zurückzuführen, da bei sinkender Arbeitsnachfrage zunächst die Kurzzeitarbeitslosigkeit steigt und folglich der Anteil der Langzeitarbeitslosen sinkt.

3 Einkommen

Das Einkommen bildet einen weiteren wichtigen Strukturindikator und dient der Bewertung der regionalen Verdienstmöglichkeiten der Beschäftigten. Da mit der Regionalförderung Investitionen in strukturschwachen Regionen angestoßen werden sollen, um die Wirtschaftskraft sowohl regional als auch gesamtwirtschaftlich zu stärken, wird bereits seit Jahren neben der Arbeitslosenquote, der Erwerbstätigenprognose und dem Infrastrukturindikator auch der durchschnittliche Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem als Indikator für die Abgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ herangezogen. Mit diesem Indikator ist es möglich, das am Arbeitsort der Beschäftigten erzielte Einkommen regional adäquat abzubilden.

Nachfolgend wird die regionale Einkommenssituation dargestellt. Das Kapitel beginnt mit einem methodischen Teil, in dem kurz das verwendete Datenmaterial beschrieben wird und auf die Korrektur der Bruttolohn- und Gehaltssumme auf Ebene der Kreise und der Arbeitsmarktregionen eingegangen wird. Eine Besonderheit des Verfahrens ergibt sich aufgrund der Zusammenlegung von West- und Ost-Berlin zum gemeinsamen Kreis Berlin ab dem Jahr 2005, da für die Lohnkorrektur in Berlin auch weiterhin getrennte Korrekturen mit den Beitragsbemessungsgrenzen West und Ost durchzuführen sind. Der Schwerpunkt des ersten Abschnitts liegt dann auf dem regionalen Vergleich der gemessenen mit den korrigierten Durchschnittslöhnen sowie auf der Entwicklung der Löhne vom Jahr 2004 bis 2007. Damit schließt sich die Datenreihe nahtlos an den zuletzt im Rahmen der Neuabgrenzung der Fördergebiete ausgewiesenen durchschnittlichen Lohn des Jahres 2003 an.

Den zweiten großen Abschnitt dieses Kapitels bildet die Entwicklung der insgesamt in den Regionen ausgezahlten Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2004 bis 2007

sowohl für West-, Ost- und Gesamtdeutschland als auch auf Ebene der Arbeitsmarktreionen, wobei die regionalen Besonderheiten hervorgehoben werden. Dieser Indikator ergänzt die Ergebnisse zum regionalen Durchschnittslohn, da er neben den regionalen Verdienstmöglichkeiten der Beschäftigten auch Aufschluss über die Richtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Regionen geben kann.

3.1 Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem

Um die Verdienstmöglichkeiten der Beschäftigten in den einzelnen Arbeitsmarktreionen darstellen zu können, wird der durchschnittliche Bruttojahreslohn aller Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung herangezogen. Damit werden die Einkommen des größten Teils der Erwerbstätigen erfasst: Im Jahr 2008 waren 68 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt (s. Bundesagentur für Arbeit 2008c: 19). Für jede Region wird ein durchschnittlicher Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem $LpB_i(t)$ berechnet, indem die insgesamt in jeder Region i in einem Jahr t ausgezahlte Bruttolohn- und Gehaltssumme $BLS_i(t)$ durch die dort arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten $B_i(t)$ geteilt wird:

$$LpB_i(t) = BLS_i(t) / B_i(t) \quad (3)$$

3.1.1 Datengrundlage

Zur Darstellung der regionalen Einkommenssituation wird als Datengrundlage das Jahreszeitraumaterial der Bundesagentur für Arbeit herangezogen.⁸ Dieses enthält alle Arbeitgebermeldungen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einschließlich der gezahlten Bruttoentgelte. Es werden Beschäftigte erfasst, die kranken-, pflege-, renten- oder nach dem Recht der Arbeitsförderung versicherungspflichtig sind, also auch Auszubildende, geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie Wehrübungs- und Zivildienstleistende. Nicht enthalten in dieser Datenquelle sind hingegen Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Die sozialversicherungspflichtigen Bruttoentgelte umfassen einen gesamten Jahreszeitraum, d. h. es sind alle Beschäftigungsverhältnisse enthalten, die innerhalb eines Jahres bestanden haben - unabhängig davon, ob es sich um ganzjährige oder unterbrochene Beschäftigungen handelt. Die Entgeltmeldungen beinhalten alle sozialversicherungspflichtigen Zahlungen, d. h. auch die Entlohnung von Überstunden, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld oder andere Lohnkomponenten wie das 13. Monatsgehalt oder Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Gegenüber Betrachtungen an einem Stichtag werden im Jahreszeitraumaterial auch kurzfristige saisonale Beschäftigungen berücksichtigt. Dies ist bei regionalen Auswertungen von besonderer Bedeutung, da z. B. gerade in strukturschwachen Regionen häufig ein größerer Teil der Arbeitnehmer nicht das ganze Jahr über beschäftigt ist. Auch wird oft in befristeten oder nicht dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen weniger pro Tag und Stunde verdient als in ganzjähriger Beschäftigung. Die Betrachtung des gesamten Jah-

⁸ Das Jahreszeitraumaterial wird im IAB in der Beschäftigten-Historik (BeH) aufbereitet.

reszeitraums gewährleistet, dass die Beschäftigungs- und Einkommenssituation in allen Regionen nahezu vollständig dargestellt werden kann.

Für jede Beschäftigungs- und Entgeltmeldung liegen sowohl regionale Informationen über den Sitz des Betriebes, d. h. über den Arbeitsort, als auch über den Wohnort des Beschäftigten vor. Damit können die Bruttolohn- und Gehaltssummen eindeutig am Wohnort bzw. Arbeitsort der Beschäftigten auf Gemeinde-, Kreis- oder Länderebene ausgewertet werden. Für regionale Auswertungen werden die Beschäftigten und die Bruttolohn- und Gehaltssummen an dem Arbeitsort ausgewiesen, an dem das Hauptbeschäftigungsverhältnis besteht. Dieses ist für eine Person bei mehreren Beschäftigungsverhältnissen entweder das mit der längeren Dauer bzw. bei gleichlangen Beschäftigungsverhältnissen das mit dem höheren Entgelt.

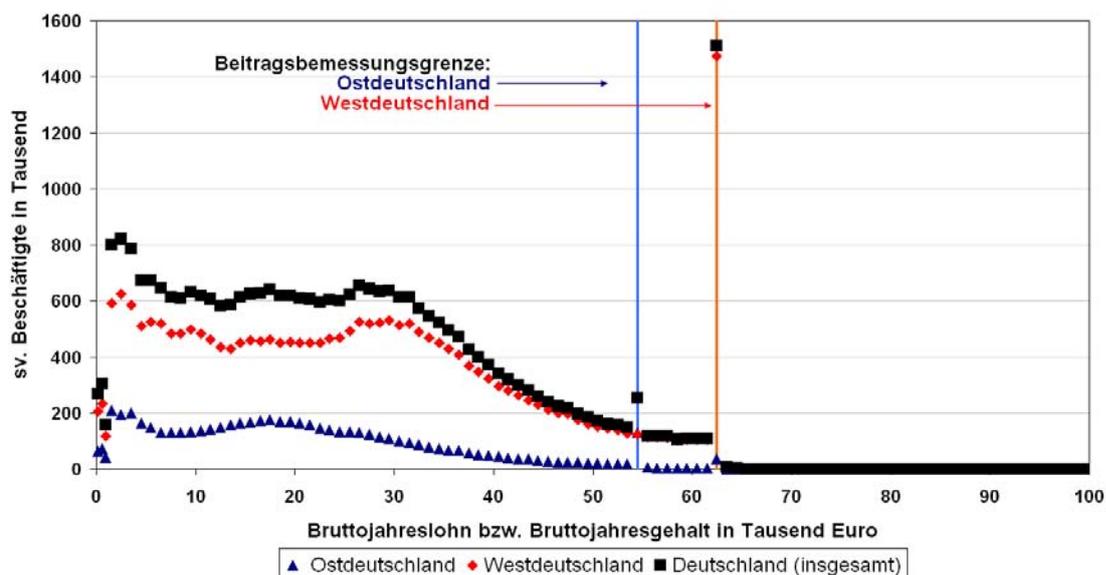
Das Jahreszeitraumaterial wird möglichst aktuell nach Ablauf des Meldejahres für das Meldejahr erstellt. Es liegt jedoch nur mit einer gewissen Zeitverzögerung vor, bis nahezu alle Jahresmeldungen eingetroffen sind. Nach 36 Monaten ist das Jahreszeitraumaterial fast vollständig. Die hier zugrunde liegenden Entgeltangaben der Jahre 2004 bis 2007 lagen 18 Monate nach Ablauf des entsprechenden Jahres vor und umfassen ungefähr 99 Prozent aller Arbeitgebermeldungen.

3.1.2 Verfahren zur Korrektur der Löhne

Die Meldung der gezahlten Einkommen an die Sozialversicherungsträger durch die Arbeitgeber erfolgt nur bis zur jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenze⁹. Alle Einkommen, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen, werden an der jeweils für das entsprechende Jahr gültigen Beitragsbemessungsgrenze für West- bzw. Ostdeutschland abgeschnitten und die Zahl der Beschäftigten mit Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze an der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze kumuliert. Abbildung 1 stellt die Einkommensverteilung in West- und Ostdeutschland bis zu den für jeden Landesteil gültigen Beitragsbemessungsgrenzen exemplarisch für das Jahr 2007 dar. Die Kumulierung der Zahl der Beschäftigten an den jeweiligen Beitragsbemessungsgrenzen für West- und Ostdeutschland sind als senkrechte Linien erkennbar. Darüber hinaus gibt es auch Beschäftigte, deren Gesamteinkommen aus mehreren Beschäftigungsverhältnissen die Beitragsbemessungsgrenze überschreitet. Diese Beschäftigten sind mit der Summe all ihrer Einkommen als schwarze Punkte rechts von der westdeutschen Beitragsbemessungsgrenze in Abbildung 1 dargestellt. Diese tatsächlichen Messpunkte bleiben von der Lohnkorrektur unberührt.

⁹ Hierbei handelt es sich um die Beitragsbemessungsgrenze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Abbildung 1
Einkommensverteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland im Jahr 2007



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (Beh) V8.00, Nürnberg 2008, Darstellung STASA

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Beschäftigten (einschließlich der geringfügig Beschäftigten), die im Jahr 2007 einen Bruttojahreslohn über der Beitragsbemessungsgrenze bezogen haben, ist in [Karte 16](#) für alle Arbeitsmarktregionen dargestellt. Im Jahr 2007 haben in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen zwischen 1,2 und 14,4 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze von 63.0000 € bezogen. Zwischen den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen sind die regionalen Unterschiede bei einer um rund 8.400 € niedrigeren Beitragsbemessungsgrenze im Jahr 2007 geringer, sie liegen hier zwischen 0,9 Prozent und 7,2 Prozent.

Deutlich zu erkennen sind die Hochlohnregionen im Jahr 2007 in [Karte 16](#) mit den Arbeitsmarktregionen Erlangen (14,4 Prozent), München (13,8 Prozent), Frankfurt am Main (13,4 Prozent), Leverkusen (12,5 Prozent), Stuttgart (11,3 Prozent), Friedrichshafen (10,9 Prozent) und Düsseldorf (10,7 Prozent). In den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Eichsfeld, Sangerhausen, Finsterwalde, Bergen, Pasewalk, Löbau-Zittau beziehen demgegenüber nur rund ein Prozent aller Beschäftigten ein Einkommen über der ostdeutschen Beitragsbemessungsgrenze.

Ferner werden in [Karte 16](#) regionale Disparitäten zwischen Ballungsräumen und eher ländlich geprägten Regionen deutlich. Insbesondere zwischen den benachbarten Arbeitsmarktregionen Erlangen (14,4 Prozent) und Neustadt/Aisch (1,5 Prozent), Berlin (7,2 Prozent) und Eberswalde (1,6 Prozent), Wolfsburg (9,4 Prozent) und Uelzen (1,5 Prozent) bzw. Salzwedel (1,5 Prozent) treten diese Unterschiede besonders deutlich hervor.

Im Vergleich zum Jahr 2004 ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einem Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze an allen Beschäftigten in Deutschland bis 2007 von 5,1 Prozent auf 5,7 Prozent gestiegen. In West-

deutschland ist ein Anstieg von 5,5 Prozent auf 6,3 Prozent festzustellen. In Ostdeutschland stieg der entsprechende Anteil zwischen 2004 und 2007 von 3,2 Prozent auf 3,4 Prozent.

Der größte Zuwachs des Anteils sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit einem Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze an allen Beschäftigten ist in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Friedrichshafen, Leverkusen, Lohr am Main, Burghausen, Aalen, Heidelberg, Biberach, Ludwigshafen, Ingolstadt und Stuttgart mit Werten bis zu 2,8 Prozentpunkten zu verzeichnen. In lediglich 19 Arbeitsmarktregionen fand ein Rückgang des entsprechenden Anteils zwischen 2004 und 2007 statt. Die größten Rückgänge von gut minus einem Prozentpunkt weisen die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Stendal, Salzwedel, Halberstadt, Staßfurt und Wittenberg auf.

Wie Abbildung 1 zeigt, werden die tatsächlich gezahlten Entgelte im Jahreszeitraummaterial untererfasst. Diese Unterschätzung fällt umso größer in Regionen aus, in denen viele Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze erzielt werden ([s. Karte 16](#)).

Dieser durch das Abschneideverfahren bedingte Fehler kann mit einer Zuschätzung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze mithilfe der Log-Normalverteilung korrigiert werden. Wichtig bei diesem Verfahren ist, dass die Verteilungskurve unterhalb der jeweiligen Abschneidegrenze beibehalten wird. Lediglich der Verlauf oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze ist geschätzt. So wird durch das Korrekturverfahren eine realistische Korrektur der Bruttolohn- und Gehaltssumme erreicht. Der Median und die Quartile der Lohnverteilung bleiben durch die Lohnkorrektur unberührt. Das Ausmaß der Korrektur für die einzelnen Kreise wird wesentlich durch den Anteil der Hochlohngruppen an der Beitragsbemessungsgrenze bestimmt. Insbesondere in den Hochlohnkreisen fällt diese Korrektur stark aus. Daher ist es notwendig, dass das Korrekturverfahren für jeden Kreis getrennt durchgeführt wird. Auch wird die Lohnkorrektur in jeder Region separat für vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen sowie für Teilzeitbeschäftigte durchgeführt, da sich deren Verteilungen erheblich voneinander unterscheiden. Die kreisspezifische Gesamtkorrektur der Bruttolohn- und Gehaltssumme ergibt sich aus der Summe der korrigierten Verteilungen der drei Gruppen.

Dieses Korrekturverfahren wurde bereits bei der Berechnung des Einkommensindicators für die letzte Neuabgrenzung der Fördergebiete angewendet und ausführlich beschrieben (s. Binder/Schwengler 2006), weshalb an dieser Stelle auf eine umfassende Darstellung des Verfahrens verzichtet wird. Beim Korrekturverfahren ist darauf zu achten, dass sich die Korrektur für jede einzelne Region aufgrund der unterschiedlichen Höhe der Beitragsbemessungsgrenzen in West- und Ostdeutschland an der für den jeweiligen Landesteil im entsprechenden Jahr gültigen Beitragsbemessungsgrenze orientiert. Einen Überblick über die Veränderung der Beitragsbemessungsgrenzen für West- und Ostdeutschland in den Jahren 2004 bis 2008 gibt Tabelle 8:

Tabelle 8
Jährliche Beitragsbemessungsgrenzen für West- und Ostdeutschland für die Jahre 2004 bis 2008 in Euro

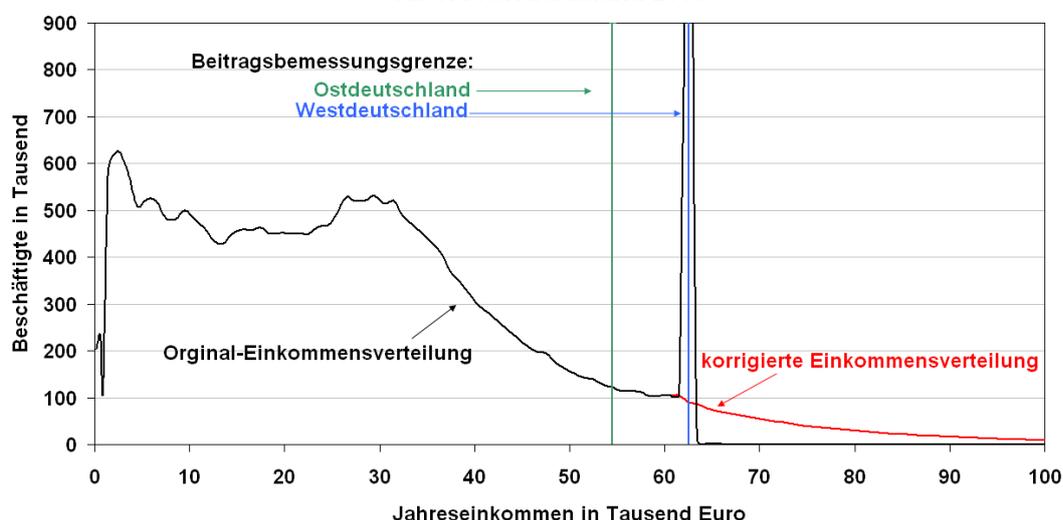
Jahr	2004	2005	2006	2007	2008
Westdeutschland	61.800	62.400	63.000	63.000	63.600
Ostdeutschland	52.200	52.800	52.800	54.600	54.000

Quelle: Deutsche Rentenversicherung, Pressereferat Berlin

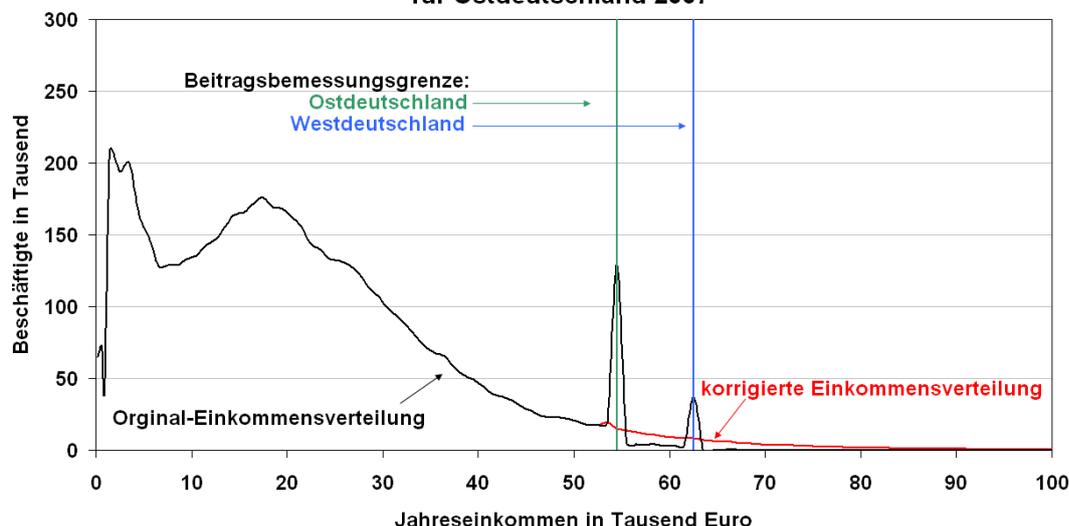
Die folgende Abbildung 2 zeigt die gemessene und korrigierte Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland im Jahr 2007.

Abbildung 2
Gemessene und korrigierte Einkommensverteilung aller Beschäftigten in West- und Ostdeutschland

Gemessene und korrigierte Einkommensverteilung (Brutt Jahreslohn pro Kopf) für Westdeutschland 2007



Gemessene und korrigierte Einkommensverteilung (Brutt Jahreslohn pro Kopf) für Ostdeutschland 2007



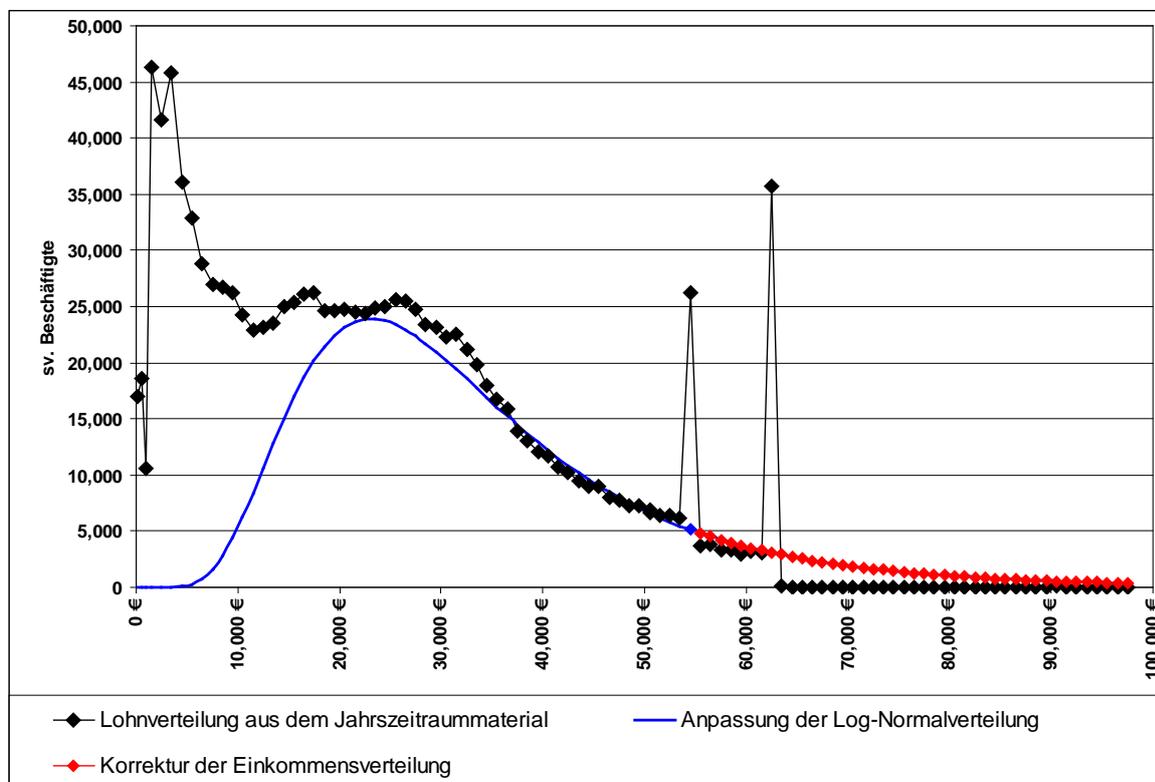
Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (Beh) V08.02.00, Nürnberg 2009, Darstellung STASA.

3.1.3 Regionale Besonderheiten bei der Lohnkorrektur

Lohnkorrektur in Berlin

Durch die Zusammenlegung der bis dahin getrennten Kreise West-Berlin und Ost-Berlin im Jahr 2005 zum gemeinsamen Kreis Berlin, musste die Korrektur für den „neuen“ Stadtkreis Berlin gesondert durchgeführt werden, da sich nun die Beschäftigten an zwei Beitragsbemessungsgrenzen in einem Kreis kumulierten. Die gemessene Einkommensverteilung sowie die Korrektur für den neuen Kreis Berlin für das Jahr 2007 ist in Abbildung 3 dargestellt. Die Häufung der Zahl der Beschäftigten an den beiden Beitragsbemessungsgrenzen Ost (54.600 €) und West (63.000 €) ist deutlich erkennbar. Die Beschäftigten in der obersten Einkommensklasse der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze wurden jeweils auf die kreisspezifische Log-Normalverteilung verteilt. Dabei war darauf zu achten, dass in einem ersten Schritt die Beschäftigten an der Beitragsbemessungsgrenze Ost entsprechend der angepassten Log-Normalverteilung zu verteilen waren. In einem zweiten Schritt wurden anschließend die an der Beitragsbemessungsgrenze West kumulierten Beschäftigten entsprechend verteilt, so dass die Log-Normalverteilung in ihrer Form beibehalten wurde. Durch die Lohnkorrektur ergibt sich die in Abbildung 3 rot dargestellte Einkommensverteilung für die Beschäftigten im Hochlohnbereich. Die an die Einkommensverteilung für Berlin angepasste Log-Normalverteilung ist blau eingetragen. Der Korrekturfaktor für den „neuen“ Kreis Berlin im Jahr 2007 beträgt 3,6 Prozent.

Abbildung 3
Anpassung der Einkommensverteilung für Berlin Ost und Berlin West



Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V08.02.00, Nürnberg 2009, Darstellung STASA.

Lohnkorrektur in Sachsen-Anhalt und Sachsen

Die Bruttolohn- und Gehaltssummen für die Arbeitsmarktregionen werden durch Aggregation aus den Bruttolohn- und Gehaltssummen auf Kreisebene gewonnen. Durch die Änderung der Kreiszuschnitte aufgrund der Kreisgebietsreformen in Sachsen-Anhalt am 1. Juli 2007 und in Sachsen am 1. August 2008 kann die Bruttolohn- und Gehaltssumme ab diesen Zeitpunkten nicht für alle Arbeitsmarktregionen durch eine Aggregation der vorliegenden Kreisdaten erfolgen (s. hierzu die ausführliche Beschreibung der Auswirkungen der Kreisgebietsreformen auf die Arbeitsmarktregionen in Kapitel 6.1 im methodischen Anhang). Bei den hier verwendeten Daten betrifft diese Problematik schon das Datenmaterial von 2006. Grund hierfür ist, dass das Jahreszeitraummaterial jeweils nur für den zum Auswertungsdatum gültigen Gebietsstand verfügbar ist. Das 18-Monatsmaterial für das Jahr 2006 wurde Mitte 2008 erstellt, d. h. nach der Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt zum 1. Juli 2007, weshalb hier schon die Daten mit dem neuen Kreiszuschnitt in Sachsen-Anhalt vorlagen.

Infolgedessen musste für die betroffenen Arbeitsmarktregionen in Sachsen-Anhalt ein Näherungsverfahren entwickelt werden. Dieses besteht darin, die ab dem Jahr 2006 vorliegenden Daten für 14 Kreise in Sachsen-Anhalt zunächst auf die ursprünglichen 24 Kreise zu transformieren und aus diesen in eindeutiger Weise die Bruttolohn- und Gehaltssumme für die 13 Arbeitsmarktregionen zu gewinnen. Analog musste für das Datenmaterial ab dem Jahr 2007 für die betroffenen Arbeitsmarktregionen in Sachsen ein Näherungsverfahren entwickelt werden. Die vorliegenden Daten für die 13 Kreise in Sachsen werden zunächst auf die ursprünglichen 29 Kreise transformiert und aus diesen werden in eindeutiger Weise die Bruttolohn- und Gehaltssumme für die betreffenden vierzehn Arbeitsmarktregionen gewonnen. Verfahrensgemäß wurden die Bruttolohn- und Gehaltssummen über die betroffenen Kreise vor und nach der Kreisgebietsreform summiert. Für die betroffenen Kreise wurde durch Quotientenbildung der Summen ein Umrechnungsfaktor ermittelt, mit dessen Hilfe eine Transformation auf den Gebietsstand vor der Kreisgebietsreform zum 1. Juli 2007 bzw. zum 1. August 2008 erfolgen kann. Mit diesem Verfahren wurden die Bruttolohn- und Gehaltssummen der betroffenen Arbeitsmarktregionen für die Jahre 2006 und 2007 korrigiert.

3.1.4 Regionale Auswirkungen der Lohnkorrektur

Die gemessene Bruttolohn- und Gehaltssumme erhöht sich durch die Korrektur in den Arbeitsmarktregionen in unterschiedlichem Umfang. Die maximale Korrektur (Quotient aus der korrigierten und gemessenen Bruttolohn- und Gehaltssumme) konnte im Jahr 2007 auf Ebene der Kreise für die Stadt Erlangen mit 21,0 Prozent und auf Ebene der Arbeitsmarktregionen für Erlangen mit 14,8 Prozent beobachtet werden. Weitere hohe Lohnkorrekturen finden in den Hochlohnregionen München (9,1 Prozent), Frankfurt am Main (7,8 Prozent), Leverkusen (6,5 Prozent), Düsseldorf (6,4 Prozent), Heidelberg (6,3 Prozent), Lohr am Main (5,6 Prozent), Stuttgart (5,3 Prozent), Wolfsburg (5,3 Prozent) und Paderborn (5,0 Prozent) statt. In diesen Arbeitsmarktregionen wird die tatsächlich gezahlte Bruttolohn- und Gehaltssumme

somit um 5 bis 15 Prozent untererfasst. Aufgrund der niedrigeren Beitragsbemessungsgrenze in Ostdeutschland ergeben sich auch für die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Berlin (3,6 Prozent), Oranienburg (2,8 Prozent), Luckenwalde (2,4 Prozent) und Dresden (2,4 Prozent) Lohnkorrekturen von über 2 Prozent. Insgesamt 44 Arbeitsmarktregionen sind von der Lohnkorrektur im Jahr 2007 nahezu nicht betroffen, denn hier unterscheidet sich die gemessene von der korrigierten Brutto Lohn- und Gehaltssumme um weniger als ein Prozent. Dies sind insbesondere Regionen in Ostdeutschland, aber auch westdeutsche Grenzregionen (s. dunkelrot eingefärbte Arbeitsmarktregionen in [Karte 17](#)). Ein Vergleich mit [Karte 16](#) zeigt, dass tendenziell diejenigen Arbeitsmarktregionen, in denen der Anteil der Bezieher hoher Einkommen besonders hoch ist, auch die höchsten Korrekturfaktoren aufweisen.

3.1.5 Unterschiede zwischen dem gemessenen und korrigierten Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem

Bevor die Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem beschrieben wird, werden zunächst exemplarisch für das Jahr 2007 die Unterschiede zwischen gemessenem und korrigiertem Bruttojahreslohn dargestellt.

In [Karte 18 und Karte 19](#) wird der gemessene Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem des Jahres 2007 dem korrigierten mit derselben Klasseneinteilung gegenübergestellt. In Westdeutschland liegt der durchschnittliche korrigierte Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem um rund 1.000 € höher als der gemessene. In Ostdeutschland beträgt diese Differenz nur rund 400 €. Der Durchschnittswert des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem liegt in Westdeutschland bei 27.939 € und damit um rund 7.000 € höher als in Ostdeutschland mit 20.986 € (s. auch Tabelle 9).

Die Spannweite der korrigierten durchschnittlichen regionalen Löhne in Ostdeutschland reicht von 15.841 € in der Arbeitsmarktregion Bergen bis hin zu 24.351 € in Berlin. Der Mittelwert in Ostdeutschland liegt nach der Korrektur bei 20.986 €. In nur sieben ostdeutschen Arbeitsmarktregionen übersteigt der Durchschnittslohn nach der Korrektur 21.000 €. Hierbei handelt es sich um Berlin, Dresden, Jena, Leipzig, Luckenwalde, Erfurt und Potsdam-Brandenburg. Weitere ostdeutsche Arbeitsmarktregionen, die in [Karte 19](#) in helleren Rottönen dargestellt sind, weisen Bruttojahreslöhne pro Beschäftigtem zwischen 20.000 € und 21.000 € auf. Die niedrigsten ostdeutschen Werte liegen in den Arbeitsmarktregionen Bergen, Löbau-Zittau, Paserow, Sangerhausen, Waren, Sondershausen und Annaberg.

Im Vergleich zu Ostdeutschland ist die Spreizung der korrigierten Durchschnittslöhne in Westdeutschland deutlich ausgeprägter. Auf der einen Seite gibt es Niedriglohnregionen mit einem durchschnittlichen Bruttojahreslohn von knapp 21.000 €, wie z. B. Husum und Uelzen, in [Karte 19](#) hervorgehoben in Rottönen. Auf der anderen Seite finden sich Hochlohnregionen wie beispielsweise Leverkusen, Erlangen, München und Frankfurt am Main mit Durchschnittslöhnen zwischen 34.500 € und 35.600 €, die gut als dunkelgrün eingefärbte Arbeitsmarktregionen zu erkennen sind.

Deutliche regionale Unterschiede zwischen gemessenem und korrigiertem Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem sind unter anderem zwischen Berlin und den umliegenden Arbeitsmarktregionen in Brandenburg sichtbar. Während die Arbeitsmarktregion Berlin den höchsten gemessenen Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem in Ostdeutschland von rund 23.500 € aufweist, liegen die gemessenen Bruttojahreslöhne pro Beschäftigtem in den angrenzenden Arbeitsmarktregionen Brandenburgs zwischen rund 19.100 € (Neuruppin) und 20.800 € (Potsdam-Brandenburg). Durch die Lohnkorrektur weitet sich dieser Unterschied aus, da die Arbeitsmarktregion Berlin zudem den größten Korrekturfaktor in Ostdeutschland besitzt (s. Abschnitt 3.1.2 und 3.1.3). Die entsprechenden korrigierten Werte der Bruttojahreslöhne pro Beschäftigtem liegen bei rund 24.300 € für Berlin, rund 19.300 € für Neuruppin und rund 21.100 € für Potsdam-Brandenburg.

3.1.6 Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem

Der durchschnittliche korrigierte Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem ist im Zeitraum von 2004 bis 2007 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland gestiegen. Einen Überblick über diese Entwicklung gibt Tabelle 9. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, dass die prozentualen Veränderungen der regionalen Durchschnittslöhne zwischen 2004 und 2005 in Ostdeutschland mit 2,0 Prozent höher ausfielen als in Westdeutschland mit 1,2 Prozent. Der prozentuale Anstieg fiel im Folgejahr, d. h. von 2005 bis 2006, in Westdeutschland mit 0,9 Prozent abermals niedriger aus. In Ostdeutschland reduzierte sich die Zuwachsrate von 2,0 auf 1,1 Prozent, lag aber dennoch weiterhin über der in Westdeutschland. Von 2006 auf 2007 fiel der prozentuale Zuwachs in Westdeutschland mit 1,1 Prozent und in Ostdeutschland mit 1,6 Prozent höher aus. Betrachtet man jedoch die regionalen Durchschnittslöhne in [Karte 19](#), so erkennt man das nach wie vor bestehende Lohngefälle zwischen west- und ostdeutschen Arbeitsmarktregionen.

Tabelle 9
Korrigierter Bruttojahreslohn pro Beschäftigtem am Arbeitsort von 2004 bis 2007 in Euro

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2004	2005	2006	2007
Westdeutschland	27.068	27.396 (+1,2 %)	27.639 (+0,9 %)	27.939 (+1,1 %)
Ostdeutschland	20.024	20.422 (+2,0 %)	20.647 (+1,1 %)	20.986 (+1,6 %)
Deutschland	25.660	26.025 (+1,4 %)	26.277 (+1,0 %)	26.591 (+1,2 %)

Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.00, Nürnberg 2008 und V08.02.00, Nürnberg 2009.

Es fallen auch regionale Disparitäten zwischen Ballungsräumen und eher ländlich geprägten Regionen auf, wie sie in ähnlicher, aber stärker ausgeprägter Form auch bei der regionalen Verteilung des Anteils sozialversicherungspflichtig Beschäftigter

mit Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze zu beobachten sind ([s. Karte 16](#)). Die Verteilung ändert sich jedoch nicht wesentlich über die Jahre 2004 bis 2007.

Betrachtet man die Entwicklung des korrigierten Bruttojahreslohns pro Beschäftigtem über den gesamten Zeitraum von 2004 bis 2007, so gehören insbesondere die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen zu den Lohn-Gewinnern mit Zuwächsen zwischen 4 und 10 Prozent. Die Arbeitsmarktregionen Saalfeld, Mühlhausen, Görlitz, Zwickau und Prenzlau, Wismar und Sondershausen, Altenburg, Pößneck, Annaberg und Cottbus zeigen die beste Entwicklung bei den durchschnittlichen Bruttojahreslöhnen in Ostdeutschland. Einen Anstieg beim regionalen Durchschnittslohn von über sechs Prozent verzeichnen aber auch westdeutsche Arbeitsmarktregionen wie Lohr am Main, Helmstedt, Burghausen, Biberach, Amberg, Kaufbeuren, Weilheim, Lindau und Haßfurt. Dies hängt damit zusammen, dass die Beschäftigung in diesen Regionen deutlich stärker sank als die Bruttolohn- und Gehaltssumme. In Helmstedt ging die Zahl der Beschäftigten beispielsweise von 2004 bis 2007 um 4,2 Prozent zurück, wobei die Bruttolohn- und Gehaltssumme im gleichen Zeitraum ebenfalls rückläufig war, und zwar um 3,4 Prozent. In Lohr am Main hingegen stieg die Lohnsumme in diesem Zeitraum um 9,6 Prozent und die Beschäftigung um 3,5 Prozent. Auch in Burghausen und Biberach stieg die Lohnsumme in diesem Zeitraum um 11,1 Prozent, bzw. um 14,5 Prozent und gleichzeitig die Beschäftigung um 4,1 Prozent, bzw. um 7,8 Prozent.

In den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen waren die Beschäftigungsverluste im betrachteten Zeitraum weitaus größer. Allein in Görlitz sank die Zahl der Beschäftigten von 2004 bis 2007 um 8,7 Prozent. Aber auch in Sondershausen, Prenzlau, Zwickau, Pößneck, Mühlhausen, Saalfeld und Bautzen waren die Rückgänge mit über 5 Prozent noch erheblich.

3.2 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttojahreslohns beschrieben wurde, wird nachfolgend die Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme in den Jahren 2004 und 2007 dargestellt¹⁰. In diesem Zeitraum nahm die Bruttolohn- und Gehaltssumme in Deutschland um rund 4,7 Prozent zu. In Westdeutschland erhöhte sie sich um 5,1 Prozent, während in Ostdeutschland nur ein Zuwachs von 2,7 Prozent festzustellen war. Trotz dieser Zunahme war die Lohnsumme zunächst von 2004 bis 2005 in beiden Landesteilen rückläufig und stieg erst 2006 und dann abermals 2007 an. Der Rückgang von 2004 bis 2005 fiel mit -2,2 Prozent in Ostdeutschland höher aus als in Westdeutschland. Auch im folgenden Jahr, d. h. von 2005 bis 2006, stieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs in Westdeutschland stärker an als in Ost-

¹⁰ Die folgende Betrachtung der Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme bezieht sich auf die gemessenen und nicht auf die korrigierten Werte.

deutschland. Von 2006 auf 2007 fiel dann jedoch der prozentuale Zuwachs in Ostdeutschland mit 3,8 Prozent höher als in Westdeutschland mit 3,5 Prozent aus (s. Tabelle 10).

Dass die regionalen Durchschnittslöhne trotz der rückläufigen Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2004 bis 2005 dennoch gestiegen sind, hängt damit zusammen, dass die Zahl der Beschäftigten weitaus stärker zurückging als die Lohnsumme. So sank die Zahl der Beschäftigten in Westdeutschland von 2004 bis 2005 um 1,0 Prozent und in Ostdeutschland sogar um 3,6 Prozent. Der Beschäftigungsrückgang lag in Deutschland damit bei -1,5 Prozent und konnte auch im folgenden Jahr, d. h. von 2005 bis 2006, mit einem Anstieg von 1,1 Prozent noch nicht wieder aufgeholt werden (Westdeutschland: +1,3 Prozent, Ostdeutschland: +0,2 Prozent). Von 2006 bis 2007 stieg die Zahl der Beschäftigten in Westdeutschland um 2,6 Prozent und im Ostdeutschland um 3,0 Prozent. Der Beschäftigungsanstieg lag in Deutschland damit bei 2,4 Prozent.

Tabelle 10

Bruttolohn- und Gehaltssumme am Arbeitsort in den Jahren 2004 bis 2007 in Mio. Euro

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2004	2005	2006	2007
Westdeutschland	609.708	608.636 (-0,2 %)	619.204 (+1,7 %)	640.760 (+3,5 %)
Ostdeutschland	114.917	112.435 (-2,2 %)	113.753 (+1,2 %)	118.062 (+3,8 %)
Deutschland	724.717	721.150 (-0,5 %)	733.004 (+1,6 %)	758.846 (+3,5 %)

Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (Beh) V8.00, Nürnberg 2008 und V08.02.00, Nürnberg 2009.

3.2.1 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2004 bis 2005

Die Einkommensentwicklung verlief in den einzelnen Arbeitsmarktregionen sehr unterschiedlich. Die Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme in den Regionen variierte zwischen -6,5 Prozent bis +3,7 Prozent. Dass der Rückgang der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2004 auf 2005 in Ostdeutschland deutlich stärker ausfiel als in Westdeutschland, wird in [Karte 20](#) deutlich. So ging die Bruttolohn- und Gehaltssumme in allen Arbeitsmarktregionen Ostdeutschlands mit Ausnahme der Arbeitsmarktregionen Dresden und Wismar zurück. In Dresden stieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme leicht, um 0,7 Prozent, an und in Wismar um 0,1 Prozent. Am stärksten hat die Bruttolohn- und Gehaltssumme in Ostdeutschland in den Arbeitsmarktregionen Staßfurt, Salzwedel, Sangerhausen, Burg und Wittenberg mit über minus 5 Prozent abgenommen. Aber auch in weiten Teilen Westdeutschlands war die Entwicklung dieses Indikators von 2004 bis 2005 negativ. Am stärksten ging sie hier in den hessischen Arbeitsmarktregionen Eschwege (-4,6 Prozent), Lauterbach (-3,6 Prozent) und Erbach (-3,0 Prozent) sowie in den niedersächsischen Arbeitsmarktregionen Stadthagen (-3,5 Prozent) und Helmstedt (-3,0 Prozent) zurück. Nur

in Bayern und Baden-Württemberg ist der Wert der Bruttolohn- und Gehaltssumme in diesem Zeitraum flächendeckend angestiegen. Die stärksten Zuwächse verzeichneten die baden-württembergischen Regionen Biberach (+2,4 Prozent), Tuttlingen (+2,7 Prozent) und Baden-Baden (+3,7 Prozent). Bei der Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme ist damit sowohl ein starker Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern als auch zwischen dem Norden und Süden Deutschland festzustellen.

3.2.2 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2005 bis 2006

Ganz anders sieht die Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme in den Jahren 2005 bis 2006 aus. In diesem Zeitraum konnten fast alle Arbeitsmarktregionen vom konjunkturellen Aufschwung profitieren. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme ist von 2005 bis 2006 nur in fünfzehn Arbeitsmarktregionen gesunken. Allerdings ist hier nicht wie noch im Vorjahr eine Konzentration auf Ostdeutschland zu erkennen, sondern die Arbeitsmarktregionen mit negativer Entwicklung verteilen sich über ganz Deutschland. Am stärksten hat die Bruttolohn- und Gehaltssumme in der Arbeitsmarktregion Bergen mit -2,4 Prozent abgenommen, gefolgt von Finsterwalde (-1,6 Prozent), Viersen (-1,3 Prozent), Ahrweiler (-1,2 Prozent), und Helmstedt (-1,0 Prozent). Auch die dreizehn Regionen mit einem Zuwachs von 4 bis 5,5 Prozent verteilen sich über das gesamte Bundesgebiet. Im Einzelnen sind dies die Arbeitsmarktregionen Tuttlingen, Kassel, Salzgitter, Luckenwalde, Emden, Leer, Erlangen, Arnstadt, Fulda, Lingen, Biberach, Nordhorn und Cham. Die Regionen mit den geringsten Zuwächsen konzentrieren sich dennoch in Ostdeutschland, aber auch in Südhessen und im Süden Niedersachsens ([s. Karte 21](#)).

3.2.3 Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2006 bis 2007

Im Zeitraum von 2006 bis 2007 variierte die Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme in den Arbeitsmarktregionen zwischen -1,7 und +7,4 Prozent. Dennoch verzeichneten fast alle Arbeitsmarktregionen in diesem Zeitraum einen Anstieg der Bruttolohn- und Gehaltssumme ([s. Karte 22](#)).

Nur in zwei westdeutschen Arbeitsmarktregionen war die Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2006 bis 2007 rückläufig, nämlich in den Regionen Wolfsburg (-1,7 Prozent) und Salzgitter (-0,7 Prozent).

Einen Überblick über die höchsten Zuwächse bzw. Verluste bei der Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2006 bis 2007 gibt Tabelle 11. Die größten Zuwächse mit über 6,5 Prozent verzeichnen die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Leer, Lingen, Memmingen, Cham, Deggendorf und Cloppenburg sowie die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Luckenwalde und Sonneberg.

Die westdeutschen Arbeitsmarktregionen mit den geringsten Zuwächsen von +0,4 bis +2,0 Prozent im Einzelnen sind Bochum, Helmstedt, Holzminden, Leverkusen, Emden, Hannover, Merzig, Hameln, Düren, Eschwege, Kassel, Braunschweig,

Hersfeld, Krefeld, Konstanz und Gelsenkirchen. In Ostdeutschland verzeichnen die geringsten Zuwächse zwischen +1,8 und +2,8 Prozent die Arbeitsmarktregionen Neubrandenburg, Salzwedel, Sangerhausen, Prenzlau, Magdeburg, Pasewalk, Suhl, Schwerin, Altenburg, Gera, Finsterwalde, Sondershausen, Cottbus und Erfurt ([s. Karte 22](#)).

Tabelle 11

Zuwächse und Verluste bei der Brutto Lohn- und Gehaltssumme am Arbeitsort in den Jahren 2006 bis 2007

Zuwächse und Verluste in den west-deutschen Arbeitsmarktregionen	Zuwächse und Verluste in den ost-deutschen Arbeitsmarktregionen
Leer (+7,4 %)	Sonneberg (+6,8 %)
Lingen (+7,2 %)	Luckenwalde (+6,6 %)
Memmingen (+6,7 %)	Arnstadt (+5,9 %)
Cham (+6,7 %)	Potsdam-Brandenburg (+5,5 %)
Deggendorf (+6,7 %)	Torgau/Oschatz (+5,2 %)
Cloppenburg (+6,6 %)	Eberswalde (+5,1 %)
Burghausen (+6,4 %)	Oranienburg (+5,1 %)
Biberach (+6,4 %)	Pirna (+4,9 %)
...	...
Emden (+0,9 %)	Schwerin (+2,4 %)
Leverkusen (+0,9 %)	Suhl (+2,4 %)
Holzminden (+0,8 %)	Pasewalk (+2,2 %)
Helmstedt (+0,5 %)	Magdeburg (+2,2 %)
Bochum (+0,4 %)	Prenzlau (+2,1 %)
Salzgitter (-0,7 %)	Sangerhausen (+1,9 %)
Wolfsburg (-1,7 %)	Salzwedel (+1,9 %)

3.2.4 Entwicklung der Brutto Lohn- und Gehaltssumme von 2004 bis 2007

Betrachtet man die Entwicklung der Brutto Lohn- und Gehaltssumme über den gesamten Zeitraum von 2004 bis 2007 in [Karte 23](#), so zeigt sich wieder ein regional sehr differenziertes Bild. Die größten Zuwächse über den gesamten Zeitraum mit 11 bis 14,5 Prozent verzeichnen die westdeutschen Arbeitsmarktregionen Biberach, Cham, Leer, Tuttlingen, Lingen, Schwäbisch Hall, Memmingen, Nordhorn, Erlangen und Burghausen (siehe Tabelle 12). Auch in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen wie Luckenwalde, Arnstadt, Wismar, Jena, Dresden, Eichsfeld, Sonneberg, Potsdam-Brandenburg, Eisenach und Leipzig stieg die Brutto Lohn- und Gehaltssumme von 2004 bis 2007 um 5,3 bis 10,7 Prozent. In diesen Regionen sind die hohen Entwicklungsraten vor allem auf die hohen Beschäftigungsgewinne mit Werten von über vier Prozent zurückzuführen. Die größten Verluste gab es in den westdeutschen Arbeitsmarktregionen Eschwege, Helmstedt, Holzminden, Viersen, Wolfsburg sowie in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen Salzwedel, Finsterwalde, Staßfurt, Burg, Pasewalk, Görlitz, Sangerhausen und Wittenberg.

Tabelle 12**Zuwächse und Verluste bei der Bruttolohn- und Gehaltssumme am Arbeitsort in den Jahren 2004 bis 2007**

Zuwächse und Verluste in den west-deutschen Arbeitsmarktregionen	Zuwächse und Verluste in den ost-deutschen Arbeitsmarktregionen
Biberach (+14,5 %)	Luckenwalde (+10,7 %)
Cham (+13,7 %)	Arnstadt (+9,8 %)
Leer (+13,4 %)	Wismar (+7,5 %)
Tuttlingen (+13,2 %)	Jena (+7,3 %)
Lingen (+12,8 %)	Dresden (+7,2 %)
Schwäbisch Hall (+12,0 %)	Eichsfeld (+6,1 %)
Memmingen (+11,7 %)	Sonneberg (+6,0 %)
Nordhorn (+11,4 %)	Potsdam-Brandenburg (+5,9 %)
Erlangen (+11,4 %)	Eisenach (+5,6 %)
Burghausen (+11,1 %)	Leipzig (+5,3 %)
...	...
Wolfsburg (-1,1 %)	Pasewalk (-1,4 %)
Viersen (-1,6 %)	Burg (-1,5 %)
Holzminden (-3,0 %)	Steißfurt (-2,6 %)
Helmstedt (-3,4 %)	Finsterwalde (-3,0 %)
Eschwege (-4,0 %)	Salzwedel (-3,1 %)

4 Beschäftigung

Um regionale Unterschiede in der Beschäftigung in den Arbeitsmarktregionen darzustellen, wird der Beschäftigungsgrad am Wohnort berechnet. Dieser ist ein für die Arbeitsmarktpolitik sehr wichtiger Indikator, der die Arbeitsplatzversorgung der Wohnbevölkerung in einer Region beschreibt. Der Indikator ermöglicht Aussagen dazu, welcher Anteil der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) in einer Region einen Arbeitsplatz besitzt - unabhängig davon, wo sich dieser befindet. Um die Arbeitsplatzversorgung der Wohnbevölkerung in den einzelnen Arbeitsmarktregionen möglichst umfassend darzustellen, wird der Indikator im Rahmen dieses Gutachtens auf zwei verschiedene Arten berechnet - einerseits auf Basis von Stichtagszahlen und andererseits auf Grundlage des Beschäftigungsvolumens.

Im Folgenden wird in einem ersten Abschnitt zunächst die Methodik, die zur Berechnung der beiden Indikatorvarianten eingesetzt wurde, näher dargestellt. Insbesondere wird hierbei auf die Vor- und Nachteile der beiden Indikatorvarianten eingegangen. Den zweiten Abschnitt dieses Kapitels bildet der Beschäftigungsgrad „Stichtag“, der sich aus den Stichtagswerten zur Beschäftigung berechnet. Zunächst wird dabei die Entwicklung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ in den Arbeitsmarktregionen im betrachteten Zeitraum von 2005 bis 2008 beschrieben. Dabei werden auch die beiden Komponenten, aus denen sich der Indikator zusammensetzt, sepa-

rat dargestellt, denn sowohl die Beschäftigtenzahl (gemessen am Wohnort) als auch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, die in einer Region wohnen, haben Einfluss auf die Höhe dieses Beschäftigungsgrads. Im dritten Abschnitt des Kapitels wird auf die mögliche Verzerrung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ durch einen hohen Anteil an Grenz- bzw. Fernpendlern Bezug genommen. Zunächst wird dargestellt, wie sich der Indikator verändert, wenn Grenzpendler in die Berechnung mit einbezogen werden. Im Anschluss daran werden Fernpendler aus dem Beschäftigungsgrad „Stichtag“ herausgerechnet.

Den vierten Abschnitt dieses Kapitels bildet schließlich die zweite Variante des Beschäftigungsgrads, der Beschäftigungsgrad „Volumen“, der auf Basis des Beschäftigungsvolumens berechnet wird. Bevor dargestellt wird, wie sich diese Indikatorvariante im Zeitverlauf verändert hat, wird auch hier zunächst auf die Entwicklung des Beschäftigungsvolumens eingegangen. Am Ende des Abschnitts wird exemplarisch für das Jahr 2005 aufgezeigt, inwieweit sich die Rangliste der Arbeitsmarktreionen durch die unterschiedlichen Berechnungsarten des Beschäftigungsgrads am Wohnort verändert.

4.1 Methodische Erläuterungen zur Berechnung des Beschäftigungsgrads

Es gibt mehrere Möglichkeiten, den Beschäftigungsgrad am Wohnort zu berechnen, die jeweils verschiedene Vor- und Nachteile aufweisen. Um die Arbeitsplatzversorgung der Wohnbevölkerung in einer Arbeitsmarktreion möglichst umfassend darzustellen, wird der Indikator auf zwei verschiedene Arten berechnet, die nun kurz näher erläutert werden.

Im Rahmen des Gutachtens der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur „Neuabgrenzung des deutschen Regionalfördergebiets 2007 bis 2013“ wurde der Beschäftigungsgrad am Wohnort als Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gemessen jeweils zum Stichtag 30. Juni eines Jahres, an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter berechnet (s. Schwengler et al. 2006). Dieser Indikator wird künftig als Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort bezeichnet und berechnet sich wie folgt:

$$\text{Beschäftigungsgrad "Stichtag"} = \frac{\text{sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort}}{\text{Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter}} \quad (4)$$

Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass hier Grenz- und Fernpendlerzahlen, die ebenfalls stichtagsbezogen vorliegen, berücksichtigt werden können (s. Kapitel 4.3). Auch um die Vergleichbarkeit mit früheren Ergebnissen zu gewährleisten, ist es notwendig, den Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort zu berechnen. Allerdings hat diese Variante den Nachteil, dass nur die Beschäftigten, die am 30. Juni eines Jahres einen Arbeitsplatz besitzen, in die Zählergröße einfließen. Diese Größe stellt somit nicht den Jahresdurchschnitt dar, da es in jeder Region Personen gibt, die nicht das ganze Jahr über einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen und möglicherweise am 30. Juni in der Statistik nicht erfasst wer-

den. In einigen Branchen (z. B. Baugewerbe, Tourismus, Landwirtschaft etc.) ist es andererseits so, dass gerade im Sommer saisonal bedingt mehr Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind als im Winter. Auch dies verzerrt den Indikator.

Umfassender kann der Beschäftigungsgrad am Wohnort in einer Region aus diesem Grund mit dem Beschäftigungsvolumen, das dem Jahreszeitraumaterial der Bundesagentur für Arbeit entnommen wird, dargestellt werden. Das Beschäftigungsvolumen gibt die Dauer aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse einer Region innerhalb eines Jahres wieder und kann ebenfalls am Wohnort ausgewiesen werden. Es stellt die Summe aller Tage dar, an denen alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einer Region tatsächlich beschäftigt waren. Man kann das Beschäftigungsvolumen auch als Produkt aus der Zahl der Beschäftigten und der durchschnittlichen jährlichen Dauer eines Beschäftigungsverhältnisses in der Region in Tagen beschreiben¹¹. Diese Art, den Beschäftigungsgrad am Wohnort zu berechnen, wurde bereits 2002 von Haag et al. angewendet und wird an dieser Stelle - leicht verändert - zur Berechnung des Beschäftigungsgrads am Wohnort herangezogen. Der Zähler wird nun nicht mehr von der Zahl der Beschäftigten am 30. Juni eines jeden Jahres gebildet - wie es beim Beschäftigungsgrad „Stichtag“ der Fall ist - sondern vom Beschäftigungsvolumen. Dividiert man das Beschäftigungsvolumen durch die Zahl der erwerbsfähigen Personen, die in der Region wohnen, erhält man die Dauer in Tagen, die jede Person im erwerbsfähigen Alter im Durchschnitt jährlich gearbeitet hat. Im Gegensatz zur Berechnung bei Haag et al. (2002) wird der Indikator zur besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse normiert und deshalb durch 365 geteilt. Im Folgenden wird er als Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort bezeichnet und nach der Formel (5) berechnet:

$$\text{Beschäftigungsgrad "Volumen"} = \left(\frac{\text{Beschäftigungsvolumen}}{\text{Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter}} \right) : 365 \quad (5)$$

Der Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort kann somit genauso wie der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ Werte im Intervall von 0 bis 1 annehmen. Nimmt der Indikator den Wert 1 an, bedeutet dies, dass jede Person im erwerbsfähigen Alter innerhalb der Region ganzjährig (also an 365 Tagen) sozialversicherungspflichtig beschäftigt war.

¹¹ Die Berücksichtigung der jeweiligen Arbeitszeiten würde zu einer Verbesserung der Genauigkeit beitragen, ist aber anhand der vorliegenden Datenquelle nicht möglich. In der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit und damit auch in dem daraus gewonnenen Jahreszeitraumaterial wird bei der Arbeitszeit der Beschäftigten nach Voll- und Teilzeit unterschieden. Diese Differenzierung richtet sich nach dem Verhältnis zwischen vertraglich vereinbarter und betriebsüblicher Arbeitszeit. Innerhalb der Teilzeitbeschäftigung gibt es eine weitere Unterteilung, die bei der Hälfte der üblichen Arbeitsstunden eines Vollzeitbeschäftigten gezogen wird. Seit 1988 wird hier eine Grenze von 18 Stunden zugrundegelegt. Die genaue Stundenzahl bei Teilzeitbeschäftigten ist somit weder unterhalb noch oberhalb der 18-Stunden-Grenze bekannt.

Der Vorteil dieser Methode im Vergleich zum Beschäftigungsgrad „Stichtag“ ist, dass hier auch kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse berücksichtigt werden, die vor allem in strukturschwachen Regionen häufiger auftreten und in den Stichtagsmessungen möglicherweise untererfasst werden (s. Haag et al. 2002). Allerdings können hier Pendlerverflechtungen nicht berücksichtigt werden, da die Daten zu Grenz- und Fernpendlern nur für Stichtage zur Verfügung stehen. Ein weiterer Nachteil ist, dass das Jahreszeitraummaterial der Bundesagentur für Arbeit zum Zeitpunkt der Auswertung nur bis zum Jahr 2007 verfügbar war. Der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort kann demgegenüber für alle vier Jahre des Untersuchungszeitraums (2005 bis 2008) dargestellt werden.

Zur Berechnung des Beschäftigungsgrads in beiden Varianten wird als Nenner die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verwendet. Die Daten zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter werden vom Statistischen Bundesamt Deutschland auf Kreisebene ausgegeben. Grundlage dieser Daten ist die Fortschreibung des Bevölkerungsstands. Stichtag bei den Bevölkerungsdaten ist jeweils der 31. Dezember eines Jahres. Zur Berechnung der beiden Varianten des Beschäftigungsgrads wird der Jahresmittelwert aus dem Bevölkerungsstand zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres und zum 31. Dezember des Vorjahres verwendet, um den gleichen Zeitpunkt wie bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30. Juni eines Jahres annähernd abzubilden.

Auf Grund der Kreisgebietsreformen in Sachsen-Anhalt und Sachsen kommen auch bei Berechnung des Beschäftigungsgrads Schätzverfahren zum Einsatz. Diese betreffen die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter und werden im Kapitel 6.3 des Methodenanhangs genauer beschrieben.

4.2 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort

Der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort gibt an, welcher Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) einer Region am 30. Juni eines Jahres tatsächlich einen Arbeitsplatz besitzt. Allerdings wird hierbei nicht berücksichtigt, wo sich der Arbeitsplatz befindet - ob er also innerhalb oder außerhalb der betrachteten Region liegt. Als Datenquelle für die Zahl der Beschäftigten dient die Beschäftigtenstatistik (mit Arbeitgebermeldungen aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) der Bundesagentur für Arbeit.

Anhand des Beschäftigungsgrads am Wohnort lassen sich Aussagen über die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung innerhalb eines Gebiets, in diesem Fall einer Arbeitsmarktregion, treffen. Die Aussagekraft des Indikators ist dabei umso besser, je genauer die Arbeitsmarktregion abgegrenzt ist. Bestehen also keine oder nur geringfügige Pendlerbeziehungen zu anderen Arbeitsmarktregionen, gibt der Beschäftigungsgrad am Wohnort gleichzeitig auch die Arbeitsplatzausstattung der betreffenden Arbeitsmarktregion wieder. Die Schwäche des Indikators, nämlich dass er nichts dazu aussagt, wo sich der Arbeitsplatz befindet, tritt dann zu Tage, wenn in der Region ein hoher Fernpendler- oder Auslandspendleranteil vorliegt. Während

ein hoher Fernpendleranteil¹² dazu führt, dass die Arbeitsplatzversorgung der Region zu gut dargestellt wird, täuscht ein hoher Grenzpendleranteil eine schlechte Arbeitsplatzversorgung vor, da Grenzpendler in der Beschäftigtenstatistik nicht erfasst werden.

Diese Verzerrung kann aber zumindest teilweise aufgehoben werden. Grenzpendler werden zwar nicht in der Beschäftigtenstatistik erfasst, es gibt aber andere Quellen, denen diese Zahlen entnommen werden können. Diese Grenzpendlerzahlen können in die Berechnung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ einbezogen werden. Auf diese Thematik wird im Kapitel 4.4 näher eingegangen.

Außerdem können Fernpendler auf Basis der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit identifiziert und somit bei der Berechnung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ am Wohnort berücksichtigt werden. Darauf wird unter dem Gliederungspunkt 4.5 eingegangen.

4.2.1 Entwicklung der Beschäftigung

Der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort berechnet sich als Quotient aus der Zahl der Beschäftigten am Wohnort und der Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter¹³. Eine positive Entwicklung des Indikators kann deshalb verschiedene Ursachen haben. Sowohl eine steigende Beschäftigtenzahl als auch eine rückläufige Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter führen dazu, dass der Beschäftigungsgrad ansteigt¹⁴. Bevor die Entwicklung des Beschäftigungsgrads am Wohnort dargestellt wird, werden zunächst die beiden Komponenten des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ getrennt betrachtet.

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen lag in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2005 bis 2008 durchschnittlich bei 67,5 Prozent. Damit sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die größte Erwerbstätigengruppe. Allerdings hat ihr Anteil im Trend über die Jahre abgenommen (2007: 68 Prozent, 2000: 71 Prozent, 1994: 75 Prozent; Bundesagentur für Arbeit 2008b: 28). Die Zahl der Beschäftigten mit Wohnsitz in Deutschland ist von 26,1 Millionen am 30.06.2005 auf 27,3 Millionen am 30.06.2008 angestiegen (s. Tabelle 13)¹⁵. Dies entspricht einer prozentualen Zunahme von 4,9 Prozent. In Ostdeutschland hat die Zahl der Beschäftigten am Wohnort etwas stärker zuge-

¹² Fernpendler haben häufig einen Zweitwohnsitz in der Nähe ihres Arbeitsplatzes.

¹³ Dies gilt nur unter der Voraussetzung, dass jeweils der andere Faktor konstant bleibt.

¹⁴ Darüber hinaus hat auch die altersmäßige Zusammensetzung der erwerbsfähigen Bevölkerung einen Einfluss auf die Beschäftigungsquote, die aber hier nicht näher untersucht wird.

¹⁵ Die Zahlen weichen geringfügig von den Zahlen ab, die die Bundesagentur für Arbeit jährlich zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung veröffentlicht. Bei den veröffentlichten Zahlen werden die Beschäftigten am Arbeitsort ausgewiesen. Im Gegensatz zu den von uns verwendeten Zahlen der Beschäftigten am Wohnort werden bei den Beschäftigten am Arbeitsort auch die Beschäftigten erfasst, die im Ausland wohnen und in Deutschland arbeiten.

nommen als in Westdeutschland. Im Jahr 2008 war die Zahl der Beschäftigten in Ostdeutschland um 5,1 Prozent höher als im Jahr 2005, in Westdeutschland ist sie im gleichen Zeitraum um 4,9 Prozent angestiegen.

Tabelle 13

Beschäftigtenzahl am Wohnort in den Jahren 2005 bis 2008

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern.)

	30.06.2005	30.06.2006	30.06.2007	30.06.2008
Westdeutschland	20.802.000	20.926.000 (+0,6 %)	21.324.000 (+1,9 %)	21.814.000 (+2,3 %)
Ostdeutschland	5.259.000	5.305.000 (+0,9 %)	5.415.000 (+2,1 %)	5.529.000 (+2,1 %)
Deutschland	26.061.000	26.231.000 (+0,7 %)	26.739.000 (+1,9 %)	27.343.000 (+2,3 %)

Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlen gerundet.

Von 2007 bis 2008 ist die Zahl der Beschäftigten mit Wohnort in Deutschland absolut um rund 604.000 Personen angestiegen. Die Zuwachsrate ist damit mit 2,3 Prozent noch höher als im Jahr 2007, wo sie mit 1,9 Prozent oder 508.000 Beschäftigten schon deutlich größer ausfiel als 2006, als die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in Deutschland um 170.000 oder 0,7 Prozent gewachsen war. Im Vergleich dazu hatte sich im Zeitraum von 2001 bis 2005 die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland um insgesamt 1,65 Millionen verringert. Zum Beschäftigungshöchststand des letzten Booms im Jahr 2000 fehlten 2007 allerdings noch etwa 1 Million Beschäftigte (Bundesagentur für Arbeit 2008b: 13 f.).

Interessant ist, dass das Beschäftigungsplus im Jahr 2006 überwiegend auf Teilzeitarbeit entfiel. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg um 165.000 auf 4,35 Millionen an, die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nur um 12.000 auf 21,81 Millionen (Bundesagentur für Arbeit 2007c: 14). Im Jahr 2007 hingegen nahmen Voll- und Teilzeitbeschäftigung gleichmäßig zu. So gab es im Vergleich zum Vorjahr 256.000 Vollzeitbeschäftigte und 243.000 Teilzeitbeschäftigte mehr (Bundesagentur für Arbeit 2008b: 14).

Auch wenn die Zahl der Beschäftigten in allen Arbeitsmarktregionen im betrachteten Zeitraum von 2005 bis 2008 angestiegen ist, sind regional doch deutliche Unterschiede in der Stärke des Zuwachses zu erkennen, sowohl innerhalb West- als auch Ostdeutschlands, wie aus [Karte 24](#) deutlich hervorgeht.

Die Zahl der Beschäftigten ist vor allem in den Arbeitsmarktregionen im Großraum Berlin sowie im westlichen Niedersachsen und in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens, Baden-Württembergs und Bayerns stark angestiegen. Gemäßigter fielen die Zuwächse insbesondere in der Mitte Deutschlands aus. Am geringsten hat die Beschäftigtenzahl in der Arbeitsmarktregion Salzgitter (+0,04 Prozent) zugenommen. Am stärksten ist die Zahl der Beschäftigten demgegenüber in den Regionen Lingen und Leer mit +9,6 Prozent bzw. +9,9 Prozent angestiegen.

4.2.2 Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung

Die zweite Komponente des Beschäftigungsgrads, die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, war im betrachteten Zeitraum in Deutschland rückläufig. Am 31.12.2004 lag die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland bei 55,2 Millionen und ist bis zum 31.12.2008 um 1,9 Prozent auf 54,1 Millionen Personen gesunken (s. Tabelle 14). Allerdings hat auch die Bevölkerung in Deutschland insgesamt in diesem Zeitraum um 0,6 Prozent abgenommen. Deshalb ist der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nur leicht gesunken, von 66,9 Prozent im Jahr 2004 auf 66,0 Prozent im Jahr 2008. Allerdings ist ein deutlicher Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland vorhanden. So lag der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland in allen drei Jahren deutlich über dem Wert in Westdeutschland, ist aber von 69,6 Prozent am 31.12.2004 auf 66,8 Prozent am 31.12.2008 stark zurückgegangen. In Westdeutschland war im gleichen Zeitraum nur eine leichte Veränderung von 66,2 Prozent auf 65,8 Prozent zu bemerken. Diese Veränderungen spiegeln sich auch in den absoluten Zahlen wider. In den neuen Bundesländern hat die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter im betrachteten Zeitraum deutlich stärker abgenommen, nämlich um 6,0 Prozent, als in den alten Bundesländern (-0,8 Prozent). In Westdeutschland ist die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 2006 bis 2007 sogar um 0,04 Prozent geringfügig angestiegen.

Tabelle 14

Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in den Jahren 2004 bis 2008

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern.)

	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008
Westdeutschland	43.506.000	43.355.000 (-0,3 %)	43.215.000 (-0,3 %)	43.232.000 (+0,04 %)	43.138.000 (-0,2 %)
Ostdeutschland	11.703.000	11.563.000 (-1,2 %)	11.359.000 (-1,8 %)	11.185.000 (-1,5 %)	10.997.000 (-1,7 %)
Deutschland	55.209.000	54.918.000 (-0,5 %)	54.574.000 (-0,6 %)	54.417.000 (-0,3 %)	54.134.000 (-0,5 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland. Zahlen gerundet.

Grund für die rückläufige Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland ist die seit Jahren sehr niedrige Geburtenrate. Diese führt dazu, dass mehr Menschen aus dem Erwerbsalter ausscheiden als ins Erwerbsalter eintreten. So sterben in Deutschland bereits seit 1972 mehr Menschen als geboren werden. Schon Mitte der 1970er Jahre brachten Frauen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland im Durchschnitt nur noch 1,4 Kinder zu Welt (Sütterlin 2008). Dieser Wert liegt deutlich unter dem Ersatzniveau von 2,1 Kindern pro Frau und hat sich in Westdeutschland seither praktisch nicht verändert. In der ehemaligen DDR stieg der Wert auf Grund der staatlichen Familienpolitik wieder an, allerdings unterscheiden sich im Jahr 2005 die Gesamtfertilitätsraten in Ost- und Westdeutschland kaum noch voneinander (Kröhnert 2008).

Regionale Unterschiede bei der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind vor allem auf Wanderungsströme zurückzuführen. Während insbesondere die dynamischen Wirtschaftsräume in Westdeutschland durch Wanderungsgewinne eine zunehmende Zahl an Personen im erwerbsfähigen Alter aufweisen können, verzeichnen die meisten ostdeutschen Regionen (mit Ausnahme von Berlin) deutliche Wanderungsverluste (Granato/Niebuhr 2009: 2). Im Jahr 2007 beispielsweise wanderten etwa 168.000 Personen von Ost- nach Westdeutschland, in die entgegengesetzte Richtung waren es nur rund 118.000 Personen. Damit beläuft sich der Wanderungsverlust für Ostdeutschland im Jahr 2007 auf ungefähr 50.000 Personen (Bundesagentur für Arbeit 2008b: 22).

Für den Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung ist, dass diese Abwanderung stark altersselektiv ist und überwiegend junge, erwerbsfähige und gut ausgebildete Personen aus Ostdeutschland abwandern. So sind nach Kröhnert (2008) etwa 60 Prozent der Ost-West-Migranten jünger als 30 Jahre. Dass die Wanderung von Ost nach West vorrangig eine Arbeits- oder Ausbildungswanderung ist, bestätigen auch Granato und Niebuhr (2009). Sie zeigen, dass insbesondere Arbeitskräfte ihren Wohnsitz von Ost- nach Westdeutschland verlegen. So wanderten im Zeitraum von 2000 bis 2006 204.000 Arbeitskräfte von Ost- nach Westdeutschland, in umgekehrter Richtung waren es nur 108.000 Vollzeitbeschäftigte. Dadurch verliert Ostdeutschland allein in der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten in diesem Zeitraum ungefähr 96.000 Arbeitskräfte.

In [Karte 25](#) ist die Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung von Juni 2005 bis Juni 2008 dargestellt¹⁶. Sehr deutlich tritt der starke Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter in Ostdeutschland hervor. In einigen Arbeitsmarktregionen Ostdeutschlands hat die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter im betrachteten Zeitraum sogar um mehr als acht Prozent abgenommen. Dies betraf die Regionen Dessau, Staßfurt, Löbau-Zittau, Finsterwalde, Riesa, Sangerhausen, Görlitz, Prenzlau, Cottbus und Sondershausen. Am geringsten abgenommen hat die erwerbsfähige Bevölkerung in Ostdeutschland in den Regionen Dresden mit -0,7 Prozent und Berlin mit -1,2 Prozent. Eine Zunahme der erwerbsfähigen Bevölkerung konnten vor allem bayerische, niedersächsische und nordrhein-westfälische Arbeitsmarktregionen verzeichnen. Am stärksten ist die Zahl in Trier mit +3,5 Prozent sowie in Vechta und München mit je +2,7 Prozent gestiegen. Insgesamt war die Entwicklung der Personen im erwerbsfähigen Alter in 223 Arbeitsmarktregionen negativ, in 47 Arbeitsmarktregionen war sie positiv.

¹⁶ Diese Jahresmittelwerte wurden jeweils aus dem Bevölkerungsstand am 31.12. des jeweiligen Jahres und aus dem Bevölkerungsstand am 31.12. des jeweiligen Vorjahres berechnet.

4.2.3 Entwicklung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ am Wohnort

Aus den beiden eben dargestellten Größen lässt sich der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort berechnen. Betrachtet man die Entwicklung des Indikators in ganz Deutschland im Zeitraum von 2005 bis 2008, so fällt auf, dass dieser deutlich angestiegen ist. Am 30. Juni 2005 hatten rund 47,3 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz, am 30. Juni 2006 waren es 47,9 Prozent und am 30. Juni 2007 lag der Anteil schließlich bei 49,1 Prozent. 2008 stieg der Beschäftigungsgrad noch einmal deutlich an, überschritt die 50-Prozentmarke und lag bei 50,4 Prozent. Betrachtet man die Situation getrennt für Ost- und Westdeutschland, tritt deutlich hervor, dass der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ in Ostdeutschland in allen vier Jahren niedriger war als in Westdeutschland, d. h. die Arbeitsplatzversorgung der erwerbsfähigen Bevölkerung dort geringer ausfiel. Allerdings zeigt sich auch hier eine positive Entwicklung, denn der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ ist in Ostdeutschland in den Jahren 2005 bis 2008 stärker angestiegen als in Westdeutschland: In den alten Bundesländern erhöhte sich der Beschäftigungsgrad in diesem Zeitraum um 2,6 Prozentpunkte von 47,9 Prozent auf 50,5 Prozent, in den neuen Bundesländern nahm der Beschäftigungsgrad um 4,6 Prozentpunkte zu und stieg von 45,2 auf 49,8 Prozent (s. Tabelle 15). Der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland ist somit von 2,7 Prozentpunkten im Juni 2005 auf 0,7 Prozentpunkte im Juni 2008 geschmolzen.

Tabelle 15
Beschäftigungsgrad „Stichtag“ am Wohnort in West- und Ostdeutschland in den Jahren 2005 bis 2008

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern.)

	2005	2006	2007	2008
Westdeutschland	0,479	0,483 (+0,9 %)	0,493 (+2,0 %)	0,505 (+2,4 %)
Ostdeutschland	0,452	0,463 (+2,4 %)	0,480 (+3,8 %)	0,498 (+3,8 %)
Deutschland	0,473	0,479 (+1,2 %)	0,491 (+2,4 %)	0,504 (+2,7 %)

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit und der Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamts Deutschland.

Die vorangehende getrennte Betrachtung der beiden Komponenten des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ zeigt, dass die positive Entwicklung des Beschäftigungsgrads sowohl auf einen Anstieg der Beschäftigtenzahl als auch auf eine rückläufige Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zurückzuführen ist. Auch die Tatsache, dass der Beschäftigungsgrad in Ostdeutschland stärker zugenommen hat als in Westdeutschland, lässt sich durch die beiden Einzelbetrachtungen genauer erklären. So ist in Ostdeutschland zum einen die Beschäftigung etwas stärker angestiegen als in Westdeutschland, zum anderen hat aber auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Ostdeutschland deutlich stärker abgenommen als im Westen der Bundesrepublik.

4.2.4 Regionale Unterschiede

Die Unterschiede, die bei der getrennten Betrachtung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ am Wohnort für West- und Ostdeutschland hervortreten, differenzieren sich noch weiter, wenn man den Indikator auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen betrachtet. Hier sind teilweise sehr starke regionale Unterschiede auch innerhalb der alten Bundesländer auf der einen und der neuen Bundesländer auf der anderen Seite erkennbar.

Im Juni 2005 gab es zwei Regionen, in denen weniger als 40 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen. Dies waren die Arbeitsmarktregion Berlin mit einem Beschäftigungsgrad von 38,5 Prozent und Pasewalk mit 38,6 Prozent. Die höchsten Werte erreichten die Arbeitsmarktregion Tuttlingen mit einem Beschäftigungsgrad von 55,4 Prozent und Dingolfing mit 55,2 Prozent. Überhaupt ist auffällig, dass im Juni 2005 in weiten Teilen Deutschlands der Beschäftigungsgrad unter 50 Prozent lag. Nur in vielen Regionen Bayerns, Baden-Württembergs und Thüringens hatten im Juni 2005 mehr als die Hälfte der Personen im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz ([s. Karte 26](#)). Somit war 2005 hinsichtlich der Höhe des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ ein starkes Süd-Nord-Gefälle zu verzeichnen. Vor allem in den Küstenregionen und auch in den westlichen Grenzregionen Deutschlands war das Niveau des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ sehr niedrig, was bei vielen Regionen allerdings auf die Problematik der Grenzpendler zurückgeführt werden kann.

Im Juni 2006 ist der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 1,2 Prozent, in Ostdeutschland um 2,4 Prozent und in Westdeutschland um 0,9 Prozent angestiegen. Allerdings gab es auch Arbeitsmarktregionen, in denen der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ von Juni 2005 bis Juni 2006 leicht rückläufig war. Diese Entwicklung betraf ausschließlich westdeutsche Arbeitsmarktregionen. Im Einzelnen waren dies die Arbeitsmarktregionen Mainz, Köln, Trier, Mönchengladbach, Salzgitter, Helmstedt, München und Essen. Starke Zuwächse beim Beschäftigungsgrad von mehr als drei Prozent konnten von Juni 2005 bis Juni 2006 nur in ostdeutschen Arbeitsmarktregionen beobachtet werden, was mit der oben dargestellten Entwicklung in Einklang steht. Eine Zunahme von über 4,5 Prozent etwa war in den Arbeitsmarktregionen Schönebeck und Bitterfeld zu beobachten. Im Jahr 2006 lag der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ nur noch in der Arbeitsmarktregion Berlin unter 40 Prozent. Zudem hatten 2006 schon vier Arbeitsmarktregionen, nämlich Sonneberg, Lohr am Main, Dingolfing und Tuttlingen einen Beschäftigungsgrad von über 55 Prozent. Auch die Zahl der Regionen mit einem Beschäftigungsgrad von über 50 Prozent ist von 69 im Juni 2005 auf 90 im Juni 2006 deutlich angestiegen.

Im Zeitbereich von Juni 2006 bis Juni 2007 ist der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ erneut angestiegen, was dazu führte, dass es 2007 in Deutschland 136 Arbeitsmarktregionen mit einem Beschäftigungsgrad von über 50 Prozent gab. In 20 Arbeitsmarktregionen lag der Wert sogar über 55 Prozent. Dies stellt eine deutliche

Steigerung gegenüber dem Vorjahr dar. Den höchsten Wert wies 2007 die Arbeitsmarktreion Sonneberg mit 57,5 Prozent auf, gefolgt von Tuttlingen, Dingolfing und Lohr am Main. Das Schlusslicht bildete nach wie vor Berlin. Im Ranking hatte sich somit im Vergleich zum Vorjahr nicht viel verändert. Die höchsten Steigerungsraten des Indikators konnten wie im Vorjahr ostdeutsche Arbeitsmarktreionen verzeichnen. So befand sich unter den 52 Regionen, in denen der Beschäftigungsgrad 2007 im Vergleich zum Juni 2006 um mehr als 3,5 Prozent angestiegen ist, keine einzige westdeutsche Arbeitsmarktreion.

Von 2007 auf 2008 ist der Beschäftigungsgrad am Wohnort in allen Arbeitsmarktreionen noch einmal stark angestiegen. Im Juni 2008 lag der Wert des Indikators in 181 Arbeitsmarktreionen bei über 50 Prozent. Im Vergleich: 2005 waren dies nur 69 Regionen. In neun Arbeitsmarktreionen hatten im Juni 2008 sogar mehr als 57 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz. Dies waren die Regionen Sonneberg, Tuttlingen, Eisenach, Lohr am Main, Dingolfing, Suhl sowie Dillingen, Pößneck und Kronach. Die Arbeitsmarktreion mit dem niedrigsten Beschäftigungsgrad „Stichtag“ war weiterhin Berlin (41,4 Prozent). Sehr niedrige Werte von unter 43 Prozent können auch in den Regionen Trier und Bitburg beobachtet werden. Allerdings sind Trier und Bitburg Grenzregionen, weshalb das Ergebnis verzerrt sein kann, da Grenzpendler bei der Berechnung dieses Indikators nicht berücksichtigt wurden. Zudem hat Trier auch einen besonders hohen Zuwachs an erwerbsfähiger Bevölkerung verzeichnet (s. Kapitel 4.2.2).

Damit ergibt sich für den Juni 2008 für alle Arbeitsmarktreionen Deutschlands ein deutlich positiveres Bild als noch im Juni 2005 ([s. Karte 27 im Vergleich mit Karte 26](#)). Die Nord-Süd-Unterschiede sind aber auch weiterhin deutlich sichtbar. So sind deutlich überdurchschnittlich hohe Werte beim Beschäftigungsgrad insbesondere in vielen Arbeitsmarktreionen Bayerns, Baden-Württembergs und Thüringens zu beobachten. In den Arbeitsmarktreionen in Küstennähe und auch in den Grenzgebieten zu den alten EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz hat sich der Beschäftigungsgrad demgegenüber im Vergleich zum Juni 2005 nur geringfügig verändert. Auch in den Arbeitsmarktreionen im Umkreis des Ruhrgebiets sind die Werte des Indikators nur geringfügig angestiegen und liegen deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt. Besonders klar tritt beim Vergleich der Indikatorwerte von 2005 und 2008 auch die sehr positive Entwicklung in den meisten ostdeutschen Arbeitsmarktreionen zu Tage. Hatten in vielen der ostdeutschen Arbeitsmarktreionen im Jahr 2005 unterdurchschnittlich wenige Personen im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz, liegt der Beschäftigungsgrad 2008 in weiten Teilen Ostdeutschlands im oder über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Einen unterdurchschnittlich niedrigen Beschäftigungsgrad weisen in Ostdeutschland insbesondere die Arbeitsmarktreionen Mecklenburg-Vorpommerns auf, obwohl auch dort der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ von 2005 bis 2008 stark angestiegen ist.

Betrachtet man die Entwicklung über den gesamten Zeitraum von 2005 bis 2008, dann ist der Beschäftigungsgrad in allen Arbeitsmarktreionen ohne Ausnahme angestiegen. Allerdings fielen die Zuwachsraten regional sehr unterschiedlich stark

aus. Sowohl absolut als auch relativ wurden die höchsten Zuwächse in einigen Arbeitsmarktregionen Ostdeutschlands verzeichnet (s. [Karte 28](#)). Bei der genaueren Betrachtung fällt auf, dass die Zuwachsraten im Beschäftigungsgrad „Stichtag“ in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen weitgehend über 8,0 Prozent lagen -mit Ausnahme der Arbeitsmarktregion Berlin, wo die Zuwachsrate bei 7,4 Prozent lag. In neun ostdeutschen Regionen liegt der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ im Juni 2008 sogar um mehr als 13 Prozent höher als im Juni 2005 (s. [Karte 26 und Karte 27](#)). Demgegenüber erreicht in Westdeutschland nur eine einzige Arbeitsmarktregion einen Zuwachs von über neun Prozent, nämlich die Region Leer in Niedersachsen. Zudem stieg der Beschäftigungsgrad in sieben westdeutschen Arbeitsmarktregionen um weniger als drei Prozent an. Mit Ausnahme der Arbeitsmarktregionen Mainz und München liegen diese Regionen (Trier, Bitburg, Merzig, Lörrach, Kleve) allerdings alle direkt an einer Staatsgrenze. Es ist also möglich, dass diese Regionen Teile von grenzüberschreitenden Arbeitsmarktregionen sind und somit viele Personen in diesen Regionen zur Arbeit ins Ausland pendeln und daher der Beschäftigungsgrad zu niedrig ausgewiesen wird.

Die stärkste relative Zunahme des Beschäftigungsgrads am Wohnort wies die Arbeitsmarktregion Bitterfeld auf. Hatten in dieser Region im Jahr 2005 noch 45,3 Prozent aller Personen im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz, waren es 2008 53,6 Prozent an. Der Wert des Indikators ist damit um 18,3 Prozent angestiegen. Den geringsten relativen Zuwachs verzeichnete der Beschäftigungsgrad in der Arbeitsmarktregion Trier. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter, die über einen Arbeitsplatz verfügen, ist in dieser Region im betrachteten Zeitraum nur um 0,2 Prozent angestiegen und zwar von 41,3 Prozent auf 41,4 Prozent.

4.3 Grenzpendler und Fernpendler

In diesem Abschnitt wird nun dargestellt, wie sich der Indikator „Beschäftigungsgrad am Wohnort Stichtag“ unter Einbeziehung von Daten zu Grenzpendlern und Fernpendlern verändert. Wie die verschiedenen Pendlerformen, auf die im Folgenden Bezug genommen wird, definiert sind, kann dem folgenden Kasten entnommen werden.

Grenzpendler

Grenzpendler sind Personen, die in Deutschland wohnen, aber im Ausland arbeiten. Synonyme Begriffe sind Auslandspendler und Grenzgänger.

Fernpendler

Als Fernpendler werden Personen bezeichnet, die besonders große Entfernungen zu ihrem Arbeitsort zurücklegen. Zur Abgrenzung von Fernpendlern wird in diesem Gutachten die Dauer des einfachen Arbeitsweges verwendet. Es werden zwei verschiedene Definitionen von Fernpendlern unterschieden: In der ersten Variante werden alle Personen mit einem einfachen Arbeitsweg von mehr als 45 Minuten als Fernpendler bezeichnet, in der zweiten Variante all diejenigen, deren Arbeitsort län-

ger als 60 Minuten vom Wohnort entfernt liegt. Auf Grund des langen Arbeitsweges steigt bei Fernpendlern die Wahrscheinlichkeit, dass sie einen Zweitwohnsitz in der Nähe ihres Arbeitsplatzes besitzen.

Im Folgenden liegt der Fokus zunächst auf den Grenzpendlern. Dabei werden die verwendeten Grenzpendlerdaten genauer dargestellt und es wird aufgezeigt, wie sich die Werte des Beschäftigungsgrads durch die Einbeziehung der Grenzpendlerzahlen verändern. Im Anschluss daran wird auf die Fernpendler eingegangen. Es wird dokumentiert, wie sich der Fernpendleranteil im Untersuchungszeitraum von 2005 bis 2008 verändert hat und welchen Einfluss die Herausrechnung der Fernpendler auf die Indikatorwerte besitzt.

4.4 Berücksichtigung von Grenzpendlern

Die bisherige Berechnung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ basierte allein auf den Angaben aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Diese beruht auf den Meldungen der Arbeitgeber zur Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Allerdings sind in der Beschäftigtenstatistik nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte enthalten, deren Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland liegt. Somit werden Personen, die in Deutschland wohnen und im Ausland arbeiten („Grenzpendler“), in der Beschäftigtenstatistik nicht erfasst.

Zieht man zur Berechnung des Beschäftigungsgrads am Wohnort nur die Daten aus der Beschäftigtenstatistik heran, wird folglich in einigen grenznahen Arbeitsmarktregionen, aus denen viele Personen ins benachbarte Ausland zur Arbeit pendeln, die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung negativer ausgewiesen als sie sich in der Realität tatsächlich darstellt. Arbeiten viele Deutsche aus den Grenzregionen im Ausland - ist also der Auspendleranteil hoch - bildet die deutsche Arbeitsmarktregion gewissermaßen nur einen Teil einer grenzüberschreitenden Arbeitsmarktregion ab. Dieser Verzerrung konnte in vorangegangenen Gutachten auf Grund fehlender bzw. unvollständiger Datenquellen nicht entgegengewirkt werden. Eine ausführliche Dokumentation der möglichen Datenquellen zu Grenzpendlerzahlen findet sich im methodischen Anhang im Abschnitt 6.4.

Für die Jahre 2007 und 2008 liegen nun aber Grenzpendlerdaten in geeigneter regionaler Gliederung vor, die in die Berechnung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ miteinbezogen werden können. Für die Jahre 2008 und 2009 wurden von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nämlich Grenzpendlerdaten in die Bezugsgröße zur Berechnung der regionalen Arbeitslosenquoten berücksichtigt. Diese Grenzpendlerzahlen beziehen sich dabei jeweils auf das Vorjahr.

Es waren zwar teilweise auch in früheren Jahren Grenzpendler in der Bezugsgröße enthalten, diese lagen aber nicht in geeigneter regionaler Tiefe vor. So wurde für die Bezugsgröße des Jahres 2006 die Zahl der auspendelnden Grenzarbeitnehmer in ganz Deutschland beispielsweise auf 35.000 geschätzt (Bundesagentur für Arbeit 2007a), allerdings sind diese Daten nicht regional zuordenbar. Im Jahr 2007 wurden

die auspendelnden Grenz Arbeitnehmer in der Bezugsgröße demgegenüber nicht berücksichtigt. Grund dafür war, dass die Schätzungen auf unterschiedlichen Verfahren und veralteten Datengrundlagen aufbauten und zudem nicht in allen Grenzregionen durchgeführt wurden (Bundesagentur für Arbeit 2007b: 4 f.). In den Jahren 2008 und 2009 wurden die Grenzpendler in der Bezugsgröße auf Grund einer verbesserten, hinreichend gesicherten Datenlage erneut berücksichtigt. Diese Zahlen beziehen sich jeweils auf das Vorjahr. Insgesamt weist diese Datenquelle für das Jahr 2007 98.527 Auslandspendler aus (Bundesagentur für Arbeit 2008a: 2 f.), für das Jahr 2008 sind es 116.564 Personen. Die Daten der Bezugsgröße 2008 stammen zum einen aus Statistiken angrenzender Länder sowie aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) des Statistischen Bundesamts. Allerdings liegen diese Daten nur teilweise auf Gemeinde- bzw. Kreisebene vor. So stellt die luxemburgische Sozialversicherungsaufsicht Zahlen zu Grenzpendlern nach Luxemburg auf Gemeindeebene zur Verfügung. Auch für die Landkreise Lörrach, Konstanz und Waldshut liegen Daten über Grenzgänger auf Kreisebene vor. 70 Prozent der Grenzgängerdaten sind damit auf Ebene der Arbeitsmarktregionen verfügbar (Bundesagentur für Arbeit 2008a: 3). Grenzpendlerzahlen für weitere Nachbarländer Deutschlands wurden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamts entnommen und von der Bundesagentur für Arbeit analog der Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die grenznahen Landkreise verteilt. Über die Grenzpendler nach Tschechien und Polen liegen keine Daten vor. Allerdings dürfte deren Größenordnung relativ gering sein (s. Bundesagentur für Arbeit 2009a: 9).

Für die Jahre 2007 und 2008 liegen Grenzpendlerzahlen somit in geeigneter Weise auf Kreis- bzw. Gemeindeebene vor und können in die Berechnung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ in den Jahren 2007 und 2008 herangezogen werden.

Dazu wird die Formel (4) von Seite 45 zur Berechnung des Beschäftigungsgrads „Stichtags“ wie folgt angeglichen:

$$BG \text{ "Stichtag"}^{GP} = \frac{sv \text{ Beschäftigte am WO} + \text{Grenzpendler}}{\text{Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter}} \quad (6)$$

Bei der Berechnung des Beschäftigungsgrads fließt die Zahl der Grenzpendler in den betroffenen Regionen in den Zähler ein, indem sie zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort addiert wird. Der Nenner bleibt unverändert. Dadurch wird die Arbeitsplatzversorgung der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch in grenznahen Arbeitsmarktregionen mit einem hohen Anteil an auspendelnden Personen nahezu vollständig dargestellt.

Durch die Einbeziehung der Grenzpendler steigt der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ in Deutschland insgesamt geringfügig an: von 0,491 auf 0,492 im Jahr 2007 und von 0,504 auf 0,506 im Jahr 2008. Da keine Daten zu Grenzpendlern nach Polen und Tschechien vorliegen, verändert sich der Beschäftigungsgrad in Ostdeutschland durch die Berücksichtigung der Grenzpendler nicht, in Westdeutschland nimmt

er im Jahr 2007 demgegenüber um 0,3 Prozentpunkte zu und steigt von 0,493 auf 0,496, im Jahr 2008 steigt er um 0,3 Prozentpunkte von 0,505 auf 0,508.

Werden die Grenzpendler berücksichtigt, nimmt insbesondere in den Arbeitsmarktregionen, die an der Grenze zur Schweiz, zu Luxemburg und zu den Niederlanden gelegen sind, der Beschäftigungsgrad stark zu, da diese Staaten das Ziel vieler deutscher Auslandspendler sind. In diesen grenznahen Arbeitsmarktregionen ist die Arbeitsplatzversorgung der Wohnbevölkerung somit deutlich besser als bei Nichtberücksichtigung der Grenzpendler suggeriert wird. In Regionen an der Grenze zu Österreich, Dänemark und Frankreich verbessern sich die Werte demgegenüber nur geringfügig.

Bei Nichtberücksichtigung der Grenzpendler ist die Arbeitsplatzversorgung in den Arbeitsmarktregionen Lörrach und Waldshut am stärksten negativ verzerrt. Zieht man die Grenzpendlerzahlen in die Betrachtung mit ein, steigt der Wert des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ im Jahr 2007 in der Arbeitsmarktregion Lörrach um rund 14 Prozentpunkte von 0,438 auf 0,579 und in der Region Waldshut um ca. 12,5 Prozentpunkte von 0,429 auf 0,554. Auch in den Arbeitsmarktregionen Bitburg (0,422 vs. 0,524), Trier (0,412 vs. 0,504), Merzig (0,453 vs. 0,511) und Konstanz (0,458 vs. 0,501) nimmt der Beschäftigungsgrad durch die Einbeziehung der Grenzpendler deutlich zu. In allen anderen Grenzregionen verändert sich der Indikatorwert im Jahr 2007 nur um bis zu zwei Prozentpunkte.

Die Berücksichtigung der Grenzpendlerzahlen beeinflusst damit auch das gesamtdeutsche Ranking der Arbeitsmarktregionen hinsichtlich des Beschäftigungsgrads „Stichtag“. Die Arbeitsmarktregion Lörrach verschiebt sich dadurch im Jahr 2007 von Rangplatz 15 auf Rangplatz 270 und weist damit den höchsten Beschäftigungsgrad innerhalb Deutschlands auf. Dies bedeutet, dass die Bevölkerung in dieser Arbeitsmarktregion im Vergleich zu allen anderen Arbeitsmarktregionen am besten mit Arbeitsplätzen versorgt ist. Auch die oben schon angeführten Arbeitsmarktregionen Waldshut, Bitburg, Trier und Merzig verschieben sich im gesamtdeutschen Ranking um mehr als 100 Rangplätze in Richtung der höheren Rangplätze, was Ausdruck einer Verbesserung der Arbeitsplatzversorgung der Regionen ist.

Im Jahr 2008 werden durch die Berücksichtigung der Grenzpendler ähnliche Veränderungen im gesamtdeutschen Ranking hervorgerufen ([s. Karte 30 im Vergleich zu Karte 29](#)). Allerdings weisen in diesem Jahr die Regionen Sonneberg mit 0,592, Tuttlingen mit 0,587 und Eisenach mit 0,582 auch nach Einbeziehung der Grenzpendlerzahlen die höchsten Indikatorwerte auf, jedoch dicht gefolgt von der Region Lörrach mit einem Wert von 0,580.

4.5 Herausrechnung von Fernpendlern

Der Beschäftigungsgrad am Wohnort, wie er bisher berechnet wurde, erlaubt in erster Linie Aussagen zur Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die in einer bestimmten Arbeitsmarktregion lebt. Er beschreibt, welcher Anteil der Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren einer Region einen Arbeitsplatz besitzt.

Aussagen zum Arbeitsplatzangebot innerhalb der Region können an Hand dieses Indikators aber nicht getroffen werden, da nicht berücksichtigt wird, wo sich die Arbeitsplätze der Bewohner befinden, ob sie also innerhalb oder außerhalb der Region liegen. So kann der Beschäftigungsgrad am Wohnort auch dann einen hohen Wert annehmen, wenn viele Bewohner einer Arbeitsmarktregion mangels Arbeitsgelegenheiten innerhalb der Region zu Arbeitsplätzen in anderen Arbeitsmarktregionen pendeln. In diesem Fall ist das Arbeitsplatzangebot der Ausgangsregion geringer und es liegt in der Region ein größeres Arbeitsplatzdefizit vor, als es der Indikator widerspiegelt.

Diese Schwäche des Beschäftigungsgrads am Wohnort tritt vor allem dann zu Tage, wenn ein hoher Fernpendleranteil vorliegt, also viele Personen aus einer Region mangels Arbeitsplatzangebot in der Region in andere Regionen zur Arbeit pendeln. Ab einer gewissen Pendeldistanz steigt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Personen einen Zweitwohnsitz an ihrem Arbeitsort aufnehmen und nicht mehr täglich pendeln, sondern nur noch am Wochenende in die Heimatregion¹⁷ zurückkehren, was weniger Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen für die lokale Wirtschaft in der Heimatregion bedeutet. Aus diesem Grund wurde beschlossen, eine weitere Variante des Beschäftigungsgrads am Wohnort zu berechnen, bei der die Fernpendler nicht miteinbezogen werden¹⁸. Diese Art des Beschäftigungsgrads berechnet sich nach der folgenden Formel (7):

$$BG \text{ "Stichtag" }^{FP} = \frac{\text{sv Beschäftigte am WO - Fernpendler}}{\text{Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter}} \quad (7)$$

Die Ausgangsformel (4) auf Seite 45 wird dabei dahingehend modifiziert, als von der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die in einer Region wohnen, die Fernpendler abgezogen werden. Dabei werden nach Wunsch des Auftraggebers Fernpendler in zwei Varianten berechnet: Zunächst werden analog zu früheren Arbeiten alle Personen mit einer einfachen Pendelzeit von mehr als 45 Minuten als Fernpendler definiert. Da sich das Pendelverhalten in den letzten Jahren gewandelt hat und von den Arbeitnehmern zunehmend längere Pendelzeiten akzeptiert werden, ohne dass es zu einer Verlagerung des Wohnsitzes hin zum Arbeitsort kommt (s. Einig/Pütz 2007: 79; Eckey et al. 2006: 301; Behnen/Ott 2006: 56), werden in einer zweiten Variante alle Personen mit einer einfachen Pendelzeit von mehr als 60 Minuten als Fernpendler berücksichtigt.

Am Ende dieses Abschnitts wird zudem dargestellt, wie sich die Werte des Indikators je nach Definition unterscheiden.

Eine ausführliche Erläuterung zur Berechnung des Fernpendleranteils in den Arbeitsmarktregionen findet sich im methodischen Anhang im Kapitel 6.5 ab Seite 94.

¹⁷ Mit Heimatregion wird im Folgenden die Region bezeichnet, in der der Hauptwohnsitz der Person liegt.

¹⁸ Ferner werden bei dieser Variante auch die Grenzpendler nicht miteinbezogen, da diese ebenfalls nicht in der Region arbeiten, in der ihr (Erst-)Wohnsitz liegt.

4.5.1 Fernpendleranteile in den Arbeitsmarktregionen

Im Betrachtungszeitraum von 2005 bis 2008 hat sowohl die absolute Zahl der Fernpendler als auch ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland insgesamt stark zugenommen (s. Tabelle 16). So ist die Zahl der Personen, die länger als 45 Minuten zur Arbeit pendeln, in diesem Zeitraum von rund 1.010.000 Personen um 17 Prozent auf rund 1.182.000 Personen gestiegen. Damit lag der Fernpendleranteil bei einer einfachen Pendelzeit von 45 Minuten im Jahr 2005 noch bei 3,9 Prozent. Im Jahr 2008 pendelten demgegenüber 4,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mehr als 45 Minuten zur Arbeit. Auffällig ist, dass in Ostdeutschland verhältnismäßig deutlich mehr Personen eine Pendelzeit dieser Dauer in Kauf nehmen als in Westdeutschland: So betrug der Fernpendleranteil mit einer einfachen Fahrtzeit von mehr als 45 Minuten im Jahr 2008 in Ostdeutschland 7,2 Prozent und war damit doppelt so hoch wie in Westdeutschland, wo er bei 3,6 Prozent lag (s. auch Abbildung 4).

Tabelle 16
Fernpendler mit einer einfachen Pendelzeit von mehr als 45 Minuten in den Jahren 2005 bis 2008

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

	2005	2006	2007	2008
Westdeutschland	660.000	698.000 (+5,7 %)	734.000 (+5,3 %)	782.000 (+6,5 %)
Ostdeutschland	350.000	364.000 (+3,8 %)	379.000 (+4,1 %)	400.000 (+5,7 %)
Deutschland	1.010.000	1.061.000 (+5,0 %)	1.113.000 (+4,9 %)	1.182.000 (+6,2 %)

Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Eigene Berechnungen. Zahlen gerundet.

Legt man der Betrachtung eine einfache Pendelzeit von 60 Minuten zu Grunde, lässt sich eine analoge Entwicklung erkennen (s. Tabelle 17). Die Zahl der Personen mit einem Pendelweg dieser Dauer ist in Deutschland im Zeitraum von 2005 bis 2008 von 749.000 um 17,5 Prozent auf 880.000 angewachsen. Der entsprechende Fernpendleranteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug im Jahr 2005 noch 2,9 Prozent und ist bis zum Jahr 2008 auf 3,2 Prozent angestiegen. Auch hier ist ein deutlicher Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland zu erkennen. In Ostdeutschland pendelten 2008 5,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten länger als 60 Minuten zu ihrem Arbeitsplatz, in Westdeutschland war dieser Anteil deutlich niedriger und lag bei 2,6 Prozent (Abbildung 4).

Tabelle 17

Fernpendler mit einer einfachen Pendelzeit von mehr als 60 Minuten in den Jahren 2005 bis 2008

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern)

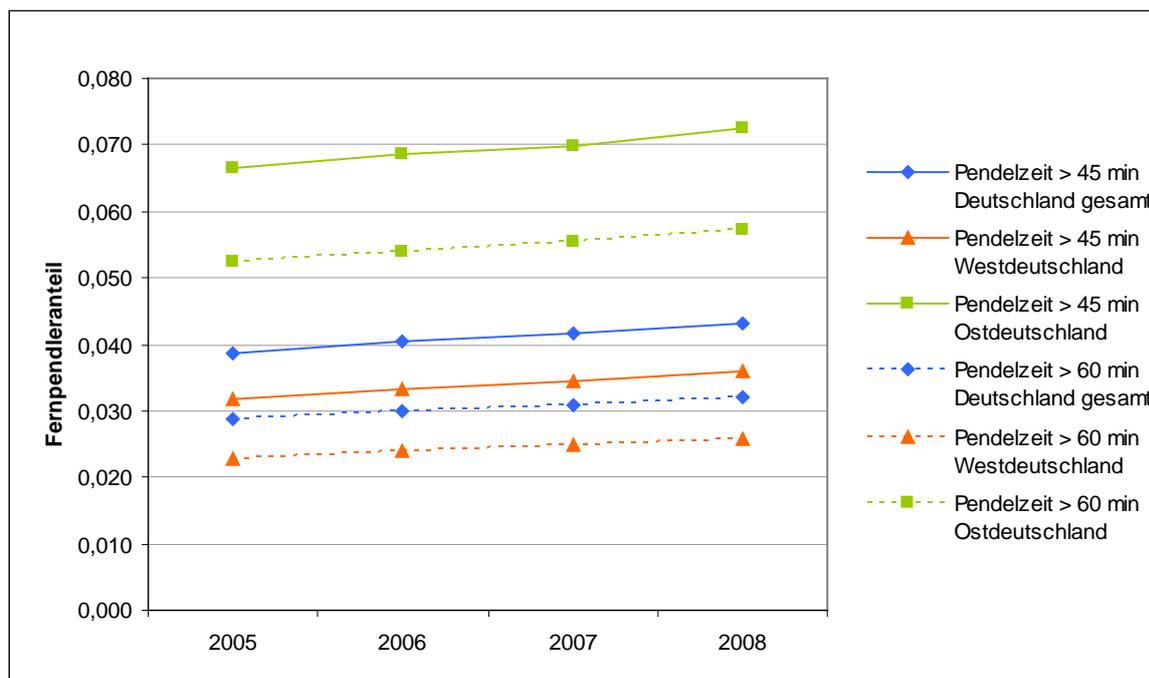
	2005	2006	2007	2008
Westdeutschland	473.000	501.000 (+6,0 %)	529.000 (+5,6 %)	565.000 (+6,7 %)
Ostdeutschland	276.000	287.000 (+3,9 %)	299.000 (+4,4 %)	316.000 (+5,4 %)
Deutschland	749.000	788.000 (+5,2 %)	829.000 (+5,2 %)	880.000 (+6,2 %)

Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Eigene Berechnungen. Zahlen gerundet.

Die Entwicklung des Fernpendleranteils auf Ebene der Arbeitsmarktregionen in Deutschland insgesamt sowie differenziert nach West- und Ostdeutschland ist in der folgenden Abbildung 4 dargestellt. Es ist eindeutig erkennbar, dass lange Pendelzeiten zwischen Wohn- und Arbeitsort in Ostdeutschland ein häufiger auftretendes Phänomen sind als in Westdeutschland. So ist der Anteil der Fernpendler mit einem einfachen Pendelweg von mehr als 60 Minuten in Ostdeutschland nicht nur deutlich höher als der entsprechende Anteil in Westdeutschland, sondern liegt auch klar über dem westdeutschen Anteil der Fernpendler mit einem einfachen Pendelweg von mehr als 45 Minuten. Allerdings stiegen die Fernpendlerzahlen in Westdeutschland im Untersuchungszeitraum stärker an als in Ostdeutschland (s. Tabelle 17 und Abbildung 4).

Abbildung 4

Entwicklung des Fernpendleranteils an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2005 bis 2008



Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Eigene Berechnungen.

Der deutlich höhere Fernpendleranteil in Ostdeutschland kommt auch bei der regionalen Betrachtung der Arbeitsmarktregionen klar zum Ausdruck, wie in [Karte 31](#) und [Karte 32](#) zu sehen ist, wo exemplarisch für das Jahr 2008 die Fernpendleranteile in den Arbeitsmarktregionen dargestellt sind.

Betrachtet man zunächst die Fernpendler mit einer einfachen Pendelzeit von 45 Minuten ([s. Karte 31](#)), dann liegt der Fernpendleranteil im Jahr 2008 in fast allen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen bei über fünf Prozent. In Westdeutschland finden sich demgegenüber nur vereinzelt Arbeitsmarktregionen mit einem Fernpendleranteil in dieser Höhe. Diese liegen überwiegend im Nordwesten Niedersachsens, im Norden Hessens und im Osten Bayerns. Fernpendleranteile von über sieben Prozent werden vorrangig in den neuen Bundesländern erreicht. Die höchsten Werte von 12,0 bis 15,2 Prozent weisen die Arbeitsmarktregionen Neubrandenburg, Sangerhausen, Finsterwalde, Sondershausen, Perleberg und Stendal auf. Die Regionen mit den höchsten Fernpendleranteilen in Westdeutschland sind Eggenfelden/Pfarrkirchen (6,6 Prozent), Burghausen (7,7 Prozent) und Uelzen (8,6 Prozent). Der höchste Fernpendleranteil in Westdeutschland ist damit nur etwa halb so hoch wie der Spitzenwert in Ostdeutschland, was die regionale Differenzierung des Pendelverhaltens unterstreicht. Außerdem sind in den alten Bundesländern vor allem im eher ländlich geprägten Umland von großen Wirtschaftszentren vergleichsweise hohe Fernpendleranteile zu beobachten. Die niedrigsten Fernpendleranteile weisen in Westdeutschland die Arbeitsmarktregion Remscheid (1,6 Prozent) und in Ostdeutschland die Arbeitsmarktregion Sonneberg (4,3 Prozent) auf.

Legt man der Fernpendlerdefinition nun eine einfache Pendelzeit von mehr als 60 Minuten zu Grunde, dargestellt in [Karte 32](#), gehen die Fernpendleranteile in allen Arbeitsmarktregionen deutlich zurück. In Westdeutschland findet sich keine Region mehr, in der der Fernpendleranteil auf Ebene der Arbeitsmarktregionen mehr als fünf Prozent beträgt und auch Regionen, in denen der Fernpendleranteil größer als vier Prozent ist, treten hier nur noch vereinzelt auf. Die höchsten Fernpendleranteile von knapp 5 Prozent in Westdeutschland finden sich in den grenznahen Arbeitsmarktregionen Emden, Leer und Freyung. Auch in den ostdeutschen Arbeitsmarktregionen gibt es deutlich weniger Personen mit einem einfachen Arbeitsweg von mehr als 60 Minuten als Personen mit einem einfachen Arbeitsweg von mehr als 45 Minuten. Der höchste Fernpendleranteil von rund 10 Prozent kann nun in der Arbeitsmarktregion Greifswald beobachtet werden. Der niedrigste Fernpendleranteil in Ostdeutschland liegt weiterhin in der Region Sonneberg und beträgt jetzt 3,1 Prozent. Auch in den alten Bundesländern weist die Region Remscheid wiederum den niedrigsten Fernpendleranteil mit rund 1,3 Prozent auf.

4.5.2 Beschäftigungsgrad „Stichtag“ ohne Fernpendler

Berechnet man nun nach der oben angegebenen Formel den Beschäftigungsgrad ohne Fernpendler, reduziert sich dieser vor allem bei der Definition von Fernpendlern als Personen mit einer einfachen Pendelzeit von mehr als 45 Minuten deutlich. In Gesamtdeutschland sinkt der Wert im Jahr 2008 von 0,504 auf 0,482. Dies be-

deutet, dass 50,4 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, aber nur 48,2 Prozent der Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, die weniger als 45 (Auto-)Minuten von ihrem Wohnort entfernt liegt. Wiederum ist ein klarer Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland zu erkennen: In Westdeutschland geht der Indikatorwert von 0,505 auf 0,487 weniger stark zurück als in Ostdeutschland, wo er von 0,498 auf 0,462 abnimmt. Definiert man Fernpendler als Personen mit einem einfachen Pendelweg von mehr als 60 Minuten, sinkt der Beschäftigungsgrad am Wohnort weniger stark: auf ein Niveau von 0,488 in Gesamtdeutschland, auf 0,492 in Westdeutschland und auf 0,470 in Ostdeutschland.

Bei der regionalen Betrachtung zeichnet sich ab, dass sich der Beschäftigungsgrad bei Herausrechnung der Fernpendler in allen Arbeitsmarktregionen, aber nicht in allen Arbeitsmarktregionen in gleichem Maße verringert ([s. Karte 33](#)).

Der Beschäftigungsgrad geht bei Herausrechnung der Fernpendler mit einer einfachen Pendelzeit von mehr als 45 Minuten vor allem in vielen ostdeutschen Arbeitsmarktregionen sehr stark zurück. Das Arbeitsplatzangebot ist in diesen Regionen somit deutlich niedriger als es die Arbeitsplatzversorgung der darin wohnenden Bevölkerung widerspiegelt. Am stärksten nimmt der Wert in den neuen Bundesländern in den Arbeitsmarktregionen Stendal und Perleberg mit -7,7 bzw. -7,3 Prozentpunkten ab. Bei der regionalen Betrachtung der Indikatorwerte zeichnet sich insgesamt ein klarer Nord-Süd-Unterschied ab. So sind überdurchschnittlich hohe Indikatorwerte auch nach Herausrechnung der Fernpendler in weiten Teilen Bayerns und Baden-Württembergs ebenso wie im Süden Thüringens zu beobachten, wohingegen in der nördlichen Hälfte Deutschlands die Werte zum großen Teil unterhalb des bundesdeutschen Durchschnitts liegen. Aber auch von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in den strukturschwächeren Arbeitsmarktregionen Süddeutschlands, wie z. B. im Grenzraum zu Tschechien, wohnen, arbeitet ein verhältnismäßig großer Teil nicht in der Wohnregion, so dass auch in diesen Regionen die Werte des Beschäftigungsgrads bei Herausrechnung der Fernpendler deutlich sinken.

In den Regionen, in denen sich der Beschäftigungsgrad durch die Herausrechnung der Fernpendler stark reduziert, ist die Versorgung der Bevölkerung mit Arbeitsplätzen besser als durch das Arbeitsangebot in der Region selbst ermöglicht wird. Folglich legen viele Bewohner weite Pendelwege zu ihren jeweiligen Arbeitsplätzen zurück. Dies stellt sich vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache als Problem dar, dass Fernpendler auf Grund des großen Zeitaufwands, der zur Überwindung der Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort notwendig ist, möglicherweise einen Zweitwohnsitz in der Nähe ihres Arbeitsplatzes besitzen. Dadurch tätigen sie einen größeren Teil ihrer Güternachfrage in der Region, in der sie arbeiten. Das von ihnen erarbeitete Einkommen fließt somit nicht vorrangig in die Region, in der ihr Hauptwohnsitz liegt, sondern bleibt zu einem gewissen Teil in der Region, in der sich ihr Arbeitsplatz befindet. Dadurch kann die Arbeitsmarktregion, in der der (Haupt-)

Wohnsitz des Pendlers liegt, nicht in dem Maße von dessen Einkommen profitieren als dies der Fall wäre, wenn sein Arbeitsplatz in der Heimatregion liegen würde. Auch wenn durch das Pendeln zu einem weiteren Wohnsitz somit zwar die Abwanderung von ganzen Haushalten verhindert wird, haben diese temporären Abwesenheiten dennoch negative Auswirkungen auf die Infrastruktur und das Gemeinwesen in der Heimatregion (s. Reuschke 2009: 31).

Trägt man der zunehmenden Pendlerbereitschaft in den letzten Jahren Rechnung (s. Haas/Hamann 2008: 2) und legt der Berechnung die Fernpendlerdefinition mit einem einfachen Pendelweg von mehr als 60 Minuten zu Grunde, sinken die Werte des Indikators ebenfalls insbesondere in Ostdeutschland, allerdings sind die Rückgänge bei weitem nicht so stark wie bei der Betrachtung der Fernpendler mit einem einfachen Pendelweg von 45 Minuten. Am stärksten sinkt der Indikatorwert in den neuen Bundesländern in den Arbeitsmarktregionen Greifswald und Sondershausen um jeweils rund 4,9 Prozentpunkte. In Westdeutschland verzeichnen die größten Abnahmen neben einigen Grenzregionen auch Großstädte wie Hamburg und München mit jeweils rund -2,1 Prozentpunkten. Dies mag zum einen daran liegen, dass teilweise innerhalb der Wirtschaftsräume, die diese Städte umgeben, schon sehr lange Pendelzeiten vorkommen, zum anderen sind die deutschen Metropolregionen auch untereinander durch verhältnismäßig starke Pendlerströme verflochten (s. Kropp/Schwengler 2008: 10).

Geht man davon aus, dass ein Pendelweg von bis zu 60 Minuten nicht zu einem Wohnortwechsel führt, stellt sich die Situation für die lokale Wirtschaft in der Heimatregion der Pendler in der Realität deutlich besser dar als bei der Fernpendlerdefinition mit einem einfachen Pendelweg von mindestens 45 Minuten suggeriert wird. Pendler, die jeden Tag zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln, tragen mit ihrer Güternachfrage nämlich zur Stärkung der lokalen Wirtschaft am Wohnsitz bei (s. Haas/Hamann 2008: 2). Auch wenn eine Arbeitsmarktregion nicht über genügend Arbeitsplätze für ihre Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verfügt, profitiert sie von den Einkommen ihrer Tagesauspendler, die diese in anderen Arbeitsmarktregionen erwirtschaften.

4.5.3 Empfehlung für die Berechnung des Beschäftigungsgrads

Durch die Herausrechnung der Fernpendler bei der Berechnung des Beschäftigungsgrads sollen insbesondere diejenigen Personen ausgeschlossen werden, die nicht in ihrer Heimatregion arbeiten und auf Grund der großen Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort nicht täglich zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln, sondern einen Zweitwohnsitz in der Nähe ihres Arbeitsplatz besitzen. Diese Personen verbringen größtenteils nur das Wochenende in ihrer Heimatregion und tragen somit weniger zur Stärkung der lokalen Wirtschaft bei als dies der Falle wäre, wenn sie in der Heimatregion auch arbeiten bzw. täglich in die Heimatregion zurückkehren würden.

Ob es sich bei den pendelnden Personen um Tages- oder Wochenendpendler handelt, ist aus der Beschäftigtenstatistik allerdings nicht zu entnehmen. Es sind aber

der Hauptwohnsitz und der Arbeitsort der erfassten Beschäftigten bekannt. Aus diesen Informationen werden Pendelzeiten berechnet (s. Kapitel 6.5), die in einem nächsten Schritt dann zur Abgrenzung der Fernpendler herangezogen werden können. Auf Grund des großen zeitlichen Aufwands für die Überwindung der Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort besteht bei diesen Fernpendlern eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie einen Zweitwohnsitz in der Nähe ihres Arbeitsortes besitzen. Ab welcher Pendeldauer eine Person zu den Fernpendlern zählt, ist allerdings nicht eindeutig definiert. Nach der Pendeltoleranztheorie werden zeitliche Aufwendungen für den Berufsverkehr solange als unproblematisch wahrgenommen, wie sie eine kritische Zeitschwelle nicht überschreiten (s. Einig/Pütz 2007: 77). In den vorgegangenen Gutachten wurde diese kritische Zeitschwelle, ab der es mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu einer Verlagerung des Wohnorts hin zum Arbeitsort bzw. der Aufnahme eines Zweitwohnsitzes in Nähe des Arbeitsplatzes kommt, bei einem einfachen Arbeitsweg von mehr als 45 Minuten angesetzt (s. Schwengler et al. 2006).

Diese Abgrenzung scheint aber den sich verändernden Rahmenbedingungen nicht mehr angemessen zu sein. Sowohl die Pendelbereitschaft als auch die Pendelzeiten haben auf Grund der sich wandelnden Bedingungen am Arbeitsmarkt in den letzten Jahren nämlich zugenommen. So legt z. B. Kramer (2005) dar, dass der durchschnittliche tägliche Zeitaufwand für Arbeitswege von 50 Minuten in den Jahren 1991/92 auf etwa 59 Minuten in den Jahren 2001/02 angestiegen ist und damit in zehn Jahren um etwa 18 Prozent zugenommen hat (s. Kramer 2005: 203 ff.). Auch Döll (2009: 45) zeigt exemplarisch für Sachsen, dass die Zahl der Fernpendler, die über eine Kreisgrenze hinaus pendeln, stark zunimmt, woraus er auf eine im Durchschnitt aller Beschäftigten höhere Pendelentfernung schließt. Interessant ist bei der Betrachtung des Pendelverhaltens zudem, dass Männer längere Pendelwege zurücklegen als Frauen. So brachten Männer in Deutschland im Jahr 2002 für Arbeitswege täglich durchschnittlich 66 Minuten auf, Frauen benötigten dafür 51 Minuten (s. OECD 2008).

Auch im Mikrozensus deutet sich an, dass nicht nur die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort (s. Statistisches Bundesamt 2005: 58), sondern auch die Dauer des Arbeitsweges zunimmt. So betrug der Anteil der Personen mit einem einfachen Pendelweg von mehr als 30 Minuten im Jahr 1996 21,1 Prozent, im Jahr 2004 lag er bei 21,8 Prozent (s. Bach et al. 2007: 202ff.). Einig und Pütz (2007: 77) gehen davon aus, dass tägliche Pendelzeiten von 30 bis 45 Minuten noch toleriert werden, wohingegen solche von mehr als einer Stunde abgelehnt werden. Auch Limmer (2005: 100) definiert Fernpendler als Personen mit einem einfachen Arbeitsweg von mindestens 60 Minuten.

Aus diesen Gründen scheint die Fernpendlerdefinition mit einem einfachen Pendelweg von mehr als 60 Minuten zu empfehlen. Zudem ist nach § 121 SGB III eine Beschäftigung einem Arbeitssuchenden dann zumutbar, wenn die tägliche Pendelzeit bei einer Arbeitszeit von täglich mindestens sechs Stunden eine Dauer von 2,5

Stunden nicht überschreitet. Bei einer täglichen Arbeitszeit von weniger als sechs Stunden wird ein täglicher Zeitaufwand von bis zu zwei Stunden als zumutbar angesehen. Diese zumutbaren Wegezeiten liegen deutlich über 45 Minuten für eine einfache Fahrt. Auch dies spricht dafür, Fernpendler aus dem Beschäftigungsgrad herauszurechnen, wenn sie mindestens eine Stunde pro Weg pendeln.

4.6 Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort

Nachdem nun ausführlich der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ behandelt wurde, wird im Folgenden die zweite Indikatorvariante präsentiert. Das Beschäftigungsvolumen zur Berechnung des Beschäftigungsgrads „Volumen“ am Wohnort stammt aus dem Jahreszeitraummaterial der Bundesagentur für Arbeit. Dieses enthält alle Arbeitgebermeldungen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einschließlich der Dauer der Beschäftigungsverhältnisse in Tagen. Es werden Beschäftigte erfasst, die kranken-, pflege-, renten- oder nach dem Recht der Arbeitsförderung versicherungspflichtig sind, also auch Auszubildende, geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie Wehrübungs- und Zivildienstleistende. Nicht enthalten in dieser Datenquelle sind hingegen Beamte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. Gegenüber Betrachtungen an einem Stichtag werden im Jahreszeitraummaterial auch kurzfristige saisonale Beschäftigungen berücksichtigt. Für den Nenner wird auch hier - wie schon beim Beschäftigungsgrad „Stichtag“ - die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, ausgewiesen vom Statistischen Bundesamt, herangezogen (s. Kapitel 4.2). Der Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort konnte auf Grund der Datenverfügbarkeit zum Zeitpunkt der Berichterstellung nur bis zum Jahr 2007 berechnet werden.

4.6.1 Beschäftigungsvolumen

Analog zur Vorgehensweise bei der Darstellung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“, wird vor der Analyse des Indikators Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort zuerst die Entwicklung des Beschäftigungsvolumens dargestellt. Das Beschäftigungsvolumen - also die summierte Dauer aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse eines Jahres - hat in Deutschland vom Jahr 2005 auf das Jahr 2007 um 3,8 Prozent zugenommen. In Westdeutschland ist es mit einem Zuwachs von 3,8 Prozent etwas stärker angestiegen als in Ostdeutschland mit 3,7 Prozent. Diese Entwicklung unterscheidet sich von der Entwicklung der Beschäftigung am Stichtag in diesem Zeitraum. Die Zahl der Beschäftigten jeweils zum 30.06. eines Jahres ist in Ostdeutschland nämlich etwas stärker angestiegen als in Westdeutschland. Das Beschäftigungsvolumen in den Jahren 2005 bis 2007 sowie seine jeweilige Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr ist in Tabelle 18 dargestellt.

Tabelle 18**Beschäftigungsvolumen am Wohnort in den Jahren 2005 bis 2007**

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern.)

	2005	2006	2007
Westdeutschland	7.349.375.000	7.430.338.000 (+1,1 %)	7.630.756.000 (+2,7 %)
Ostdeutschland	1.857.389.000	1.872.834.000 (+0,8 %)	1.926.782.000 (+2,9 %)
Deutschland	9.206.764.000	9.303.172.000 (+1,0 %)	9.557.538.000 (+2,7 %)

Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.00, 2008 und V08.02.00, 2009 Nürnberg. Zahlen gerundet.

Was die regionale Entwicklung des Beschäftigungsvolumens angeht, war im Untersuchungszeitraum nur in zwei Arbeitsmarktregionen ein Rückgang des Beschäftigungsvolumens zu verzeichnen, nämlich in den Regionen Salzgitter und Helmstedt (jeweils -0,3 Prozent). Diese negative Entwicklung ist allerdings vor allem auf den starken Rückgang des Beschäftigungsvolumens in diesen Regionen von 2005 auf 2006 zurückzuführen. Im Jahr 2007 lag das Beschäftigungsvolumen in allen Arbeitsmarktregionen nämlich über dem Wert von 2006. Am stärksten angestiegen ist das Beschäftigungsvolumen von 2005 bis 2007 in den Arbeitsmarktregionen Lingen und Leer sowie in Nordhorn und in Cloppenburg, Vechta und Cham mit 7,2 bis 8 Prozent.

4.6.2 Entwicklung des Beschäftigungsgrads „Volumen“ am Wohnort

Vergleicht man die Werte der beiden Berechnungsweisen, fällt auf, dass der Indikatorwert des Beschäftigungsgrads „Volumen“ für das Jahr 2005 in den Arbeitsmarktregionen im Durchschnitt 1,6 Prozentpunkte niedriger war als der Wert des Beschäftigungsgrads „Stichtag“. Im bundesweiten Durchschnitt lag der Beschäftigungsgrad „Volumen“ im Jahr 2005 bei 45,8 Prozent, im Jahr 2006 bei 46,6 Prozent und im Jahr 2007 bei 48,0 Prozent (s. Tabelle 19). Auch in diesem Indikator spiegelt sich somit die positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland wider.

Tabelle 19**Beschäftigungsgrad „Volumen“ am Wohnort im Zeitraum von 2005 bis 2007**

(Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Klammern.)

	2005	2006	2007
Westdeutschland	0,464	0,470 (+1,4 %)	0,484 (+2,8 %)
Ostdeutschland	0,437	0,448 (+2,3 %)	0,468 (+4,6 %)
Deutschland	0,458	0,466 (+1,6 %)	0,480 (+3,2 %)

Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BeH) V8.00, 2008 und V08.02.00, 2009 Nürnberg. Eigene Berechnung.

Allerdings stimmt die Entwicklung, die vom Beschäftigungsgrad „Volumen“ gezeichnet wird, nicht eindeutig mit der zuvor beschriebenen Entwicklung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ überein. Während der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ von 2005 auf 2007 in Ostdeutschland um 6,3 Prozent angestiegen ist, hat der Beschäftigungsgrad „Volumen“ in diesem Zeitraum dort um 7,1 Prozent zugenommen. Auch in Westdeutschland ist der Beschäftigungsgrad Stichtag mit einer Zunahme um 3,0 Prozent weniger stark angestiegen als der Beschäftigungsgrad „Volumen“ mit einem Zuwachs von 4,3 Prozent.

Die Unterschiede, die sich durch die zwei unterschiedlichen Berechnungsarten für den Beschäftigungsgrad ergeben, werden exemplarisch für das Jahr 2005 dargestellt. Vergleicht man die Rangplätze der Arbeitsmarktregionen für beide Indikatoren, d. h. für den Beschäftigungsgrad „Stichtag“ und den Beschäftigungsgrad „Volumen“, miteinander, so zeigen sich einige Verschiebungen ([s. Karte 34](#)). Unverändert bleiben die Arbeitsmarktregionen mit dem niedrigsten Beschäftigungsgrad: Berlin (37,1 Prozent), Pasewalk (37,1 Prozent) und Leer (38,6 Prozent). Und auch in Tuttlingen und Dingolfing ist der Beschäftigungsgrad mit gut 53 Prozent nach wie vor am höchsten.

In 240 von 270 Arbeitsmarktregionen verschiebt sich der Rangplatz bei der Berechnung des Beschäftigungsgrads „Volumen“ gegenüber der Berechnung des Beschäftigungsgrads „Stichtag“ um maximal 10 Rangplätze nach vorne oder hinten. In einigen Regionen treten allerdings saisonale Schwankungen in der Beschäftigung sehr deutlich hervor. So verschiebt sich z. B. die Position der Arbeitsmarktregion Bergen vom Platz 142 im Ranking nach dem Beschäftigungsgrad „Stichtag“ auf Platz 78 im Ranking nach dem Beschäftigungsgrad „Volumen“. Hier macht die unterschiedliche Berechnungsweise also 64 Plätze aus. Sehr starke Veränderungen verzeichnen auch die Regionen Cham (von Platz 183 auf Platz 148), Freyung (von Platz 95 auf Platz 69), Husum (von Platz 52 auf Platz 26), Regen-Zwiesel (von Platz 97 auf Platz 76) und Cochem (von Platz 175 auf Platz 154). Hier stellt der Beschäftigungsgrad „Stichtag“ die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung in der Arbeitsmarktregion also positiver dar, als sie über das ganze Jahr hinweg betrachtet tatsächlich ist. In diesen Regionen sind in den Sommermonaten folglich deutlich mehr Menschen beschäftigt als im Winter, was bei der genauen Betrachtung der Regionen nicht verwunderlich ist, liegen sie doch in vom Fremdenverkehr geprägten Gebieten. Demgegenüber gibt es auch einige Regionen, die durch die Berechnung des Beschäftigungsgrads „Volumen“ im Ranking nach hinten fallen, in denen die Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung am Wohnort über das ganze Jahr betrachtet also besser ist, als dies der Stichtagswert (Beschäftigungsgrad „Stichtag“) vorgibt. So verschiebt sich beispielsweise der Rangplatz der Region Oranienburg (von Platz 105 auf Platz 122) um 17 Plätze nach hinten.

Die Werte des Beschäftigungsgrads „Volumen“ in den Arbeitsmarktregionen sind für das Jahr 2005 in [Karte 35](#) und für das Jahr 2007 in [Karte 36](#) dargestellt. Wieder erkennt man deutlich das Nord-Süd-Gefälle im Beschäftigungsgrad. Beachtet wer-

den muss bei dieser Darstellung, dass Grenzpendler hier nicht berücksichtigt werden können, was insbesondere in den Grenzregionen zur Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden die Höhe des Beschäftigungsgrads teilweise sehr stark verzerrt.

5 Exkurs: Kurzarbeit

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, die seit dem Jahr 2008 auch die deutsche Wirtschaft getroffen hat, wurde vom Auftraggeber gewünscht, ergänzend auch über die Entwicklung der Kurzarbeit zu berichten.

Durch den Nachfrageeinbruch insbesondere bei exportorientierten Betrieben als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise nutzen viele Betriebe seit Ende 2008 verstärkt das Instrument der Kurzarbeit, um ihren Arbeitseinsatz der verringerten Nachfrage anzupassen ohne Arbeitskräfte entlassen zu müssen. Damit konnte Arbeitslosigkeit in größerem Umfang vermieden werden und die Auswirkungen der Krise erreichten den Arbeitsmarkt nicht in dem befürchteten Umfang. Dennoch kann die Inanspruchnahme von Kurzarbeit durch die Betriebe Hinweise auf die besonders von der Krise betroffenen Regionen geben. Im folgenden Abschnitt wird dazu - nach einigen kurzen rechtlichen und definitorischen Informationen zur Kurzarbeit und zu den Voraussetzungen der Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld - sowohl die regionale Verteilung von kurzarbeitenden Betrieben als auch von durch Kurzarbeit betroffenen Personen aufgezeigt und erläutert.

5.1 Definition von Kurzarbeit und rechtliche Grundlagen

Zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit steht der Bundesagentur für Arbeit das Instrument der Kurzarbeit als Entgeltersatzleistung zur Verfügung. Die rechtlichen Regelungen hierzu finden sich im Dritten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB III) in den §§ 169 bis 182 sowie in § 216b.

Es werden drei Arten von Kurzarbeit unterschieden:

- die konjunkturelle Kurzarbeit nach § 170 SGB III,
- die Saison-Kurzarbeit nach § 175 SGB III und
- die Transfer-Kurzarbeit nach § 216b SGB III.

Die Wirtschaftskrise führte insbesondere zu einem enormen Anstieg der **konjunkturellen Kurzarbeit**. Diese wird als Instrument immer dann eingesetzt, wenn es sich um einen vorübergehenden, erheblichen und unvermeidbaren Arbeitsausfall handelt. Ziel ist es, die Entlassung von Arbeitnehmern zu vermeiden und den Erhalt der eingearbeiteten Arbeitnehmer im Betrieb zu sichern. Voraussetzung für den Einsatz von Kurzarbeit ist, dass der Betrieb bereits alle anderen Möglichkeiten der Nachfrageanpassung wie den Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten ausgeschöpft hat.

Saison-Kurzarbeit kommt hingegen bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall zwischen Dezember und März bei Betrieben des Baugewerbes zum Tragen. Demgegenüber kann das **Transfer-Kurzarbeitergeld** für betriebliche Restrukturierungsmaßnahmen bei dauerhaftem Arbeitsausfall gewährt werden. Da diese beiden Formen von Kurzarbeit nicht unmittelbar auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagieren, werden sie im Folgenden nicht weiter betrachtet. Die präsentierten Daten beziehen sich somit allein auf die konjunkturelle Kurzarbeit.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld ist, dass der Betrieb den voraussichtlichen Arbeitszeitausfall nach § 173 SGB III bei der zuständigen Agentur für Arbeit anzeigt. Das Kurzarbeitergeld wird dann frühestens von dem Kalendermonat an geleistet, in dem die Anzeige eingegangen ist. Am Ende eines jeden Quartals hat der Betrieb für die vergangenen drei Monate die ausgefüllten Betriebsmeldungen bei der Agentur für Arbeit einzureichen.

Aus diesem Grund unterscheiden sich die Zahl der Anzeigen über potentielle Zugänge in Kurzarbeit und die Zahl der tatsächlichen Kurzarbeiter sowohl in der Höhe als auch in der Aktualität voneinander:

- Die Anzeigen potenzieller Kurzarbeit liegen bis zum aktuellen Rand vor, wohingegen die Zahlen zur tatsächlichen Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld erst zwei Monate nach Quartalsende verfügbar sind.
- Die Zahl der angezeigten Kurzarbeit fällt niedriger aus als die tatsächliche Inanspruchnahme für konjunkturelle Kurzarbeit, weil diese Zahl nur die erstmals und neu angezeigte Kurzarbeit abbildet.

Die Agentur für Arbeit zahlt das Kurzarbeitergeld an den jeweiligen Betrieb, der dieses wiederum an die betroffenen Arbeitnehmer weiterleitet. Die Höhe beträgt wie beim Arbeitslosengeld 60 Prozent des letzten Nettoarbeitsentgelts bzw. 67 Prozent bei Arbeitnehmern mit mindestens einem Kind im Haushalt und bezieht sich auf den jeweiligen Arbeitsausfall.

Die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld betrug bis Ende 2008 12 Monate und wurde am **1. Januar 2009** zunächst auf **18 Monate** und am **5. Juni 2009** auf **24 Monate** verlängert. Ab dem Jahr 2010 beträgt die Bezugsdauer wieder 18 Monate.

Bis Anfang des Jahres 2009 hatte der Betrieb neben den Sozialversicherungsbeiträgen auf die erbrachte Arbeitsleistung **80 Prozent** der Sozialversicherungsbeiträge für die durch Kurzarbeit ausgefallene Arbeitszeit zu entrichten. Ab dem **1. Februar 2009** reduzierte sich dieser Anteil, denn ab diesem Zeitpunkt wurden **50 Prozent** der Sozialversicherungsbeiträge von der Bundesagentur für Arbeit in den ersten sechs Monaten der Kurzarbeit für die ausgefallene Arbeitsleistung übernommen. Eine komplette Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit erfolgte bis zu diesem Datum, wenn die von Kurzarbeit betroffenen

Arbeitnehmer während der Kurzarbeit auch qualifiziert wurden¹⁹. Ab dem **1. Juli 2009** hat die Bundesagentur für Arbeit die Sozialversicherungsbeiträge ab dem siebten Monat Kurzarbeit in pauschalierter Form **komplett** übernommen, auch ohne Qualifizierung.

5.2 Entwicklung und Charakteristika der konjunkturellen Kurzarbeit

Die Zahl der von konjunktureller Kurzarbeit betroffenen Betriebe lag bis Oktober 2008 mit geringen Schwankungen zwischen 3.000 bis 5.000 Betrieben. Ab November 2008 stieg die Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit dann sehr stark an (Abbildung 5). Hatten im September 2008 in Westdeutschland gut 2.700 Betriebe konjunkturelle Kurzarbeit angemeldet, so wurde im Juni 2009 bereits der Höchststand von 50.400 Betrieben erreicht. In Ostdeutschland stieg die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe im selben Zeitraum von 800 Betrieben auf gut 12.300 an.²⁰ Bis Dezember 2009 ist die Zahl der Betriebe in konjunktureller Kurzarbeit in Westdeutschland dann wieder auf rund 41.500 gesunken, stieg aber bis Februar 2010 wieder leicht auf gut 44.000 an. Demgegenüber verharrte die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe in Ostdeutschland bis Dezember 2009 auf einem nahezu unverändert hohen Niveau, bevor sie sogar zu Beginn des Jahres 2010 abermals anstieg und erst im Februar 2010 den Höchststand von 14.500 Betrieben erreichte.

Analog zur Entwicklung der Zahl der Betriebe stieg auch die Zahl der Personen, die von konjunktureller Kurzarbeit betroffen waren, seit Anfang des Jahres 2009 stark an. Bezogen im September 2008 erst rund 39.000 Personen Kurzarbeitergeld, so erreichte die Zahl der kurzarbeitenden Personen im Mai 2009 mit einem Wert von 1,516 Mio. Personen ihren bisherigen Höchststand in der aktuellen Krise. Die Zahl der kurzarbeitenden Personen stieg dabei in Westdeutschland weit stärker an als in Ostdeutschland. In Westdeutschland erhöhte sich die Zahl der Personen in konjunktureller Kurzarbeit in diesem Zeitraum von knapp 32.000 auf gut 1,316 Mio. und in Ostdeutschland von 7.000 auf rund 185.000²¹ (s. Abbildung 6). Ab Mitte des Jahres 2009 ist die Zahl der Personen in Kurzarbeit im Gegensatz zur Zahl der kurzarbeitenden Betriebe sehr stark gesunken. In Westdeutschland gab es einen erneuten leichten Anstieg im September und Oktober 2009 und im Januar 2010. Im März

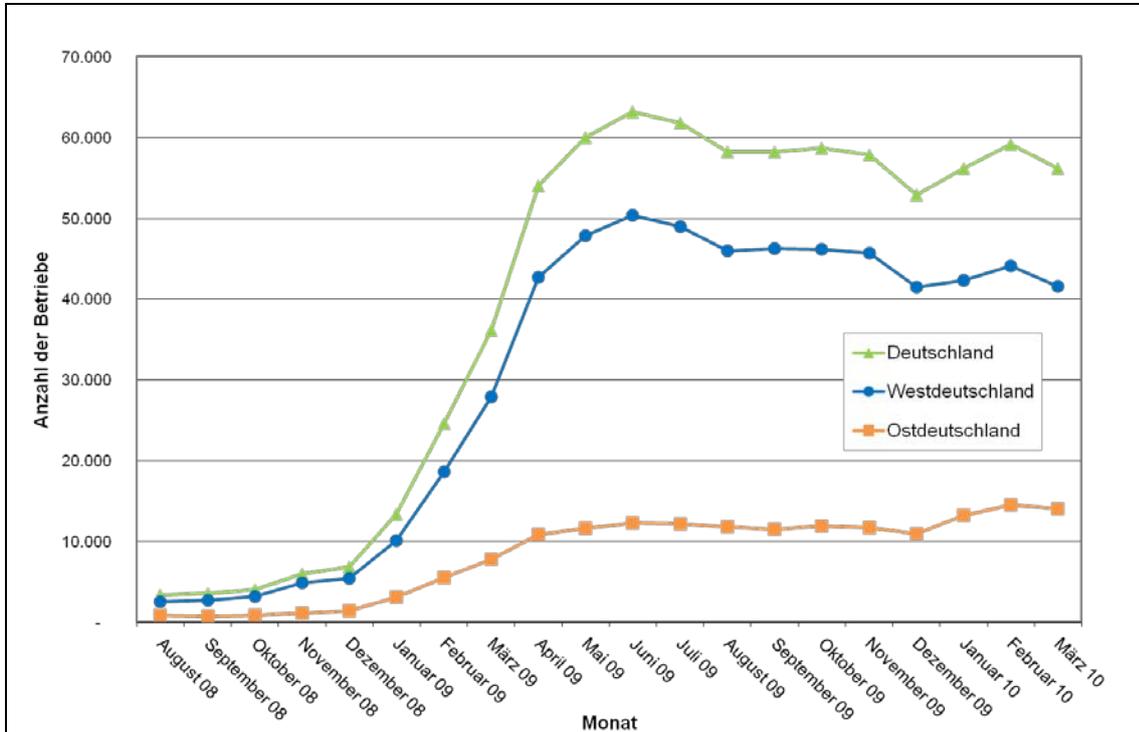
¹⁹ Inwieweit das Instrumentarium der Qualifizierung während der Kurzarbeit von Betrieben genutzt wurde untersucht der IAB-Kurzbericht 14/2009 (Crimmann/Wießner 2009).

²⁰ Die hier beschriebenen Zahlen zur Kurzarbeit stammen aus der Kurzarbeiterstatistik, die auf gesonderten Betriebsmeldungen zur Kurzarbeit für statistische Zwecke gemäß § 320 SGB III basiert. Diese Daten wurden zum 30. September 2010 rückwirkend für den Zeitraum von Januar 2009 bis März 2010 revidiert und durch Daten der neuen Kurzarbeiterstatistik ersetzt, die auf Auswertungen aus den von den Betrieben eingereichten Abrechnungslisten über realisierte Kurzarbeit in den zurückliegenden Monaten beruht. Da es jedoch methodisch bedingt vor allem bei regional und branchenmäßig tiefer gegliederten Statistiken Abweichungen zwischen beiden Verfahren gibt und um die Zeitreihe über den Jahreswechsel 2008/2009 abbilden zu können, werden hier die Zahlen aus der zum Zeitpunkt der Auswertung gültigen Datenquelle verwendet.

²¹ Siehe Fußnote 20.

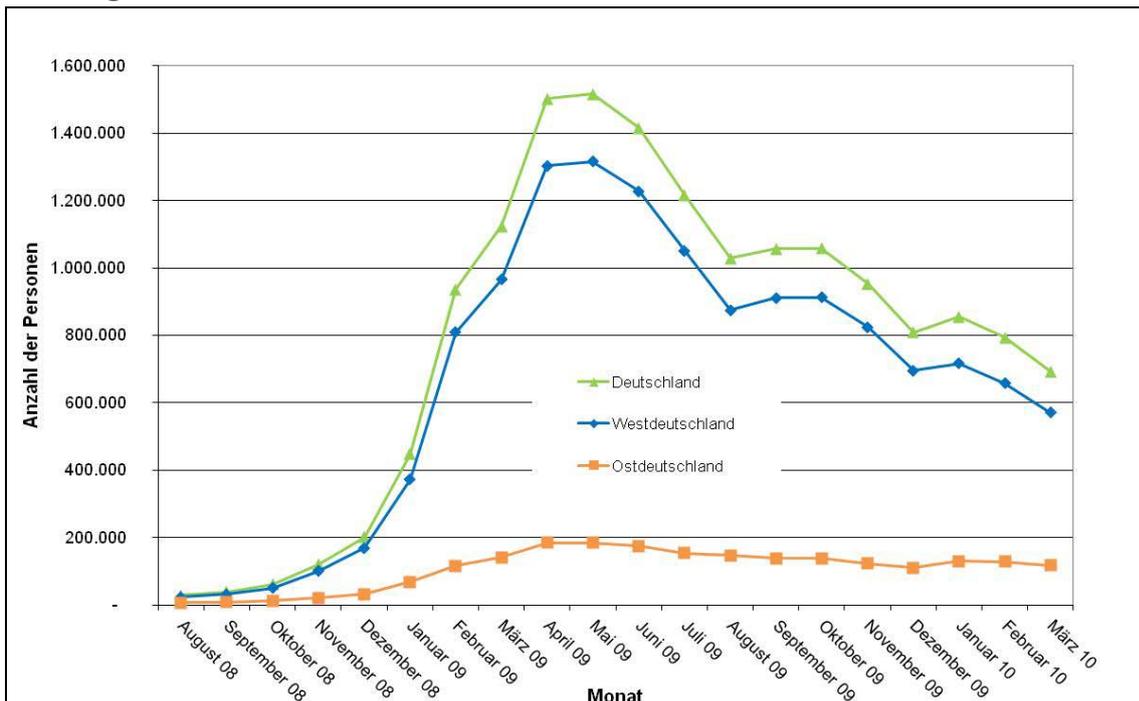
2010 sank die Zahl in Westdeutschland auf 571.000 kurzarbeitende Personen. In Ostdeutschland verlief die Entwicklung verhaltener, so dass im März 2010 dort noch 118.000 Personen in Kurzarbeit waren.

Abbildung 5
Entwicklung der Zahl der Betriebe mit konjunktureller Kurzarbeit von August 2008 bis März 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Abbildung 6
Entwicklung der Zahl der von konjunktureller Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten von August 2008 bis März 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Der Nachfrageeinbruch traf die einzelnen Wirtschaftszweige in unterschiedlichem Umfang. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe²² spürte die Krise am stärksten. Die überproportionale Betroffenheit dieser Branche von der Wirtschaftskrise wird besonders deutlich, wenn man das Verarbeitende Gewerbe in Relation zur Gesamtwirtschaft betrachtet. Während nur knapp jeder zehnte Betrieb zum Verarbeitenden Gewerbe zählt, gehören gut vier von zehn kurzarbeitenden Betrieben zum Verarbeitenden Gewerbe (s. Tabelle 20). Im Juni 2009 waren 45 Prozent der kurzarbeitenden Betriebe in Westdeutschland dem Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen. Dieser Anteil lag rund acht Prozentpunkte über dem Anteil in Ostdeutschland.

Noch deutlicher wird dieser Sachverhalt, wenn man auf die Personenebene wechselt. Nur knapp jeder vierte Beschäftigte ist im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Dennoch waren im Juni 2009 nahezu vier Fünftel aller von Kurzarbeit betroffenen Personen dem Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen. In Westdeutschland liegt dieser Anteil etwas über dem in Ostdeutschland (s. Tabelle 20).

Tabelle 20
Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an Betrieben und Beschäftigten in Kurzarbeit (Juni 2009)

(Zum Vergleich in Klammern: Anteil der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe an allen Betrieben bzw. Anteil der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe an allen Personen (Juni 2008))

	Betriebe	Beschäftigte
Westdeutschland	45,3 (9,8)	79,2 (25,4)
Ostdeutschland	37,4 (8,4)	76,2 (16,9)
Deutschland	43,4 (9,5)	78,1 (23,8)

Lesehilfe: 45,3 % aller kurzarbeitenden Betriebe in Westdeutschland zählen zum Verarbeitenden Gewerbe, aber nur 9,8 % aller Betriebe gehören dem Verarbeitenden Gewerbe an.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

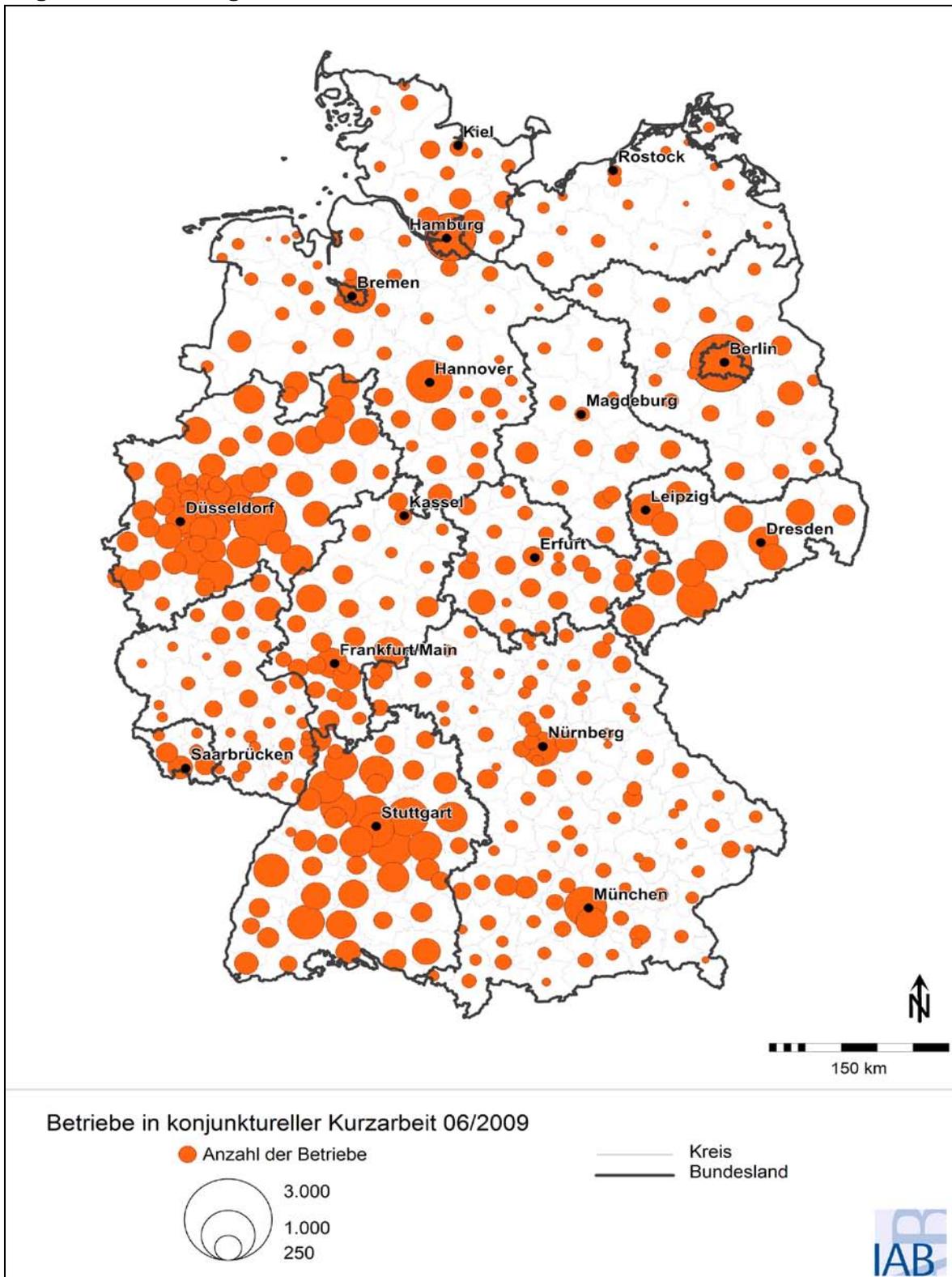
5.3 Regionale Betroffenheit von konjunktureller Kurzarbeit

Die Konzentration einiger Regionen auf bestimmte Branchen führt dazu, dass auch die konjunkturelle Kurzarbeit, die vor allem das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe getroffen hat, ein regional unterschiedliches Ausmaß aufweist. So zeigt Abbildung 7 sehr deutlich die stärkere Betroffenheit der westdeutschen Betriebe, die besonders auffällig im Ruhrgebiet und in Baden-Württemberg ist. Die Größe der Kreise stellt dabei die Anzahl der von konjunktureller Kurzarbeit betroffenen Betriebe in den einzelnen Kreisen dar.

²² Die Abgrenzung des Verarbeitenden Gewerbes bezieht sich auf den Wirtschaftsabschnitt C nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige von 2008 (WZ 2008).

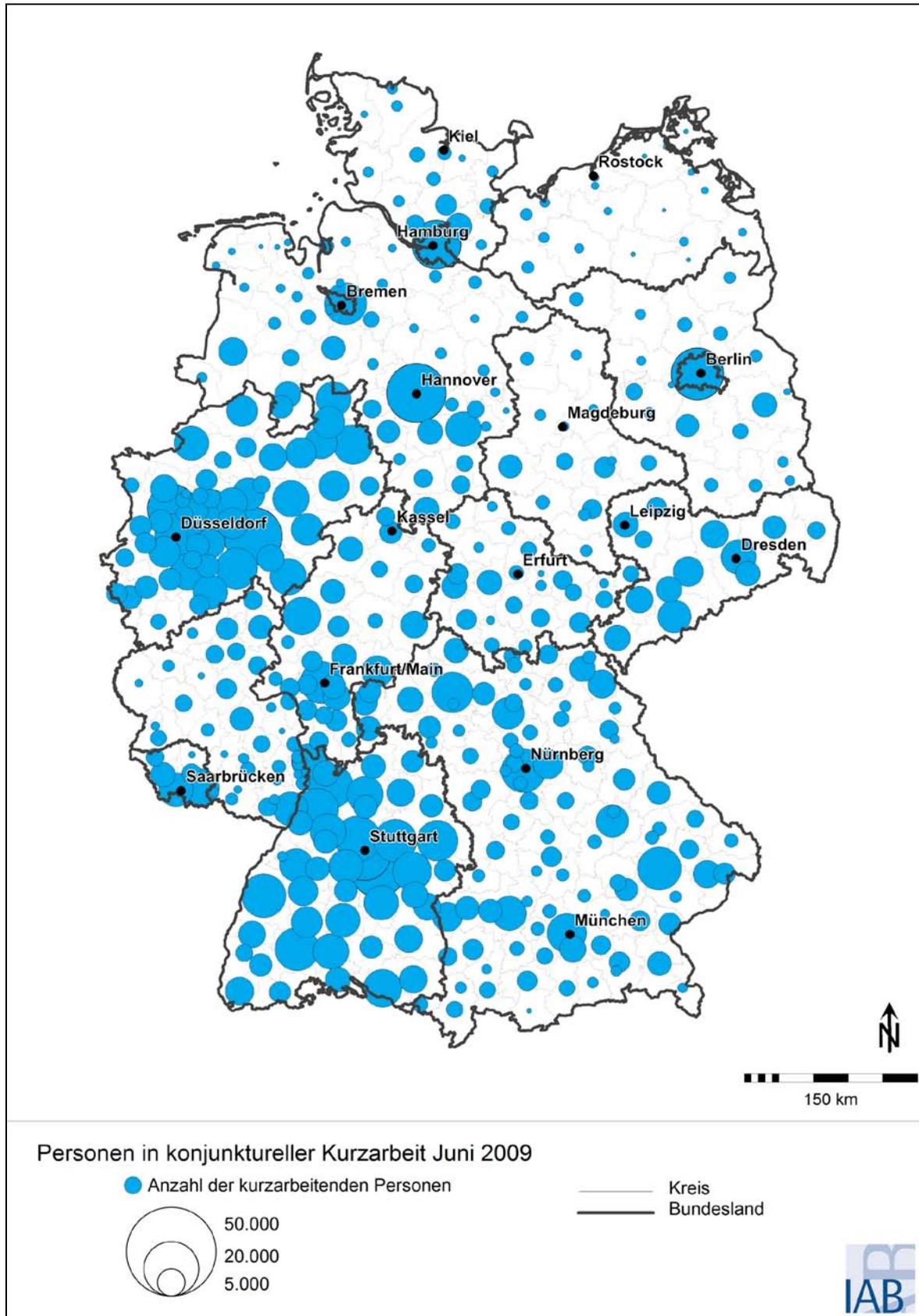
Die regionale Verteilung der Personen in konjunktureller Kurzarbeit ist in Abbildung 8 dargestellt. Es ist auch hier eine deutliche Konzentration auf Mittel- und Süddeutschland zu erkennen, wohingegen in Nord- und Ostdeutschland eher weniger Personen von Kurzarbeit betroffen sind.

Abbildung 7
Regionale Verteilung der von Kurzarbeit betroffenen Betriebe im Juni 2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

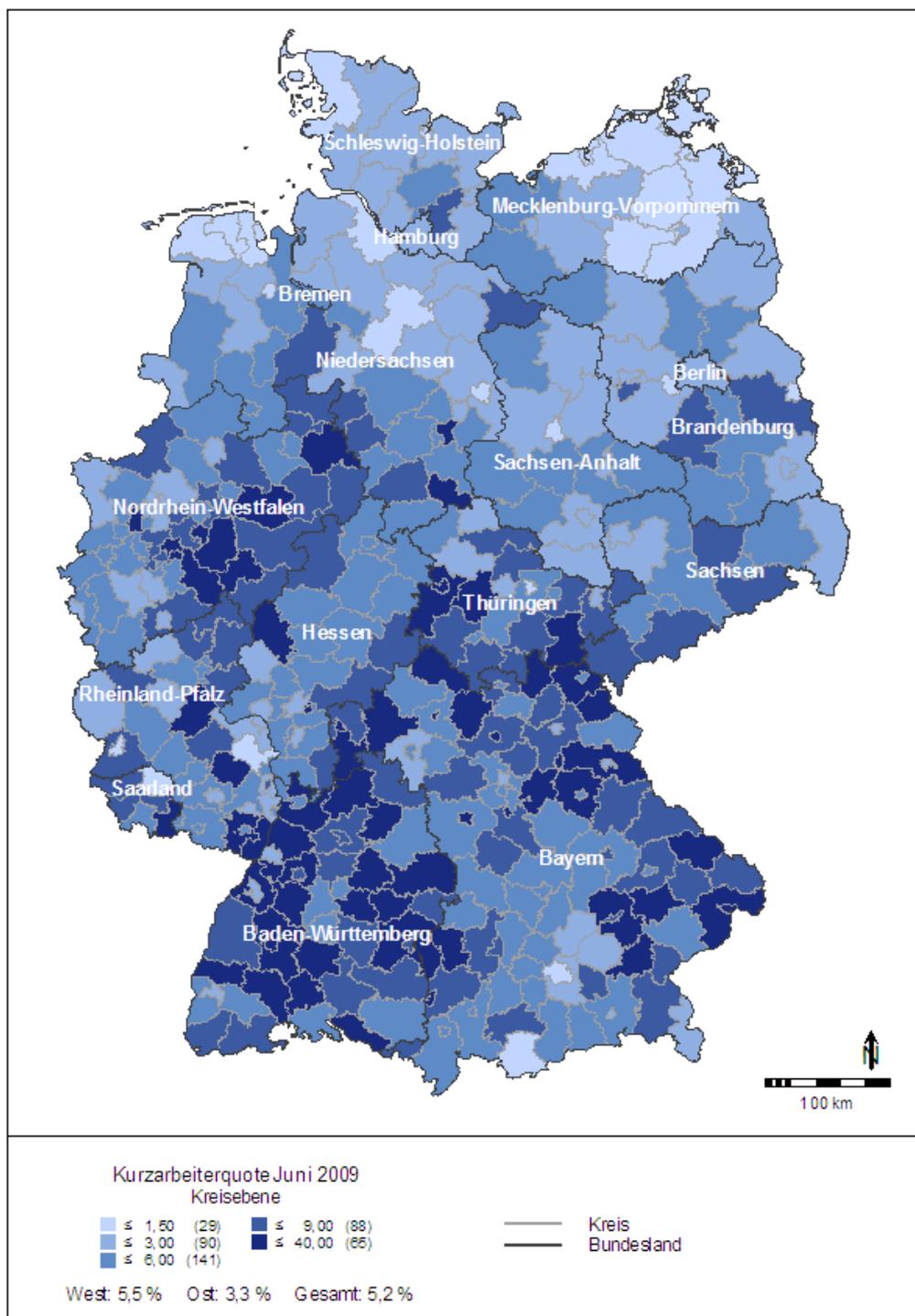
Abbildung 8
Regionale Verteilung der von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten im Juni 2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Um regionale Unterschiede in der Betroffenheit von Kurzarbeit möglichst umfassend abbilden zu können, sollte die Zahl der Kurzarbeiter nicht nur absolut dargestellt, sondern auch in Relation zu allen Beschäftigten betrachtet werden. Hierzu wird die Zahl der kurzarbeitenden Personen einer Region auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in derselben Region bezogen. Einen Eindruck von der Betroffenheit der einzelnen Stadt- und Landkreise durch Kurzarbeit im Juni 2009 vermittelt Abbildung 9.

Abbildung 9
Betroffenheit der Stadt- und Landkreise von Kurzarbeit Juni 2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Der Anteil der Kurzarbeiter an allen Beschäftigten liegt im Juni 2009 in Westdeutschland mit 5,5 Prozent deutlich höher als in Ostdeutschland mit 3,3 Prozent. Aber auch innerhalb der einzelnen Bundesländer gibt es zu Teil erhebliche Unterschiede, die von 0,5 Prozent in der Stadt Potsdam und dem Landkreis Demmin bis hin zu 30,3 Prozent im Landkreis Dingolfing-Landau reichen. In zahlreichen Kreisen in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in einigen Regionen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens lag die Kurzarbeiterquote unter 1,5 Prozent, dargestellt als hellblaue Flächen. Nur ganz vereinzelt gab es in diesen Ländern Kreise mit Quoten über 6 Prozent. Ganz anders sieht es in den süddeutschen Stadt- und Landkreisen aus, wo Quoten unter 3 Prozent eher die Ausnahme sind. Man erkennt hier gut an den dunkelblauen Flächen die regionalen Schwerpunkte in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Bayern mit Kurzarbeiterquoten von 9 Prozent und mehr. Das hängt neben der Konzentration auf einige Branchen auch damit zusammen, dass Großbetriebe in weitaus stärkerem Umfang Kurzarbeit einsetzen als kleine und mittlere Betriebe. So lag die Kurzarbeiterquote in Betrieben mit mehr als 500 Mitarbeitern im Juni 2009 im Saarland bei 18,2 Prozent, in Baden-Württemberg bei 11,5 Prozent und in Bayern bei 10,9 Prozent. Diese Anteile liegen deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt, der in den Großbetrieben im Juni 2009 8,1 Prozent betrug. In mittelgroßen Betrieben mit 50 bis 499 Mitarbeitern waren demgegenüber nur 6,1 Prozent der Beschäftigten von Kurzarbeit betroffen, in Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Mitarbeitern nur 3,7 Prozent und in den Kleinstbetrieben mit ein bis neun Mitarbeitern sogar nur 1,6 Prozent. Ein Grund dafür, dass insbesondere Großbetriebe Kurzarbeit einsetzen, dürfte sein, dass Kurzarbeit trotz aller finanziellen Entlastungen nicht kostenneutral ist. Und diese Kosten können große Betriebe eher tragen als kleine (Bundesagentur für Arbeit 2009d: 13).

Da auch meist Männer im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind, trifft die Kurzarbeit zu 78 Prozent Männer und nur zu 22 Prozent Frauen. Dies bedeutet, dass auch die relative Betroffenheit zwischen Männern und Frauen recht unterschiedlich ausfällt. Während sieben Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer im Juni 2009 von Kurzarbeit betroffen waren, arbeiteten nur drei Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen zu diesem Zeitpunkt kurz (Bundesagentur für Arbeit 2009d: 14).

5.4 Anzeigen von konjunktureller Kurzarbeit

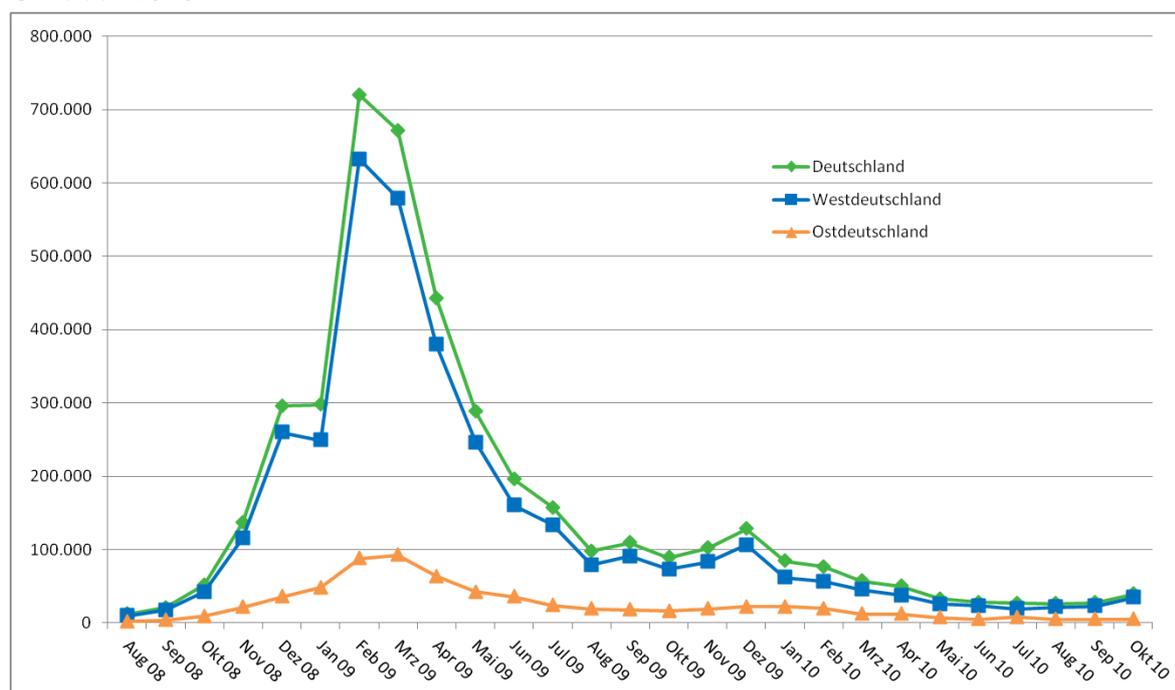
Die Anzeigen von konjunktureller Kurzarbeit können Hinweise auf die weitere Entwicklung der Kurzarbeit geben.

Die Zahl der Neuanzeigen von konjunktureller Kurzarbeit erreichte im Februar 2009 mit knapp 720.000 Meldungen in Deutschland ihren Höchststand, wobei das Maximum in Ostdeutschland erst im März 2009 zu beobachten war²³ (s. Abbildung 10).

²³ Die zugrundeliegenden Daten stammen aus Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, die wegen Qualitätsverbesserungen in der Datenaufbereitung über eingegangene Anzeigen und die darin genannten Personen rückwirkend ab Januar 2009 revidiert wurden.

Seither geht die Zahl der Neuanzeigen von konjunktureller Kurzarbeit jedoch in beiden Landesteilen zurück. Ab August 2009 wurde der Rückgang gebremst und die Zahl der Anzeigen bewegte sich bis zum November 2009 in Westdeutschland zwischen 70.000 und 90.000 Personen, in Ostdeutschland schwankte sie zwischen 16.000 und 19.000 Personen. Im Dezember 2009 gab es dann in Westdeutschland erneut einen leichten Anstieg, bevor die Anzeigen wieder leicht sanken. Während die Zahlen in Ostdeutschland weiter rückläufig waren, stiegen sie in Westdeutschland von August bis Oktober 2010 wieder bis auf 34.000 an.

Abbildung 10
Anzeigen von konjunktureller Kurzarbeit (Beschäftigte) von August 2008 bis Oktober 2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

6 Methodischer Anhang

6.1 Kreisgebietsreformen in Sachsen-Anhalt und Sachsen

Alle im vorliegenden Bericht beschriebenen Indikatoren zur Arbeitslosigkeit, zum Einkommen sowie zur Beschäftigung wurden für die 270 Arbeitsmarktregionen berechnet. Diese 270 Arbeitsmarktregionen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sind seit der letzten Neuabgrenzung der Fördergebiete ab dem Jahr 2007 gültig. Gegenüber der seit dem Jahr 2000 gültigen Gebietskulisse mit 271 Arbeitsmarktregionen änderte sich lediglich der Zuschnitt der Arbeitsmarktregionen in den Bundesländern Berlin und Brandenburg, da eine Trennung der Stadt Berlin vom Brandenburger Umland aus förderrechtlicher Sicht erforderlich wurde (s. die ausführliche Beschreibung der Abgrenzung in Binder/Schwengler 2006). Die 270 Arbeitsmarktregionen waren somit zum Zeitpunkt der letzten Neuabgrenzung kreisscharf zugeschnitten, d. h. eine Arbeitsmarktregion setzte sich aus einem oder mehreren Kreisen zusammen. Dies hatte den Vorteil,

dass die Indikatoren in den Arbeitsmarktregionen auf Basis von Kreisdaten exakt berechnet werden konnten.

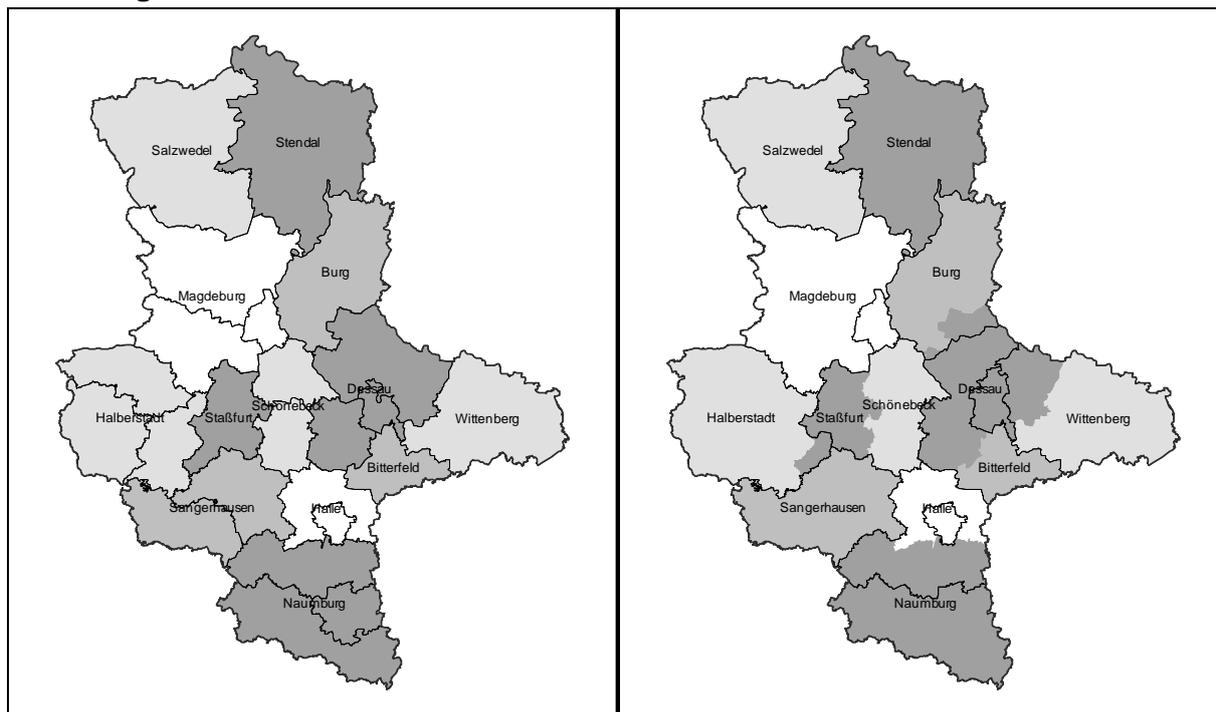
Mit den **Kreisgebietsreformen in Sachsen-Anhalt am 1. Juli 2007** und in **Sachsen am 1. August 2008** änderte sich jedoch der bisherige Zuschnitt der Kreise so grundlegend, dass ab diesen Zeitpunkten eine Aggregation von Kreiswerten zu Arbeitsmarktregionen nicht mehr für alle Arbeitsmarktregionen in diesen beiden Bundesländern möglich ist. Sofern die benötigten Daten zur Berechnung der Indikatoren auf der Gemeindeebene vorliegen, können diese Indikatoren gemeindescharf zu Arbeitsmarktregionen aggregiert werden. Da jedoch nicht alle Indikatoren auf der Gemeindeebene verfügbar sind, muss teilweise auf Näherungsverfahren zurückgegriffen werden. Diese werden teilweise direkt bei den jeweiligen Indikatoren ausführlich beschrieben, teilweise hier im methodischen Anhang.

Um einen Eindruck von den Auswirkungen der Neuzuschnitte der Kreise auf die Arbeitsmarktregionen zu bekommen, werden die Überschneidungen von Kreisen und Arbeitsmarktregionen in den beiden Bundesländern mit den folgenden Karten gezeigt.

In **Sachsen-Anhalt** reduzierte sich zum **1. Juli 2007** die Zahl der Landkreise von 21 auf 11. Veranschaulicht wird dies in Abbildung 11, wobei die linke Karte den Zuschnitt der Kreisgrenzen vor dem 1. Juli 2007 darstellt und die rechte Karte die Kreisgrenzen, wie sie ab dem 1. Juli 2007 Gültigkeit besitzen. Die grau hinterlegten Flächen stellen die Arbeitsmarktregionen dar und die Linien die Kreisgrenzen. Die drei Stadtkreise Magdeburg, Dessau und Halle behielten ihren ursprünglichen Zuschnitt. Auch die fünf neuen Landkreise Altmarkkreis Salzwedel, Börde, Burgenlandkreis, Mansfeld-Südharz und Stendal können eindeutig einer Arbeitsmarktregion zugeordnet werden. Somit betrifft die Überschneidung von Kreis- und Arbeitsmarktregionsgrenzen die übrigen sechs Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Harz, Jerichower Land, Saalekreis, Salzlandkreis und Wittenberg. Wie man in der rechten Karte der Abbildung 11 deutlich erkennt, **sind von der Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt folgende neun von dreizehn Arbeitsmarktregionen betroffen**: Dessau, Bitterfeld, Halberstadt, Staßfurt, Burg, Halle, Naumburg, Schönebeck und Wittenberg. Lediglich der Zuschnitt der Arbeitsmarktregionen Salzwedel, Stendal, Sangerhausen und Magdeburg ist weiterhin kreisscharf geblieben.

Abbildung 11

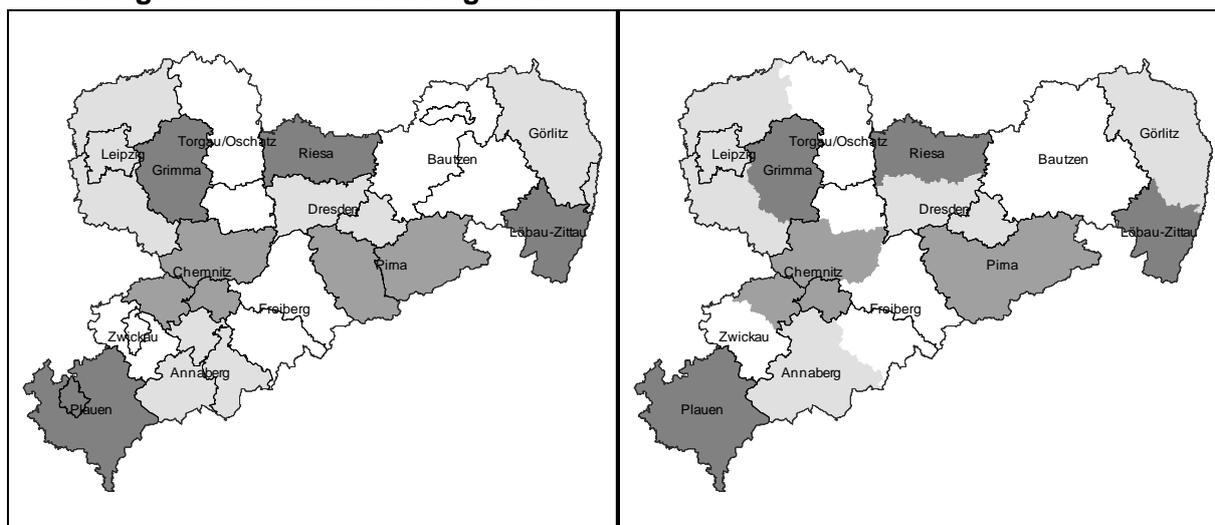
Kreisgrenzen und Arbeitsmarktregionen in Sachsen-Anhalt vor (links) und nach (rechts) der Kreisgebietsreform am 1. Juli 2007



Legende: Die Linien stellen die Kreisgrenzen dar. Die Arbeitsmarktregionen sind in verschiedenen Graustufen hinterlegt.

Am **1. August 2008** verringerte sich mit der Kreisgebietsreform auch in **Sachsen** die Zahl der Landkreise, und zwar von 22 auf 10, wie der Vergleich der linken mit der rechten Karte in Abbildung 12 zeigt. Die drei Stadtkreise Leipzig, Chemnitz und Dresden behielten ihren ursprünglichen Zuschnitt. Auch in diesem Bundesland wurden größere Kreise gebildet, jedoch durch Zusammenlegung der ursprünglichen Landkreise. Dennoch überschneiden sich in vielen Fällen die Grenzen dieser neuen Kreise mit den Grenzen der Arbeitsmarktregionen. Insgesamt betrifft diese Überschneidung die folgenden sieben neuen Landkreise: Nordsachsen, Landkreis Leipzig, Meißen, Görlitz, Mittelsachsen, Erzgebirgskreis und Zwickau. Lediglich die drei neuen Landkreise Bautzen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Plauen überschneiden sich nicht mit den Arbeitsmarktregionen. Diese Landkreise entsprechen sogar in Gänze im Zuschnitt den Arbeitsmarktregionen: Kreis Bautzen = Arbeitsmarktregion Bautzen, Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge = Arbeitsmarktregion Pirna, Kreis Vogtlandkreis = Arbeitsmarktregion Plauen. **Dennoch sind in Sachsen von dem Neuzuschnitt die meisten, nämlich elf von vierzehn Arbeitsmarktregionen betroffen:** Leipzig, Grimma, Torgau/Oschatz, Riesa, Dresden, Görlitz, Löbau-Zittau, Freiberg, Annaberg, Zwickau und Chemnitz.

Abbildung 12
Kreisgrenzen und Arbeitsmarktregionen in Sachsen vor (links) und nach (rechts)
der Kreisgebietsreform am 1. August 2008



Legende: Die Linien stellen die Kreisgrenzen dar. Die Arbeitsmarktregionen sind in verschiedenen Graustufen hinterlegt.

6.2 Methodische Erläuterungen zur Erfassung der Arbeitslosigkeit

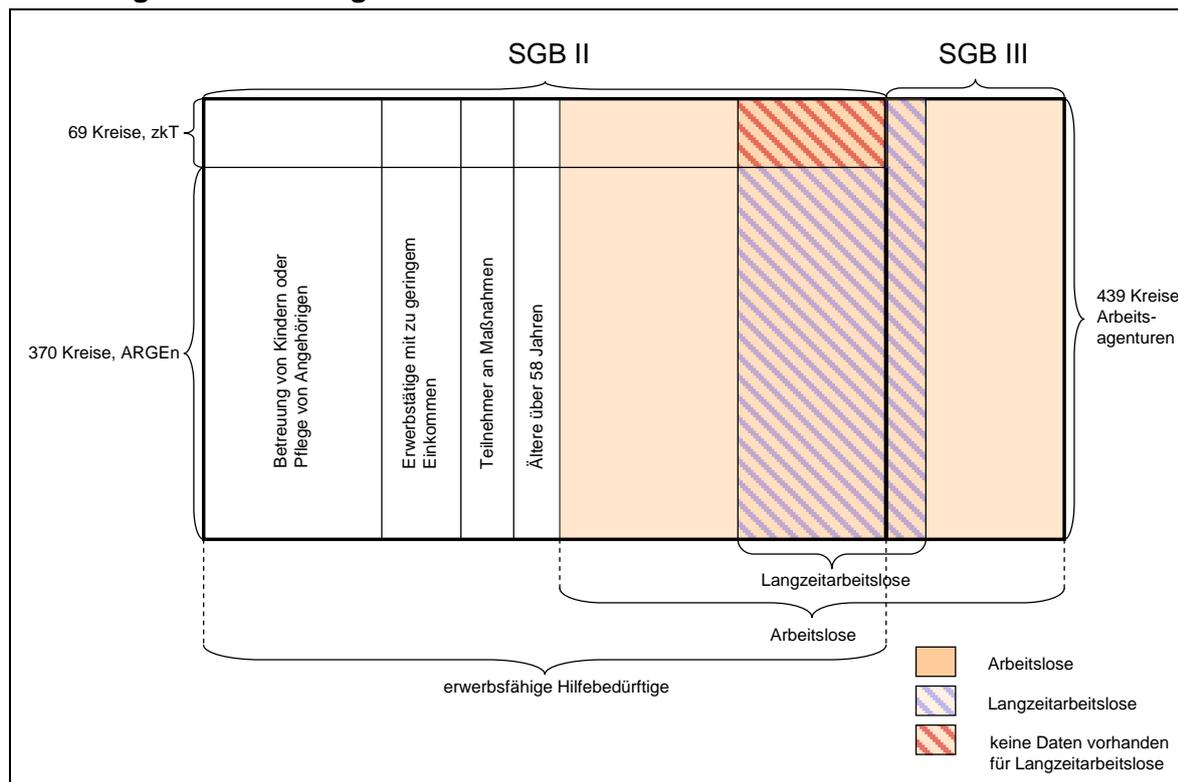
In diesem Abschnitt werden zunächst die grundlegenden Änderungen der Arbeitslosenstatistik seit dem Jahr 2005 dargelegt. Im Anschluss daran werden die einzelnen Komponenten zur Berechnung der Arbeitslosenquote erläutert. Am Ende des Abschnitts wird kurz beschrieben, welcher Personenkreis als arbeitslos gilt und somit in der Arbeitslosenstatistik nach dem Dritten Buch des Sozialgesetzbuches (im Folgenden kurz SGB III genannt) erfasst wird.

6.2.1 Änderung der Arbeitslosenstatistik ab dem Jahr 2005

Am 1. Januar 2005 wurde das **SGB II (Hartz IV)** eingeführt und damit die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt. Damit änderten sich die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik in Deutschland, da seither die Arbeitsagenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig sind, nämlich nur noch für Arbeitslose nach dem SGB III. Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II sind Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kommunen (ARGE) und 69 zugelassene kommunale Träger (zKT).

Zur Veranschaulichung der unterschiedlichen Zuständigkeiten in den Rechtskreisen des SGB II und SGB III soll die folgende Abbildung 13 dienen. In der linken Hälfte sind die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen dargestellt, die in den Rechtskreis des SGB II fallen. Die rechte Hälfte stellt den SGB-III-Rechtskreis dar. Die Arbeitslosen sind in der Abbildung farblich hervorgehoben. Etwa zwei Drittel von ihnen fallen unter das SGB II und nur ein Drittel unter das SGB III, wobei diese Anteile zeitlichen Schwankungen unterliegen (s. Abbildung 15, S. 86).

Abbildung 13
Zuständigkeiten von Trägern und Rechtskreisen



Quelle: Eigene Darstellung.

Im Rechtskreis des SGB II werden neben den Arbeitslosen, die ca. 45 Prozent aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ausmachen, weitere Personen betreut. Größtenteils sind dies Personen, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen müssen, Erwerbstätige, die nicht genug Geld für den eigenen Lebensunterhalt oder den ihrer Familie verdienen, Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und erwerbsfähige Hilfebedürftige, die älter als 58 Jahre sind, aber in der Statistik nicht als arbeitslos gezählt werden.

Ungefähr jeder dritte Arbeitslose ist langzeitarbeitslos (dargestellt durch den schraffierten Bereich), wobei in der Darstellung ersichtlich wird, dass rund 80 Prozent der Langzeitarbeitslosen im Rechtskreis des SGB II betreut werden und nur 20 Prozent unter das SGB III fallen.

Während regionale Daten für alle 439 Kreise zur Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB III aus dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit vorliegen, gibt es aus der gleichen Datenquelle nur für 370 Kreise Daten zur Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB II. Arbeitslose Personen, die im Rechtskreis des SGB II in den 69 Kreisen der zugelassenen kommunalen Träger betreut werden, werden in einer separaten Datenbasis erfasst.

Um jedoch trotz der unterschiedlichen Zuständigkeiten der Rechtskreise bei der Betreuung von Arbeitslosen die Vergleichbarkeit und Qualität der Arbeitslosenstatistik zu gewährleisten, wurde die Bundesagentur für Arbeit gesetzlich beauftragt, die bisherige Arbeitslosenstatistik einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende

weiterzuführen²⁴. Dafür liefern die zugelassenen kommunalen Träger Daten zur Arbeitslosigkeit im SGB II nach vereinbarten Datenstandards, die in der Arbeitslosenstatistik verwendet werden.

Die bis auf Gemeindeebene vorliegenden Arbeitslosenzahlen setzen sich somit ab dem Jahr 2005 aus folgenden drei Teilen zusammen:

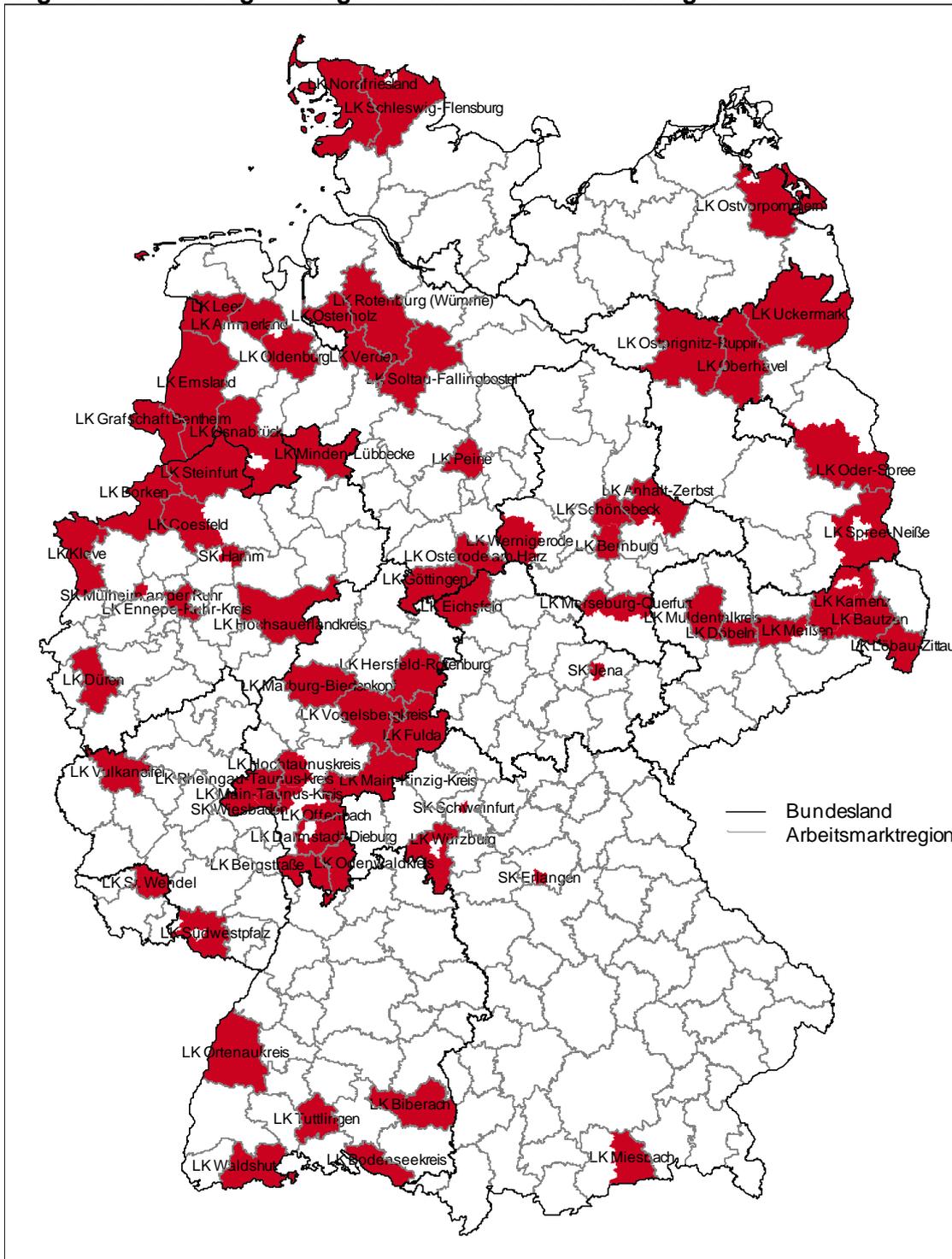
- den registrierten Arbeitslosen aus dem **IT-Fachverfahren** der Bundesagentur für Arbeit,
- den Zulieferungen **zugelassener kommunaler Träger** (zkT) und
- den **ergänzenden Schätzungen** der Bundesagentur für Arbeit, sofern keine plausiblen Daten der zugelassenen kommunalen Träger vorliegen.

Die Zahl der Arbeitslosen kann so auf Kreisebene auch nach Alter, Nationalität und Geschlecht ausgewiesen werden. **Die Langzeitarbeitslosigkeit kann** hingegen für die 69 Kreise mit zugelassenen kommunalen Trägern **nicht vollständig dargestellt werden**, da nur die Zahl der Langzeitarbeitslosen aus dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit zuverlässig vorliegt. Eine Zuschätzung für die rund 80 Prozent aller Langzeitarbeitslosen im SGB II ist auf dieser Basis mit zu wenig verwertbaren Meldungen von den zugelassenen kommunalen Trägern jedoch nicht möglich. Aus diesem Grund liegen für die 69 betroffenen Kreise keine Daten für die Zahl der Langzeitarbeitslosen im SGB II vor (s. rot schraffierten Bereich in Abbildung 13). Die betroffenen 69 Kreise verteilen sich über das gesamte Bundesgebiet. Dies ist in der nachfolgenden Abbildung 14 dargestellt.

Die Berechnung der Indikatoren für die letzte Neuabgrenzung der Fördergebiete bezog sich auf den Zeitraum bis 2005. Da bereits im November 2005 die Förderkulisse im Unterausschuss der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ festgelegt werden sollte und zu diesem Zeitpunkt eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2005 noch nicht verfügbar war, entschied man sich für eine „Notlösung“ zur Berechnung der Arbeitslosenquote im Jahr 2005. Die Datenlieferungen der kommunalen Träger waren in den ersten acht Monaten des Jahres 2005 noch unvollständig, so dass die Arbeitslosigkeit erst ab September 2005 annähernd vollständig abgebildet werden konnte. Aus diesem Grund wurde für die damalige Neuabgrenzung die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2005 aus den Monatswerten von September und Oktober 2005 berechnet und um eine Saisonkomponente bereinigt (s. Beschreibung in Schwengler et al. 2006: 16 ff.).

²⁴ Siehe § 53 i. V. m. § 51b SGB II und §§ 280 ff. SGB III.

Abbildung 14
Regionale Verteilung der zugelassenen kommunalen Träger



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Anfang des Jahres 2006 hat die Bundesagentur für Arbeit dann ihre monatlichen Arbeitslosenzahlen rückwirkend für das Jahr 2005 revidiert, um die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt für das Jahr 2005 vollständig darstellen zu können. Dafür wurden die bis dahin nur nachrichtlich veröffentlichten Korrekturwerte durch bessere Schätzungen ersetzt (Bundesagentur für Arbeit 2006a: 8). Diese aktuellen, revidierten und um die Schätzungen ergänzten und vervollständigten Arbeitslosenzahlen für das Jahr 2005 wurden in der vorliegenden Arbeit herangezogen.

6.2.2 Arbeitslosigkeit nach dem SGB III und SGB II

In der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit wird auch nach Einführung des SGB II Arbeitslosigkeit weiterhin gemäß § 16 Abs 2 des **SGB III** definiert. Danach zählt eine Person dann als arbeitslos, wenn sie

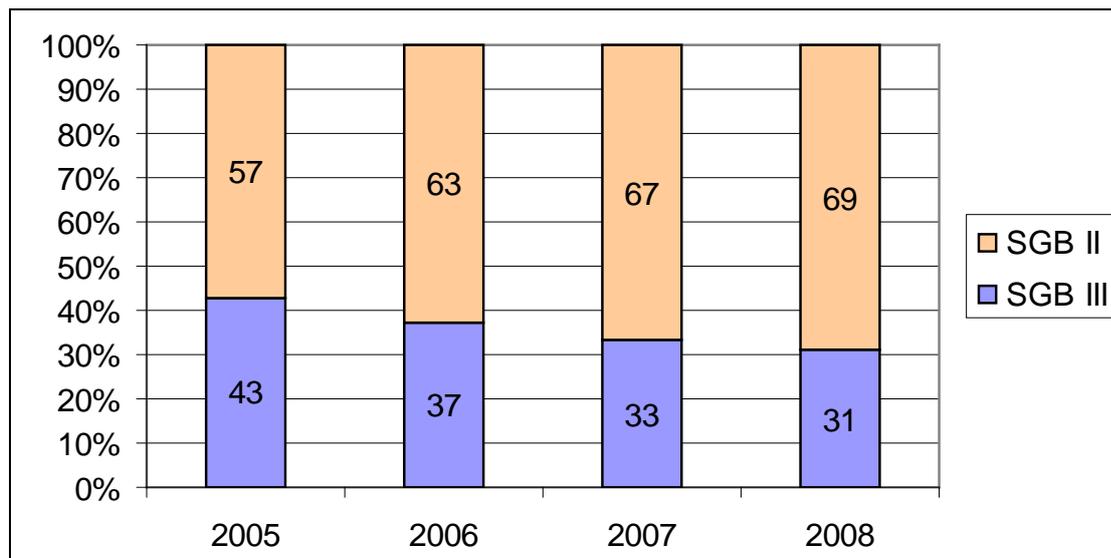
- vorübergehend keine Beschäftigung hat, die 15 Wochenstunden und mehr umfasst,
- eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden sucht,
- dem Arbeitsmarkt bzw. den Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit bzw. der Träger der Grundsicherung zur Verfügung steht und
- bei einer Arbeitsagentur bzw. einem kommunalen Träger persönlich arbeitslos gemeldet ist.

Diese Arbeitslosendefinition wird auch auf den Personenkreis des SGB II angewendet. Dies bedeutet, dass die meisten der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die bis 2004 Arbeitslosenhilfe bezogen haben, auch weiterhin in der Statistik als arbeitslose Personen gezählt werden ebenso wie arbeitslos gemeldete ehemalige Sozialhilfeempfänger. Daneben gibt es erwerbsfähige Hilfebedürftige im SGB II, die nicht als Arbeitslose in die Statistik eingehen. Größtenteils sind dies Personen, die

- entweder an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen,
- in einer Erwerbstätigkeit nicht genug für den eigenen und den Lebensunterhalt ihrer Familie verdienen,
- nicht erwerbstätig sein können, weil sie Kinder oder Angehörige betreuen bzw. pflegen müssen,
- noch Schüler sind oder
- älter sind als 58 Jahre.

Die größte Gruppe unter den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen stellen die Arbeitslosen mit rund 45 Prozent dar. Bezogen auf die Zahl der Arbeitslosen insgesamt haben sich die Anteile der beiden Rechtskreise seit 2005 verändert. Fielen im Jahr 2005 noch 43 Prozent aller Arbeitslosen unter den Rechtskreis des SGB III, so waren es 2008 weniger als ein Drittel (s. Abbildung 15). Dies hängt insbesondere mit der guten konjunkturellen Entwicklung von 2005 bis 2008 zusammen, die viele Arbeitslose im Rechtskreis des SGB III wieder in eine Beschäftigung führte.

Abbildung 15
Arbeitslose nach Rechtskreisen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

6.2.3 Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote

Die Bezugsgröße ist eine zweckgebundene Größe, die nur zur Berechnung der Arbeitslosenquote verwendet wird. Sie umfasst die Zahl der Erwerbspersonen. Man unterscheidet bei der Bezugsgröße zwei verschiedene Abgrenzungen: Arbeitslosenquoten können entweder auf die Zahl **aller zivilen Erwerbspersonen** oder aber auf die Zahl der **abhängigen zivilen Erwerbspersonen** bezogen werden. Die kleinere Bezugsgröße bildet die Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Sie setzt sich im Jahr 2008 zusammen aus der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich der Auszubildenden), der geringfügig Beschäftigten, der Personen in Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandsvariante), der Beamten, der auspendelnden Grenzarbeitnehmer sowie der Arbeitslosen. Die Zahl aller Erwerbspersonen enthält darüber hinaus noch die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die Bezugsgrößen werden von der Bundesagentur für Arbeit nur für Kreise und Agenturbezirke veröffentlicht, nicht jedoch auf Gemeindeebene, da schon für Kreise und Agenturbezirke einzelne Komponenten geschätzt werden müssen.

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die einzelnen Komponenten zur Berechnung der beiden Bezugsgrößen mit ihren Datenquellen und ihrer Aktualität:

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 30.06. des Vorjahres)
+	Geringfügig Beschäftigte (Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 30.06. des Vorjahres)
+	Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 30.06. des Vorjahres; ab Bezugsgröße 2007)
+	Beamte (ohne Soldaten) (Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes; Stichtag 30.06. des Vorjahres)
+	Auspendelnde Grenzarbeitnehmer (Zulieferung von statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundes- amt Deutschland, das Statistische Amt der Schweiz und die luxemburgische Sozialversicherungsaufsicht)
<hr/>	
=	Abhängige zivile Erwerbstätige
+	Arbeitslose (Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 30.06. des Vorjahres)
<hr/>	
=	Abhängige zivile Erwerbspersonen
+	Selbständige und mithelfende Familienangehörige (Zulieferung durch das Statistische Bundesamt: Mikrozensus)
<hr/>	
=	Alle zivilen Erwerbspersonen

Diese Nennerkomponenten stammen aus verschiedenen Datenquellen und weisen einen unterschiedlichen Zeitbezug auf:

- Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** sowie die Zahl der **geringfügig Beschäftigten** werden der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit entnommen, die alle Arbeitgebermeldungen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse enthält. Am 1. April 1999 wurde die Sozialversicherungspflicht auch für geringfügige Tätigkeiten eingeführt, so dass ab diesem Zeitpunkt auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten in der Beschäftigtenstatistik miterfasst und erstmals bei Berechnung der Arbeitslosenquote des Jahres 2000 in der Nennerkomponente verwendet wird. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten reduziert sich jedoch dann, wenn Personen doppelt erfasst werden, d. h. wenn geringfügig Beschäftigte auch gleichzeitig arbeitslos gemeldet sind. Da die Meldungen der Arbeitgeber zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nur mit einer gewissen Zeitverzögerung vorliegen, werden bei der Berechnung der Arbeitslosenquoten im Jahr i die Beschäftigtenzahlen vom Juni des Vorjahres ($i-1$) im Nenner verwendet.
- Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden ab dem Jahr 2005 für erwerbsfähige Hilfebedürftige zusätzliche Fördermöglichkeiten nach dem SGB II geschaffen, zu denen u. a. die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung zählen. Diese **Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („1-EURO-Jobs“)** werden in der Förderstatistik

der Bundesagentur für Arbeit erfasst. Es handelt sich hierbei um zusätzliche Arbeiten für erwerbsfähige Hilfebedürftige in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die im öffentlichen Interesse liegen. Die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erhalten zusätzlich zum Arbeitslosengeld II eine Entschädigung für diese Mehraufwendungen. Diese Personen sind jedoch weder in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch in der Zahl der Arbeitslosen enthalten. Sie wurden erstmals in die **Bezugsgröße 2007** miteinbezogen und erhöhen diese um ca. 290.000 Personen bzw. um 0,7 Prozent. Eine frühere Berücksichtigung, d. h. in der Bezugsgröße 2006, war nicht möglich, da auf regionaler Ebene zu dem Zeitpunkt noch keine vollständigen Daten vorlagen.

- Die Zahl der **Beamten** stammt aus der Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes und wird auf Gemeindeebene vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt.
- Die Zahl der **auspendelnden Grenzarbeitnehmer** wurde für die **Bezugsgröße 2006** und für frühere Jahre Sonderauswertungen der Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Diese Daten waren geschätzt und lagen nicht für alle Regionen vor. Für die **Bezugsgröße 2007** wurde daher vollständig auf diese Komponente in der Berechnung der Bezugsgröße verzichtet, was die Bezugsgröße um 0,08 Prozent reduzierte. In der **Bezugsgröße 2008** wurden knapp 99.000 Grenzpendler berücksichtigt, weil erstmals hinreichend gesicherte Daten auf Kreis- bzw. Gemeindeebene vorlagen (Bundesagentur für Arbeit 2007a, 2007b, 2008a). Eine ausführliche Beschreibung zu den Grenzpendlern und ihren Datenquellen findet sich in Kapitel 6.4.
- Die Zahl der **Arbeitslosen** in der Bezugsgröße stammt aus der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit und bezieht sich wie die Zahl der sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten auf den 30.06. des Vorjahres.
- Die Zahl der **Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen** wird dem Mikrozensus²⁵ entnommen. Sie liegt nur auf Länderebene vor und muss daher über einen Verteilungsschlüssel regionalisiert werden. Bis 2006 erfolgte die Regionalisierung über eine Auswahl von Kleinbetrieben aus der Beschäftigtenstatistik. Seit 2007 wird die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen anhand der Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, geringfügig Beschäftigten und Arbeitslosen regionalisiert (Bundesagentur für Arbeit 2007b, 2008a).

Die Arbeitslosenquote auf Basis **aller zivilen Erwerbspersonen** ist seit **1994 für Länder** verfügbar und **seit 1997 auch auf Kreisebene und für die Bezirke der Arbeitsämter bzw. Arbeitsagenturen**. Sie wird damit in Anlehnung an die Abgren-

²⁵ Der Mikrozensus ist eine jährlich in Deutschland durchgeführte repräsentative amtliche statistische Erhebung, bei der Daten zur Bevölkerungsstruktur, zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, zum Arbeitsmarkt sowie zu Wohnverhältnissen und zur Gesundheit erhoben werden. Im Rahmen des Mikrozensus wird jedes Jahr ein Prozent der Privathaushalte in Deutschland befragt. Die Haushalte werden dabei nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und in der Regel in vier aufeinanderfolgenden Jahren befragt (Statistisches Bundesamt Deutschland 2009).

zung der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Europäischen Kommission berechnet. Dies ist jedoch nur für die Arbeitslosen insgesamt möglich. Regionale Arbeitslosenquoten nach Geschlecht (Männer, Frauen), Altersgruppen und Nationalität (Deutsche, Ausländer) konnten bisher nur auf Basis der **abhängigen zivilen Erwerbspersonen** berechnet werden. Lediglich für das Bundesgebiet und die Bundesländer lagen Arbeitslosenquoten für Männer und Frauen seit 1995 auch auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen vor. Ab dem Jahr **2009** werden auch die Bezugsgrößen für die **Personengruppen** nach Geschlecht, Alter und Nationalität auf die Basisquote für **alle zivilen Erwerbspersonen** umgestellt.

6.3 Schätzverfahren zur Berechnung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in den Arbeitsmarktregionen Sachsen-Anhalts und Sachsens

Bei der Berechnung des Beschäftigungsgrads am Wohnort in den Arbeitsmarktregionen wird der Nenner von der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter gebildet. Während die Zahl der Wohnbevölkerung für alle Gemeinden Deutschlands ausgewiesen wird, ist die Bevölkerung nach Altersgruppen regional hingegen nur für die Kreisebene verfügbar. Folglich liegen Zahlen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d. h. für Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die zur Berechnung des Beschäftigungsgrads herangezogen werden, auch nur für Kreise vor. Da sich aber seit den Kreisgebietsreformen in Sachsen-Anhalt (zum 1. Juli 2007) und in Sachsen (zum 1. August 2008) die neuen Kreise zum Teil mit den Arbeitsmarktregionen überschneiden, musste für die betroffenen Arbeitsmarktregionen auf Näherungsverfahren zurückgegriffen werden.

In Sachsen-Anhalt wird die Zahl der erwerbsfähigen Personen auf Gemeindeebene geschätzt und diese Zahlen anschließend zu Arbeitsmarktregionen aggregiert. Der Schätzung wurde die Annahme zu Grunde gelegt, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung auf Gemeindeebene genauso groß ist wie im Landkreis, dem die Gemeinde zugeordnet ist. Auf diese Weise wurde für jede Gemeinde in den betroffenen Arbeitsmarktregionen die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter geschätzt. Im nächsten Schritt wurden dann die Werte für die Arbeitsmarktregionen aus diesen Gemeindewerten berechnet. Von dieser Schätzung sind die Werte des Beschäftigungsgrads in den Arbeitsmarktregionen Sachsen-Anhalts in den Jahren 2007 und 2008 betroffen.

Im Unterschied zur Gebietsreform in Sachsen-Anhalt wurden bei der Kreisgebietsreform in Sachsen die neuen Kreise durch Zusammenlegung mehrerer alter Kreise gebildet. Auch wenn sich die neuen Kreisgrenzen und die Grenzen der Arbeitsmarktregionen teilweise überschneiden, ermöglicht dies ein einfacheres Schätzverfahren als in Sachsen-Anhalt. Zunächst wurde für den Bevölkerungsstand am 31.12.2007 für jeden alten Kreis i berechnet, welcher Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung des neuen Kreises j , dem der alte Kreis i nach der Kreisgebietsreform angehört, im alten Kreis i lebt. Unter der Annahme, dass dieser Anteil stabil bleibt,

wurde in einem nächsten Schritt dann die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter des alten Kreises i für den 31.12.2008 berechnet:

$$Wohnbev(15-64)_i^{2008} = \frac{Wohnbev(15-64)_i^{2007}}{Wohnbev(15-64)_j^{2007}} \cdot Wohnbev(15-64)_j^{2008} \quad (8)$$

Aus diesen geschätzten Werten für die alten Kreise wurde dann die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in den einzelnen Arbeitsmarktregionen Sachsens durch Summenbildung berechnet.

6.4 Datenquellen für Grenzpendler

Da von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit Grenzpendlerzahlen nur für die Jahre 2007 und 2008 geliefert werden können, wurde nach alternativen Datenquellen für frühere Jahre gesucht. Es gibt weitere Institutionen, wie z. B. das Statistische Bundesamt, die EURES-Grenzregionen oder auch die Statistikämter der deutschen Nachbarländer, die über Zahlen zu Grenzpendlern verfügen. Allerdings stehen diese Daten meist nicht in der erforderlichen regionalen Tiefe und wiederum nicht lückenlos für alle Jahre zur Verfügung. Eine genaue Dokumentation der verfügbaren Datenquellen findet sich in den folgenden Abschnitten.

6.4.1 Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Das Statistische Bundesamt erfasst Grenzpendler nur im Rahmen des Mikrozensus. Daten zum Pendlerverhalten werden dabei im Vier-Jahres-Rhythmus erhoben. Das letzte Mal war das Pendlerverhalten im Jahr 2008 Teil des Fragenkatalogs. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung standen allerdings nur Daten aus dem Jahr 2004 zur Verfügung.

Wie aus Tabelle 21 ersichtlich ist, werden Auslandspendler dabei nur auf Bundeslandebene ausgewiesen. Zudem sind nicht für alle Bundesländer entsprechende Daten vorhanden, da teilweise die Zahlenwerte zu unsicher waren. Um die Auslandspendler bei der Berechnung des Beschäftigungsgrads am Wohnort berücksichtigen zu können, müssten diese auf Kreisebene vorliegen. Regional ist der Mikrozensus auf Grund der Datenschutzrichtlinien allerdings nur auf Länderebene, evtl. noch auf Ebene der Bezirke auswertbar. Für eine Sonderauswertung auf Kreisebene ist die statistische Masse nicht ausreichend.

Tabelle 21
Auslandspendler im Mikrozensus 2004

Herkunftsbundesland	Berufspendler ins Ausland	Ausbildungspendler ins Ausland
Baden-Württemberg	50.000	7.000
Bayern	26.000	6.000
Niedersachsen	13.000	k. A.
Nordrhein-Westfalen	32.000	k. A.
Rheinland-Pfalz	22.000	k. A.
Nordrhein-Westfalen	k. A.	10.000
Deutschland	176.000	36.000

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland 2005.

6.4.2 Datenquelle: Statistische Ämter der Nachbarstaaten Deutschlands

Weitere Datenquellen für Grenzpendlerzahlen sind einzelne statistische Ämter der Nachbarstaaten Deutschlands, die Grenzpendlerzahlen erheben oder schätzen. Das Problem bei diesen Datenquellen ist, dass nicht alle statistischen Ämter der deutschen Nachbarstaaten diese Zahlen erheben (so liegen beispielsweise in Dänemark oder Österreich keine Zahlen vor). Auch sind die Zahlen häufig schon nicht mehr auf dem aktuellsten Stand.

Statistisches Bundesamt der Schweiz

Über die ausführlichste Dokumentation in Bezug auf Grenzgänger verfügt das Statistische Bundesamt der Schweiz. Dieses gibt Zahlen zu Grenzgängern für jedes Quartal seit Anfang 1999 aus. Die Zahlen liegen aktuell bis zum zweiten Quartal 2008 vor. Die Zahl der Grenzgänger auf nationaler Ebene beruht dabei auf einer Hochrechnung an Hand der Stichprobendaten der dortigen Schweizer Beschäftigtenstatistik. Innerhalb der Schweiz ist die Zahl der Grenzgänger auch auf Ebene der Kantone verfügbar. Was die Herkunft der Grenzgänger betrifft, ist allerdings nur die Nationalität bekannt; die Grenzgängerzahlen liegen also nur auf nationalstaatlicher Ebene vor. Im zweiten Quartal 2008 pendelten nach den Angaben des Statistischen Bundesamts der Schweiz 44.073 deutsche Arbeitnehmer in die Schweiz. Allerdings kann diese Zahl auf Grund der fehlenden regionalen Tiefe nicht zur Berechnung des Beschäftigungsgrads herangezogen werden.

Centraal Bureau voor de Statistiek (Niederlande)

Daneben verfügt das Statistikamt der Niederlande über Zahlen zu Grenzpendlern, allerdings nur bis zum Jahr 2005. Auch in dieser Statistik steht der Herkunftsort der Grenzpendler nur auf nationalstaatlicher Ebene zur Verfügung. Nach Angaben des Centraal Bureau voor de Statistiek pendelten somit im Jahr 2005 15.130 Grenzgänger aus Deutschland zur Arbeit in die Niederlande. Auf Grund der fehlenden regionalen Zuordnung zu Kreisen können allerdings auch diese Zahlen nicht weiter verwendet werden.

Statistikamt Dänemark

Das Statistikamt Dänemarks selbst erhebt keine Daten zu deutschen Einpendlern nach Dänemark. Es existiert aber eine Schätzung, wie hoch die Zahl der Einpendler von Deutschland nach Dänemark ist und wie sie sich von 1998 bis 2005 entwickelt hat. So pendelten im Jahr 1998 nach Buch et al. (2008) 1.013 Personen von der deutschen Grenzregion (Landkreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland) nach Dänemark, im Jahr 2005 waren es mit einer Zahl von 2.589 mehr als doppelt so viele. Die Zahl der Auspendler von Dänemark nach Deutschland liegt dieser Schätzung zu Folge im Jahr 2005 bei 536 Personen.

6.4.3 Datenquelle: EURES-Regionen

Weitere Datenquellen für Grenzpendler sind die grenzüberschreitenden EURES-Regionen. Die Abkürzung EURES steht dabei für EUROpean Employment Services und bezeichnet ein Kooperationsnetz, dessen Ziel es ist, (grenzüberschreitende)

Mobilität bei Arbeitnehmern im europäischen Wirtschaftsraum (einschließlich der Schweiz) zu fördern und zu unterstützen. Partner des Kooperationsnetzes sind Arbeitsverwaltungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. In Deutschland gibt es neun grenzüberschreitende EURES-Regionen (s. Abbildung 16), die teilweise über Datenmaterial zu Grenzgängern verfügen. Die verfügbaren Daten sind in nachfolgender Tabelle 22 dargestellt.

Tabelle 22
Grenzpendler auf Basis der EURES-Regionen

Gesamtregion	Teilregion	Grenze zu	Einpendler nach Deutschland	Auspendler aus Deutschland	Jahr
Bodensee*		Schweiz	591	11.938	2007
Bodensee*		Österreich	861	700	2006
Bodensee*		Liechtenstein	k. A.	439	2006
Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie**	Saarland	Luxemburg	52	5.300	2006
Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie***	Rheinland-Pfalz	Luxemburg	120	17.240	2005
Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie**	Saarland	Frankreich	20.461	1.000.	2006
Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie***	Rheinland-Pfalz	Frankreich	2.300	k. A.	2005
Oberrhein****	Baden	Frankreich	25.000	300	2006
Oberrhein****	Baden	Schweiz	600	27.500	2006
Oberrhein****	Südpfalz	Frankreich	3.300	100	2006
EURES Bayern-Tschechien*****		Tschechien	3.842	490	2006

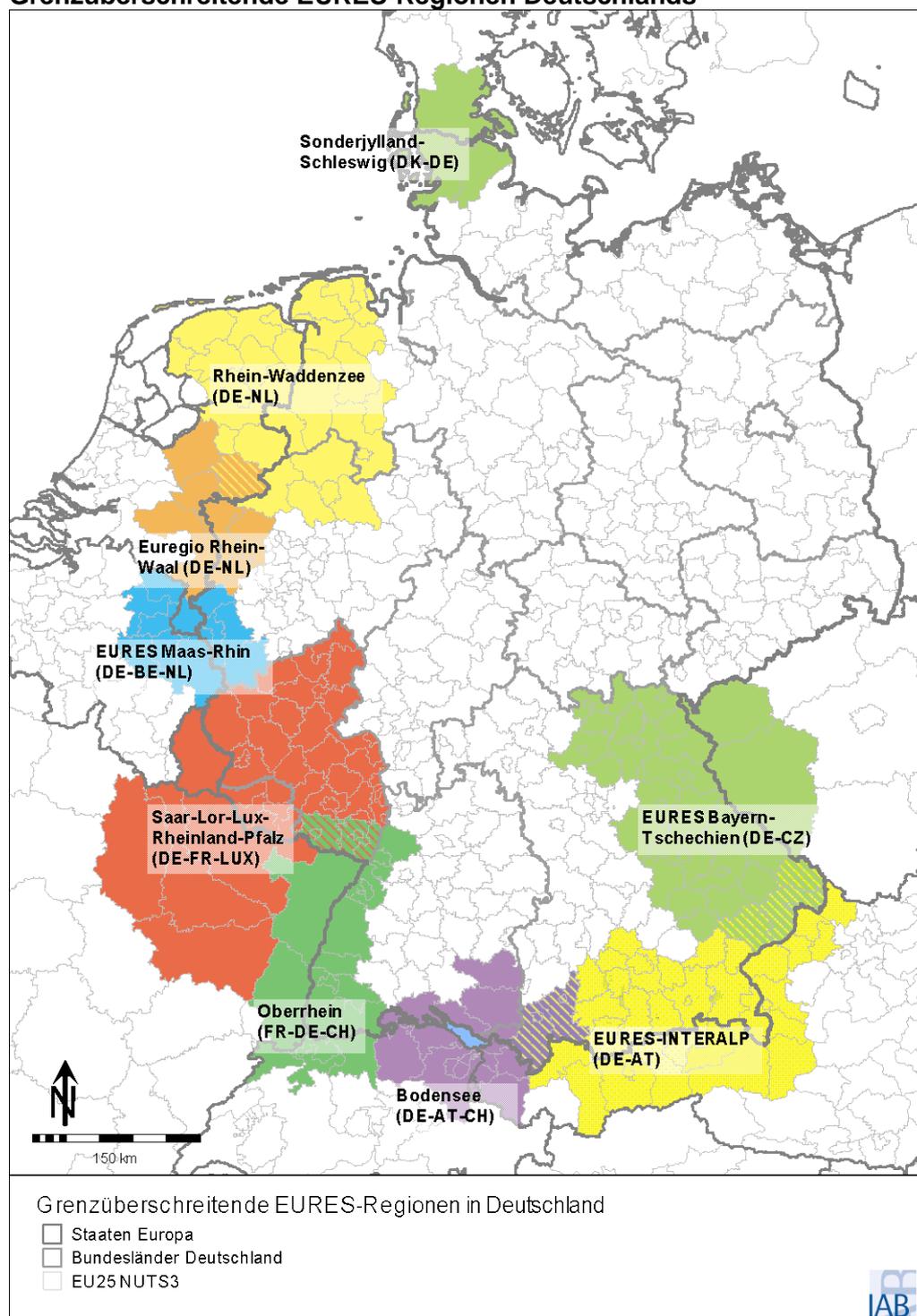
Quellen: * translake GmbH (2008); ** Statistisches Amt Saarland (2008); *** Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie (2005); **** Deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz (2008); ***** Europäische Kommission (2006).

Diese Daten beziehen sich auf die in der Abbildung 16 dargestellten Regionen und stellen somit nur die Pendlerverflechtungen in diesen abgegrenzten Gebieten dar. Grenzpendler, die nicht aus der EURES-Region stammen und trotzdem im Ausland arbeiten, werden nicht erfasst. Da EURES-Regionen aber gerade zu dem Zweck eingerichtet sind, Arbeitnehmer, die im Nachbarland arbeiten, zu unterstützen, und Pendlerbeziehungen vorrangig zwischen benachbarten Regionen bestehen, ist zu erwarten, dass nur ein kleiner Teil von Grenzpendlern unberücksichtigt bleibt.

Eine Schwachstelle der Daten ist allerdings, dass wiederum keine Auspendlerzahlen auf Kreisebene zur Verfügung stehen. Die grenzüberschreitenden EURES-Regionen bestehen aus mehreren Kreisen bzw. NUTS-3-Regionen und die Pendlerzahlen werden meist nur für die gesamte EURES-Region ausgewiesen. Teilweise sind einzelne Kreise sogar mehreren EURES-Regionen zugeordnet.

Aus diesen Gründen stehen auch für die kleinräumigen EURES-Regionen keine Pendlerzahlen auf Kreisebene zur Verfügung und müssten aus den vorhandenen Daten geschätzt werden. Eine weitere Schwierigkeit ist hierbei allerdings, dass die Daten für die einzelnen Regionen nicht mit der gleichen Aktualität zur Verfügung stehen. So gibt es für die Teilregion Rheinland-Pfalz beispielsweise nur Daten aus dem Jahr 2005, für die Region Oberrhein dagegen stammen die Daten aus dem Jahr 2006 (s. Tabelle 22).

Abbildung 16
Grenzüberschreitende EURES-Regionen Deutschlands



Quelle: Eigene Darstellung.

6.5 Methodisches Vorgehen zur Berechnung des Fernpendleranteils in den Arbeitsmarktregionen

Mit den Arbeitgebermeldungen zur Sozialversicherung liegen für jeden einzelnen Beschäftigten Informationen über seinen Wohn- und Arbeitsort vor. Aus diesen Angaben lässt sich eine Pendlermatrix (s. Tabelle 23) erstellen, die die Pendlerströme aller in Deutschland arbeitenden Personen abbildet. Die Pendlermatrix nimmt dabei folgenden Aufbau an: In jeder Zeile werden die Arbeitsorte aller Beschäftigten eines Wohnortes aufgelistet und in jeder Spalte die Wohnorte der Beschäftigten eines Arbeitsortes:

Tabelle 23
Pendlermatrix

Arbeitsort \ Wohnort	1	2	3	...	n
1	x_{11}	x_{12}	x_{13}		x_{1n}
2	x_{21}	x_{22}	x_{23}		x_{2n}
3	x_{31}	x_{32}	x_{33}		x_{3n}
...					
m	x_{m1}	x_{m2}	x_{m3}		x_{mn}

Zur Berechnung der Fernpendlerzahlen wird auf die Pendlermatrix für Kreise zurückgegriffen. Die so gewonnenen Fernpendlerzahlen für die Kreise werden dann im Anschluss für die Arbeitsmarktregionen aggregiert.

Sowohl bei den Arbeitsmarktregionen als auch bei den Kreisen handelt es sich um Regionen mit zum Teil beträchtlicher räumlicher Ausdehnung, innerhalb derer die Bevölkerung nicht gleichmäßig verteilt ist, sondern sich in zahlreichen kleineren und größeren Gemeinden konzentriert. Deshalb können die Reisezeiten zwischen den Kreisen bzw. Arbeitsmarktregionen nicht über einfache Distanzabschätzungen zwischen den zugehörigen Flächen- oder Bevölkerungsschwerpunkten mit der erforderlichen Genauigkeit gewonnen werden. Aus diesem Grund wird eine gewichtete Reisezeit zwischen den Kreisen ermittelt, die der komplexen räumlichen Verteilung der Wohngemeinden der Beschäftigten, dem vorhandenen Verkehrsnetz mit den entsprechenden Geschwindigkeiten und der räumlichen Verteilung der Arbeitsorte gerecht wird. Inwieweit ein Pendlerstrom zwischen zwei Kreisen den Fernpendlern zuzuordnen ist, wird dann über die berechnete mittlere Reisezeit²⁶ zwischen den Kreisen bestimmt.

²⁶ Die Angaben zu den Reisezeiten stammen aus den Daten des Verkehrsnetzes und beziehen sich auf PKW-Reisezeiten. Hierbei wird je nach Straßentyp eine unterschiedliche durchschnittliche Geschwindigkeit angesetzt.

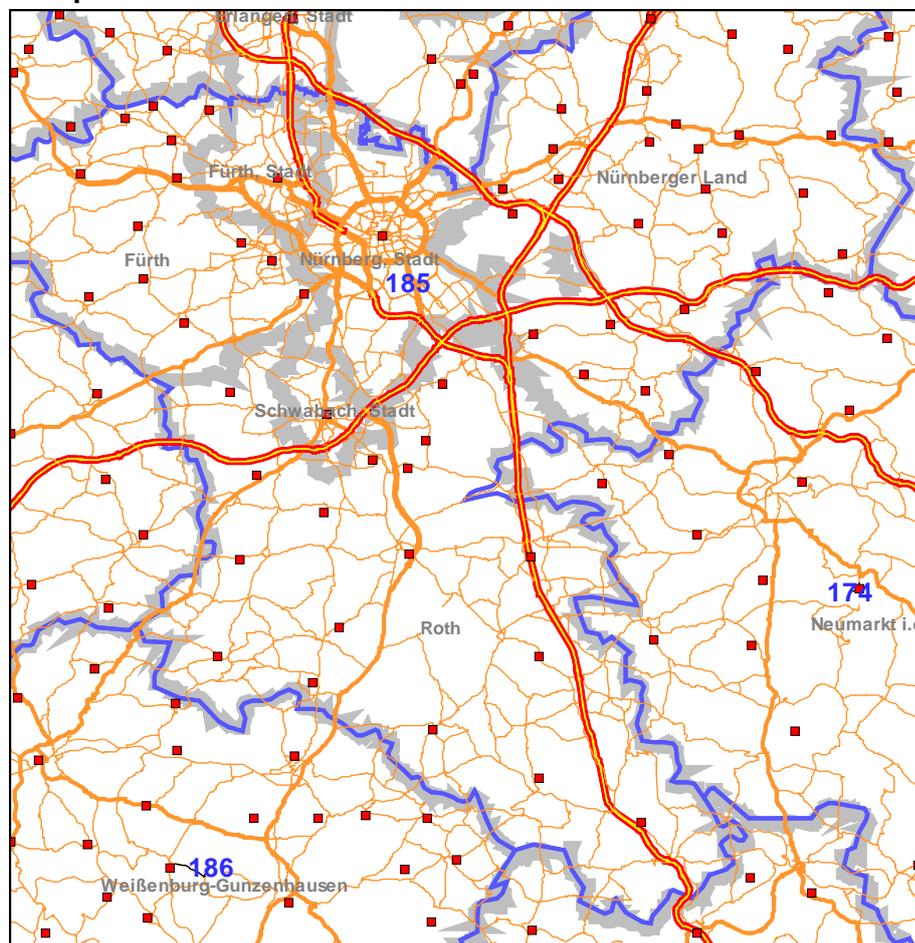
6.5.1 Berechnung der mittleren Reisezeit zwischen den Kreisen

Die Ermittlung der mittleren Reisezeit t_{ij} zwischen den Kreisen i und j erfolgt über eine Gewichtung der Reisezeiten $t_{\alpha\beta}$ zwischen den Gemeinden α des Kreises i und β des Kreises j . Die Gewichtung der einzelnen Reisezeiten $t_{\alpha\beta}$ erfolgt über die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter, die in den beiden Gemeinden leben (n_α bzw. n_β), gemäß

$$t_{ij} = \frac{\sum_{\substack{\alpha \in i \\ \beta \in j}} n_\alpha n_\beta t_{\alpha\beta}}{\sum_{\substack{\alpha \in i \\ \beta \in j}} n_\alpha n_\beta} \quad (9)$$

(s. Binder 2007: 163 ff.). Die Berechnung der Reisezeiten zwischen den rund 13.000 Gemeinden Deutschlands erfolgt auf Basis des Überlandverkehrsnetzes unter Berücksichtigung der jeweils schnellsten Route zwischen den Gemeindegewerkschwerpunkten. Als Gemeindegewerkschwerpunkte werden die Bevölkerungsschwerpunkte zugrunde gelegt. In Abbildung 17 sind beispielhaft für die Arbeitsmarktreion Nürnberg die Gemeindegewerkschwerpunkte und das verwendete Straßennetz abgebildet. Dies gibt einen Eindruck über die Komplexität der Berechnung der Reisezeiten und der Pendlerströme, die zur Ermittlung der Zahl der Fernpendler benötigt werden.

Abbildung 17
Kartenausschnitt zur Berechnung der Reisezeiten für die Abgrenzung von Fernpendlern



Die Zahl der Fernpendler im Kreis i wird anschließend wie folgt für die beiden Varianten mit 45 bzw. 60 Minuten Reisezeit berechnet:

Liegt die mittlere Reisezeit zwischen zwei Kreisen über 45 Minuten, so werden alle Personen, die zwischen diesen beiden Kreisen pendeln, als Fernpendler eingestuft. Summiert man alle Pendlerströme auf, die aus dem Kreis i in diejenigen Kreise j führen, die weiter als 45 Minuten entfernt liegen, so erhält man die Anzahl der Fernpendler aus dem Kreis i :

$$F_i^{out}(t > 45 \text{ min}) = \sum_{j, j \neq i} F_{ij}(t_{ij} > 45 \text{ min}) \quad (10)$$

Analog wird die Zahl der Fernpendler mit einer Pendeldistanz über 60 Minuten bestimmt:

$$F_i^{out}(t > 60 \text{ min}) = \sum_{j, j \neq i} F_{ij}(t_{ij} > 60 \text{ min}) \quad (11)$$

6.5.2 Ermittlung des Fernpendleranteils für die Arbeitsmarktregionen

Die Anzahl an Fernpendlern²⁷ $F_m^{out}(t > 45 \text{ min})$ der Arbeitsmarktregion m mit einer einfachen Reisezeit größer als 45 Minuten ergibt sich damit näherungsweise aus den Pendlerströmen $F_{ij}(t_{ij} > 45 \text{ min})$ zwischen den Kreisen i, j gemäß

$$F_m^{out}(t > 45 \text{ min}) = \sum_{n \neq m} \sum_{\substack{i \in m \\ j \in n \\ j \neq i}} F_{ij}(t_{ij} > 45 \text{ min}) \quad (12)$$

Dementsprechend berechnet sich der Fernpendleranteil als Zahl der Fernpendler der Arbeitsmarktregion m dividiert durch die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten B_m am Wohnort in der betrachteten Arbeitsmarktregion m gemäß:

$$\text{Fernpendleranteil} = \frac{F_m^{out}(t > 45 \text{ min})}{B_m} \quad (13)$$

bzw.

$$\text{Fernpendleranteil} = \frac{\text{Fernpendler}}{\text{sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort}} \quad (14)$$

Durch die Änderung der Kreiszuschnitte im Rahmen der Kreisgebietsreformen in Sachsen-Anhalt am 1. Juli 2007 und in Sachsen am 1. August 2008 können die

²⁷ Dies ist die Anzahl an Beschäftigten, die in der Arbeitsmarktregion m wohnen, in einer anderen Arbeitsmarktregion n arbeiten und dabei einfache Reisezeiten größer als 45 Minuten zurücklegen. Pendler innerhalb einer AMR (Binnenpendler) werden nicht zu den Fernpendlern gezählt.

Pendlerzahlen zwischen den betrachteten Kreisen nicht wie vor der Kreisgebietsreform aggregiert werden. Aus diesem Grund muss die nicht mehr kreisscharfe Verteilung der Wohn- und Arbeitsplätze über eine gewichtete Aggregation angemessen berücksichtigt werden. Hierzu wurde von STASA eine Verteilungsmatrix für die betroffenen Kreise und Arbeitsmarktregionen erstellt, wobei die Gewichtungsfaktoren a_{ij} über die Anteile der Einwohner näherungsweise ermittelt wurden, entsprechend

$$F_m^{out}(t > 45 \text{ min}) = \sum_{n \neq m} \sum_{\substack{i \in m \\ j \in n \\ j \neq i}} a_{ij} F_{ij}(t_{ij} > 45 \text{ min}) \quad (15)$$

Die Zahl der Fernpendler von Kreis i in Kreis j wird mit einem entsprechenden Gewichtungsfaktor einer Arbeitsmarktregion m zugeschlagen. Einen Ausschnitt der Verteilungsmatrix a_{ij} enthält die nachfolgende Tabelle 24:

Tabelle 24
Ausschnitt der Verteilungsmatrix für die Kreise in Sachsen-Anhalt

Kreis	AMR	228	229	230	231	232	233	234	235	236	237	238	239	240
		Salz- wedel	Stendal	Burg	Magde- burg	Halber- stadt	Staßfurt	Schöne- beck	Dessau	Witten- berg	Sanger- hausen	Halle	Bitterfeld	Naum- burg
15001	Dessau-Roßlau, Stadt								1,00					
15002	Halle (Saale), Stadt											1,00		
15003	Magdeburg, Landeshauptstadt				1,00									
15081	Altmarkkreis Salzwedel	1,00												
15082	Anhalt-Bitterfeld							0,00	0,48				0,52	
15083	Börde				1,00									
15084	Burgenland													1,00
15085	Harz					0,97	0,03							
15086	Jerichower Land			0,95					0,05					
15087	Mansfeld-Südharz										1,00			
15088	Saalekreis											0,37		0,63
15089	Salzland						0,39	0,61						
15090	Stendal		1,00											
15091	Wittenberg								0,17	0,83				

Quelle: Eigene Berechnung.

Literatur

Bach, Stefan; Kloas, Jutta; Kuhfeld, Hartmut (2007): Wem nützt die Entfernungspauschale? In: Informationen zur Raumentwicklung 2/3.2007, S. 201–209.

Behnen, Tobias; Ott, Erich (2006): Arbeitskräftemobilität – Fernpendler und ihre Lebenssituation. In: Leibniz-Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – Arbeit und Lebensstandard. S. 56–59.

Binder, Jan (2007): Modellierung von Pendlerströmen und Pendlerstromänderungen über ein nichtlineares Entscheidungsmodell basierend auf dem Mastergleichungsansatz. Diss. Universität Stuttgart. Sierke Verlag. Göttingen.

Binder, Jan; Schwengler, Barbara (2006): Korrekturverfahren zur Berechnung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze. IAB-Discussion Paper 4/2006.

Binder, Jan; Schwengler, Barbara (2006): Neuer Gebietszuschnitt der Arbeitsmarktregionen im Raum Berlin und Brandenburg – Kritische Überprüfung der bisher gültigen Arbeitsmarktregionen und Vorschläge für einen Neuzuschnitt. IAB-Forschungsbericht 4/2006.

- Bogai, Dieter; Hirschenauer, Franziska (2006): Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf. In: Leibnizinstitut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Arbeit und Lebensstandard. Leipzig.
- Buch, Tanja; Niebuhr, Annekatri; Schmidt, Torben Dall; Stuwe, Mark (2008): Grenzpendeln in der deutsch-dänischen Grenzregion. Entwicklung und Struktur 1998-2005. IAB-Regional 04/2008.
- Bundesagentur für Arbeit (2006a): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Januar 2006.
- Bundesagentur für Arbeit (2006b): Arbeitsmarkt 2005: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. 54. Jahrgang, Sondernummer, Nürnberg, 24. August 2006.
- Bundesagentur für Arbeit (2007a): Ermittlung der Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquoten. Dokumentation für das Jahr 2006. Stand: 25.05.2007.
- Bundesagentur für Arbeit (2007b): Ermittlung der Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquoten 2007. Stand: 01.06.2007.
- Bundesagentur für Arbeit (2007c): Arbeitsmarkt 2006. Arbeitsmarktanalyse für Deutschland, Ost- und Westdeutschland. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. 55. Jahrgang, Sondernummer 1. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2008a): Dokumentation „Bezugsgröße 2008“. Stand: 13.07.2009.
- Bundesagentur für Arbeit (2008b): Arbeitsmarkt 2007. Arbeitsmarktanalyse für Deutschland, West- und Ostdeutschland. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. 56. Jahrgang, Sondernummer 2. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2008c): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Dezember und das Jahr 2008. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2009a): Arbeitslosenstatistik: Erweiterung der Berichterstattung über Arbeitslosenquoten. Methodenbericht. Januar 2009. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2009b): Dokumentation „Bezugsgröße 2009“. Stand: 13.07.2009.
- Bundesagentur für Arbeit (2009c): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Juli 2009. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2009d): Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Kurzarbeit, Nürnberg Oktober 2009. Stand: 06.11.2009
- Crimmann, Andreas; Wießner, Frank (2009): Wirtschafts- und Finanzkrise: Verschonung dank Kurzarbeit. IAB-Kurzbericht 14/2009.
- Deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz (2008): Oberrhein. Zahlen und Fakten 2008. Kehl.
- Döll, Sebastian (2009): Pendelmuster in Sachsen. In: ifo Dresden berichtet, 1/2009, S. 41–45.
- Eckey, Hans-Friedrich; Kosfeld, Reinhold; Türck, Matthias (2006): Abgrenzung deutscher Arbeitsmarktregionen. In: Raumforschung und Raumordnung 64, 4, 299–309.
- Einig, Klaus; Pütz, Thomas (2007): Regionale Dynamik der Pendlergesellschaft. Entwicklung von Verflechtungsmustern und Pendeldistanzen. In: Informationen zur Raumentwicklung, 2/3/2007, S. 73–91.

- Europäische Kommission (2006): EURES in Grenzregionen: Bayern – Tschechien. Online verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eures/main.jsp?lang=de&acro=eures&catId=56&parentCategory=&orgId=3210> [Stand: 01.04.2009].
- Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris (2005): Langfristprojektion bis 2050: Dramatischer Rückgang der Bevölkerung im Osten. IAB-Kurzbericht 19/2005.
- Fuchs, Johann; Weber, Brigitte (2004): Frauen in Ostdeutschland: Erwerbsbeteiligung weiterhin hoch. IAB-Kurzbericht 4/2004.
- Granato, Nadia; Niebuhr, Annetrin (2009): Arbeitskräftewanderungen in Deutschland. Humankapitalverlust ostdeutscher Regionen? IAB-Kurzbericht 7/2009.
- Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie (Hrsg.) (2005): Berufspendler 2005. Online verfügbar unter: <http://www.grossregion.lu/pages/StatTemplate.aspx?view=stat&id=526> [Stand: 19.02.2009].
- Haag, Günther; Binder, Jan; Koller, Martin; Schwengler, Barbara (2002): Gutachten zur Überprüfung der Fördergebiete – Teil 1. IAB-Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", Stuttgart/Nürnberg.
- Haas, Anette; Hamann, Silke (2008): Pendeln – ein zunehmender Trend, vor allem bei Hochqualifizierten. IAB-Kurzbericht 6/2008.
- Ifo Institut für Wirtschaftsforschung (2009): Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009: Zögerliche Belebung – steigende Staatsschulden. Ifo Schnelldienst 20/2009, 62. Jg. vom 26. Oktober 2009. München.
- Kramer, Caroline (2005): Zeit für Mobilität. Stuttgart.
- Kröhnert, Steffen (2008): Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. In: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Online-Handbuch Demografie. Online verfügbar unter: <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/regionale-dynamik/ostdeutschland.html> [Stand: 02.04.2009].
- Kropp, Per; Schwengler, Barbara (2008): Abgrenzung von Wirtschaftsräumen auf der Grundlage von Pendlerverflechtungen. Ein Methodenvergleich. IAB-Discussion Paper 41/2008.
- Limmer, Ruth (2005): Berufsmobilität und Familie in Deutschland. In: Zeitschrift für Familienforschung, Jg. 17, 2/2005, S. 96–113.
- OECD (2008): Time spent travelling to and from work. Online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/1/48/43199696.pdf> [Stand: 29.07.2009].
- Reuschke, Darja (2009): Raumzeitliche Muster und Bedingungen beruflich motivierter multilokaler Haushaltsstrukturen. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1/2.2009, S. 31–42.
- Schwengler, Barbara; Haag, Günther; Binder, Jan (2006): Neuabgrenzung des deutschen Regionalfördergebiets 2007 bis 2013. Ausgewählte Regionalindikatoren zur Überprüfung von Vorranggebieten im Rahmen der regionalen Strukturpolitik. IAB-Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", Nürnberg/Stuttgart.
- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2008): Statistische Berichte A VI 5 – S/2007. Saarbrücken.

Statistisches Bundesamt (2005): Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004. Wiesbaden. Online verfügbar unter: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2005/Mikrozensus/Pressebrochuere_Mikrozensus2004.property=file.pdf [Stand: 11.08.2009].

Statistisches Bundesamt Deutschland (2009): Mikrozensus. Online verfügbar unter: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Mikrozensus.templateId=renderPrint.psm> [Stand: 2009].

Sütterlin, Sabine (2008): Deutschland ist eines der kinderärmsten Länder der Welt. In: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Online-Handbuch Demografie. Online verfügbar unter: <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/regionale-dynamik/deutschland.html> [Stand: 02.04.2009].

Translake GmbH (Hrsg.) (2008): Mobilität in der Region Bodensee. Online verfügbar unter: <http://www.translake.de/downloads/mobilitaet.pdf> [Stand: 08.04.2009].

In dieser Reihe sind zuletzt erschienen

Nr.	Autor(en)	Titel	Datum
1/2010	Wuppinger, J. Rauch, A.	Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt im Rahmen beruflicher Rehabilitation: Maßnahmeteilnahme, Beschäftigungschancen und Arbeitslosigkeitsrisiko	1/10
2/2010	Lott, M.	Soziodemographische Muster der Qualifikationsstruktur von Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung	2/10
3/2010	Hirseland, A. Ramos Lobato, P.	Armutsdynamik und Arbeitsmarkt: Entstehung, Verfestigung und Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei Erwerbsfähigen	3/10
4/2010	Berngruber, A. Kaimer, St. Kupka, P. Steinke, J.	Machbarkeitsstudie Schultypisierung: Kooperationsprojekt IAB / BA-Zentrale (SP III 22)	3/10
5/2010	Solga, H. Kohlrausch, B. Kretschmann, C. Fromm, S.	Evaluation des Projekts "Abschlussquote erhöhen - Berufsfähigkeit steigern"	4/10
6/2010	Bechmann, S. Dahms, V. Fischer, A. Frei, M Leber, U.	20 Jahre Deutsche Einheit: Ein Vergleich der west- und ostdeutschen Betriebslandschaft im Krisenjahr 2009	7/10
7/2010	Plicht, H.	Das neue Fachkonzept berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen der BA in der Praxis	7/10
8/2010	Dengler, K. Hohmeier, K.	Maßnahmesequenzen im SGB II: Eine deskriptive Analyse	8/10
9/2010	Haller, St. Wolff, J. Zabel, C.	Einstiegsgeld als Gründungsförderung: Teilnehmerstrukturen und Determinanten der Förderleistung	10/10
10/2010	Kupka, P. Wolters, M.	Erweiterte vertiefte Berufsorientierung: Überblick, Praxiserfahrungen und Evaluationsperspektiven	11/10
11/2010	Fuchs, J. Weber, B.	Umfang und Struktur der westdeutschen Stillen Reserve: Aktualisierte Schätzungen	11/10
12/2010	Bellmann, L. Schwengler, B.	Betriebliche Aus- und Weiterbildung in den süddeutschen Metropolregionen	12/10

Stand: 31.01.2011

Eine vollständige Liste aller erschienenen IAB-Forschungsberichte finden Sie unter <http://www.iab.de/de/publikationen/forschungsbericht.aspx>

Impressum

IAB-Forschungsbericht 1/2011

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nuremberg

Redaktion

Regina Stoll, Jutta Palm-Nowak

Technische Herstellung

Jutta Sebold

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise -
nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Website

<http://www.iab.de>

Bezugsmöglichkeit

<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2011/fb0111.pdf>

Rückfragen zum Inhalt an:

Barbara Schwengler
Telefon 0911.179 3029
E-Mail barbara.schwengler@iab.de